

**Universität Potsdam
Institut für Geographie**

**Bürgerbeteiligung und Netzwerke
im Stadtentwicklungsprozeß**

Das Beispiel Friedrichshain

Diplomarbeit im Fach Geographie an der Universität Potsdam

Vorgelegt von Maaret Isensee Matrikelnr. 127313

1. Gutachter: Prof. Dr. G. Saupe
2. Gutachter: Prof. Dr. W. Heller

Berlin, Februar 2002

Gliederung

1	Einleitung	6
2	Stadtviertel in der Krise	7
2.1	Soziale Ausgrenzung	7
2.2	Ursachen und Wirkungen sozialer Ausgrenzung in großstädtischen Vierteln	7
3	Netzwerke oder das soziale Kapital (BOURDIEU)	11
3.1	Netzwerkkonzepte	11
3.1.1	Nicht zielgerichtete Netzwerke	12
3.1.2	Exkurs: Zur Bedeutung der baulich-räumlichen Umwelt für lokale Netzwerke	15
3.1.3	Zielgerichtete Netzwerke	16
3.1.4	Das Sozialkapital-Konzept.....	18
4	Bürgerbeteiligung im Stadtentwicklungsprozeß	20
4.1	Begriffsbestimmung	20
4.2	Bürgerbeteiligung auf Grundlagen der rechtlichen Bestimmungen	20
4.2.1	Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung	20
4.2.2	Bürgerbeteiligung im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen.....	21
4.3	Nicht institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung.....	23
4.4	Funktionale Aspekte der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung	24
4.4.1	Bürgerorientierte Funktionen	24
4.4.2	Staatsorientierte Funktionen	25
4.5	Ziele und Wirkungen der Bürgerbeteiligung Stadtentwicklungsprozeß.....	26
4.6	Grenzen der Bürgerbeteiligung in der Praxis	27
4.7	Beteiligungsbereitschaft und Beteiligungsfähigkeit.....	29
5	Stadtentwicklung – Stadterneuerung	31
5.1	Stadterneuerung in der Vergangenheit.....	31
5.2	Aktuelle stadtentwicklungsplanerische Ansätze	33
5.2.1	Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt	33
5.2.2	»Urbane Integration«: Das Quartiersmanagement in Berlin.....	34
6	Das Stadtgebiet Friedrichshain	37
6.1	Lage, Entwicklung und Charakteristika des Stadtgebietes Friedrichshain.....	37

6.1.1 Historischer Abriss bis etwa Ende des Zweiten Weltkrieges.....	37
6.1.2 Räumliche Untergliederung des Stadtgebietes	38
6.1.3 Wohnlagen und Wohnungsstruktur.....	40
6.1.4 Bevölkerungsentwicklung und -verteilung	43
6.1.5 Wirtschaftliche Lage	44
6.1.6 Soziale Lage.....	47
6.1.6.1 Bevölkerung	47
6.1.6.2 Bildung	47
6.1.6.3 Wirtschaftliche Situation	48
6.1.6.4 Bewertung der sozialen Lage nach dem Sozialstrukturatlas 1999	50
6.1.7 Stabilität und Dynamik der Bevölkerung.....	51
6.1.8 Stadtentwicklungspolitische Aktivitäten im Stadtgebiet Friedrichshain	52
7 Bürgerbeteiligung und Netzwerke im engeren Untersuchungsraum	59
7.1 Das Gebiet des Quartiersmanagement Boxhagener Platz.....	59
7.1.1 Situationsbeschreibung der baulich-räumlichen, der sozio-ökonomischen und wirtschaftlichen Struktur des engeren Untersuchungsraumes	59
7.1.2 Nachbarschaft und soziale Beziehungen im engeren Untersuchungsraum	62
7.2 Bürgerbeteiligung im engeren Untersuchungsraum.....	66
7.2.1 Quartiersmanagement Boxhagener Platz	67
7.2.1.1 Bewohneraktivierung und Projektinitiierung	67
7.2.1.2 Koordination bestehender Projekte	69
7.2.2 Initiativen und Netzwerke innerhalb des Gebietes	71
7.2.3 Netzwerke nach außen	76
7.2.4 Koordinations- und Konfliktpotential zwischen den Ansätzen	76
7.2.5 Bürgerbeteiligung »entlang« des rechtlichen Rahmen der Bürgerbeteiligung anhand des Beispiels RAW-Gelände	78
8 Fazit	80
9 Ausblick.....	82
Quellenverzeichnis.....	83
Literaturverzeichnis	84
Anhang	a
A Tabellen	a
Räumliche Untergliederung des Stadtgebietes.....	a
Wohnlagen und Wohnungsstruktur	a
Bevölkerungsentwicklung und -verteilung.....	b
Wirtschaftliche Lage	c
Soziale Lage	d
Bevölkerung	d
Bildung	d

Wirtschaftliche Situation	e
Stabilität und Dynamik der Bevölkerung	f

B Karten..... g

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Wirkungsketten der sozialen Segregation	10
Abb. 2: Überlagerung von Milieus und Netzwerken im Stadtteil	11
Abb. 3: Ambivalenz von Milieuqualitäten: Das Quartier als Ressource oder Restriktion der Lebensbewältigung	14
Abb. 4: Interpersonale Beziehungen und Sozialkapital	18
Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2010 in Friedrichshain	b
Abb. 6: Prozentuale Verteilung der Altersgruppen am 31.12.1997, 31.12.1999 und 30.06.2001 in den statistischen Gebieten Friedrichshains	b
Tab. 10 und Abb. 7: Entwicklung der Gewerbean- und abmeldungen in Friedrichshain von 1991 bis 2000	c
Abb. 8: Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens in Friedrichshain und Berlin von 1991 bis 2000	e
Abb. 9: Volljährige Hilfeempfänger in Friedrichshain 1999 nach Erwerbsstatus	e

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Einwohnerdichte nach statistischen Gebieten in Friedrichshain am 31.12.1999	a
Tab. 2: Wohnungsbestand nach Anzahl der Räume in Friedrichshain und Berlin-Ost 1995	a
Tab. 3: Wohnungsbestand nach Wohnungen, Wohnfläche und Räumen am 31.12.1999 in Friedrichshain und Berlin	a
Tab. 4: Reine Wohngebäude nach dem Baujahr am 30.09.1995 in Friedrichshain	a
Tab. 5: Reine Wohngebäude nach der Eigentumsform am 30.09.1995 in den statistischen Gebieten Friedrichshains	a
Tab. 6: Wohnungen nach der Nutzungsart sowie leerstehende Wohnungen am 30.09.1995 in den statistischen Gebieten Friedrichshains	a
Tab. 7: Einwohner nach Alter am 31.12.1997, 31.12.1999 und 30.06.2001 nach statistischen Gebieten in Friedrichshain	b
Tab. 8: Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2000 in den statistischen Gebieten Friedrichshains	b
Tab. 9: Betriebe, Beschäftigte, Beschäftigte je 1000 Einwohner und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Friedrichshain und seine Stellung innerhalb Berlins von 1992 bis 2000	c
Tab. 10 und Abb. 7: Entwicklung der Gewerbean- und abmeldungen in Friedrichshain von 1991 bis 2000	c
Tab. 11: Entwicklung der Verkaufsfläche von 1991 bis 1997 Friedrichshain und Berlin	c
Tab. 12: Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Friedrichshain und Berlin im Mai 2000	c
Tab. 13: Ausländische Bevölkerung nach statistischen Gebieten Friedrichshains 1997, 1999 und 2001	d
Tab. 14: Anteile der Haushaltsgrößen an den Privathaushalten im Jahr 2000 in Friedrichshain, Berlin und Berlin-Ost; außerdem in den Sanierungsgebieten und im Milieuschutzgebiet	d
Tab. 15: Haushalte nach Anzahl der Kinder im Mai 2000 in Friedrichshain, Berlin, Berlin-Ost und in den Sanierungsgebieten 1996/1997 und 2000	d
Tab. 16: Familien nach Familientyp und Anzahl der Kinder (ohne Altersbegrenzung) im April 1999 in Friedrichshain, Berlin und Berlin-Ost	d
Tab. 17: Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluß in Friedrichshain und im Verhältnis zu Berlin im Mai 2000	d
Tab. 18: Bevölkerung nach beruflichem Ausbildungsabschluß in Friedrichshain, Berlin, den Sanierungsgebieten 2000 und in dem Milieuschutzgebiet 2001	d
Tab. 19: Bevölkerung nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen für Friedrichshain, Berlin,	

Berlin-Ost, die Sanierungsgebiete 2000 und das Milieuschutzgebiet 2001	e
Tab. 20: Hilfeempfänger nach Lebensbereichen 1999, Arbeitslosenanteil nach statistischen Gebieten 1997	e
Tab. 21: Sozialindex für die Verkehrszellen in Friedrichshain 1999.....	e
Tab. 22: Wanderungen in den statistischen Gebieten im Zeitraum zwischen 1994 bis 1996	f
Tab. 23: Wanderungen im Jahr 2000.....	f
Tab. 24: Wohndauer von weniger als 5 Jahren 1997 nach den statistischen Gebieten in Friedrichshain.....	f

Kartenverzeichnis

Karte 1: Statistische Gebiete Friedrichshains und Lage in Berlin	g
Karte 2: Flächennutzung in Friedrichshain.....	g
Karte 3: Wohnlagenkarte für Friedrichshain (nach dem Mietspiegel 2000).....	g
Karte 4: Baualter der Gebäude in Friedrichshain.....	g
Karte 5: Anteil der HLU-Empfänger 1999 nach Lebensbereichen.....	g
Karte 6: Stadtentwicklungspolitische Aktivitäten in Friedrichshain.....	g
Karte 7: Initiativen, Vereine, etc. im engeren Untersuchungsraum in Friedrichshain	g

Abkürzungsverzeichnis

BauGB	Baugesetzbuch
BbauG	Bundesbaugesetz
BV	Betroffenenvertretung
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
Ew	Einwohner
HH	Haushalt(e)
stat. Gebiet	statistisches Gebiet
StBauFG	Städtebauförderungsgesetz

1 Einleitung

Zweck dieser Arbeit ist es, die Erfordernisse einer Stadtentwicklungsplanung im Sinn einer nachhaltigen Stadtentwicklung aufzuzeigen. Es hat sich gezeigt, daß die sozialen Netze der Bewohner untereinander und die Beteiligung der Bürger am Planungsprozeß im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit von lebensumfeldverbessernden Maßnahmen zentral sind. Es stellt sich also die Frage, wie Maßnahmen und Projekte seitens der Städte und Gemeinden so initiiert, entwickelt und durchgeführt werden sollten, daß die Kommunikation gefördert und die Partizipation erhöht werden kann.

Zur Vorgehensweise: Nach einer kurzen Beschreibung in Kapitel 2 der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die zur krisenhaften Entwicklung einiger Stadtviertel geführt hat, werde ich in Kapitel 3 auf die Bedeutung sozialer Beziehungen und funktionierender Netze im Hinblick auf die Qualität des Zusammenlebens im Stadtteil eingehen. Aber auch in bezug auf die Artikulation der bewohnereigenen Interessen können Netzwerke dienen. Das Potential der Netze kann im Rahmen des Kapital-Konzeptes von BOURDIEU (1983) bestimmt werden. Im nächsten Kapitel 4 wird auf die Artikulation von Interessen speziell im Stadtentwicklungsprozeß eingegangen. Zum einen kann diese im Rahmen bestimmter Vorgaben, aber auch aus sich heraus geschehen. Ziele und Wirkungen sind dieselben. Aufgrund der problematischen Entwicklung einiger Quartiere und den positiven Wirkungen der Beteiligung wird im folgenden Kapitel 5 aufgezeigt, wo die Defizite älterer Stadterneuerungsansätze liegen und wie neue stadtentwicklungsplanerische Ansätze auf die Erfahrungen einerseits, auf die beschriebenen Erkenntnisse andererseits reagieren. Zur Demonstration der gemachten Ausführungen wird hiernach in Kapitel 6 das Stadtgebiet Friedrichshain eingehend beschrieben. Dies bildet die sozialräumliche Einordnung für die in Kapitel 7 folgende Charakterisierung des engeren Untersuchungsraumes auch im Hinblick auf den Versuch einer Einschätzung der vorzufindenden Milieueigenschaften. Um der Frage nachzugehen, wie Bürgerbeteiligung in Friedrichshain funktioniert wurden zwei Perspektiven gewählt: zum einen aus der von Verwaltung und Politik, zum anderen aus der aktiver Bürger. Im Anschluß wird die Frage diskutiert, was die Vor- und Nachteile der beiden Vorgehensweisen zur Förderung von Bürgerengagement und Aufbau dafür notwendiger Strukturen ist. In einem abschließenden Kapitel 8 werden die Ergebnisse dahingehend zusammengefaßt, daß eine Aussage über die Wirksamkeit neuer Stadtentwicklungsansätze, worauf im Ausblick Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

2 Stadtviertel in der Krise

Obwohl die Bildung verschiedener Lebensstile und Verhaltensnormen an verschiedenen Orten einer Großstadt ein für städtische Gesellschaften typisches Phänomen ist, wird von unterschiedlichen Sozialwissenschaftlern, Stadtplanern etc. dafür plädiert, dem Thema erneut mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß aufgrund wirtschaftlicher Umstrukturierungen und gesellschaftlichen Wertewandels immer größeren Bevölkerungsgruppen von Armut und Ausgrenzung bedroht sind. (vgl. z.B. FROESSLER 1994, S. 11; HÄUBERMANN 2000, S. 18) Diese neue Qualität sozialer und sozialräumlicher Polarisierung wirkt sich in der Zunahme derer aus, die sich in ökonomischer, institutioneller, kultureller und sozialer Hinsicht von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Standards der Lebensführung immer weiter entfernen, was sich schließlich in Resignation, Apathie und Rückzug äußert. (vgl. HÄUBERMANN 2000, S. 13f)

2.1 Soziale Ausgrenzung

Die theoretische Annäherung an den umstrittenen oder zumindest nicht eindeutig definierten Begriff der sozialen Ausgrenzung sollte in zweierlei Hinsicht erfolgen: Zum einen ist Ausgrenzung als *multidimensionaler Begriff* zu verstehen, der – auch wenn der Ausgangspunkt meist der fehlende Zugang zum Erwerbsleben und damit der materiellen Absicherung ist – nicht nur die ökonomische Kategorie beinhaltet, sondern zugleich eine soziale¹, kulturelle², politische³ und räumliche⁴ Dimensionen hat (wobei umstritten ist, welche die zentralen sind bzw. ob es eine Hierarchie gibt). Des weiteren beschreibt er einen *Prozeß*, der sich beim Einzelnen in einem stückweisen Abreißen der Bindungen zu einer gesellschaftsbezogenen Lebensführung vollzieht. (vgl. GESTRING 1999, S. 4f; vgl. KUHM 1999, S. 19)

2.2 Ursachen und Wirkungen sozialer Ausgrenzung in großstädtischen Vierteln

Die Betrachtung sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung soll in dieser Arbeit insbesondere aus der räumlichen Perspektive erfolgen. Die residentielle Segregation meint das Abbild oder die Übertragung sozialer Ungleichheit in den (städtischen) Raum. Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, es bei der Beschreibung residentieller Segregation als Verräumlichung sozialer Ungleichheit zu belassen (sei es in Form von Merkmalen der örtlichen Gruppen, wie auch der materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur), sondern auch die Produktion und

¹ Funktionsweise familialer und sozialer Netzwerke, Lebensweise und Selbstdefinition

² Möglichkeiten der Teilhabe am kulturellen Leben

³ Einfluß auf politische Entscheidungen (Artikulationsstärke und Beziehugen) und politische Rechte (z.B. Migranten)

⁴ Wohnsituation

Reproduktion von Raum ist unter den Gesichtspunkten sozialer Ungleichheit einzubeziehen. Gemeint ist damit, daß Segregation ein sich verstärkender Prozeß ist; für »problematische« Räume bedeutet dies, daß sich die Konzentration von Benachteiligten zusätzlich benachteiligend auswirkt (kumulative Effekte der Benachteiligung durch residentielle Segregation): aus benachteiligten Quartieren werden so benachteiligende, d.h. residentielle Segregation ist nicht nur Ausdruck sozialer Benachteiligung, sondern tritt selbst als weitere Dimension dieser auf.

Was sind nun aber die Benachteiligungen oder Effekte, die durch sozialräumliche Segregation entstehen? HÄUBERMANN (1999) nähert sich der Beschreibung von Auswirkungen sozialer Ausgrenzung auf Quartiersebene, indem er in Effekte einteilt, die erstens die Eigenschaften der Menschen, zweitens die Eigenschaften des Quartiers und drittens sich manifestierende Zuschreibungen beeinflussen:

1. Das Quartier als soziales Milieu⁵: Benachteiligende Effekte durch soziale Ausgrenzung, die im Rahmen des sozialen Milieus (Familie, Nachbarschaft, Schule, peer groups) entstehen, sieht HÄUBERMANN insbesondere in Sozialisierungseffekten – oder später in Anpassungseffekten – an Normen und Verhaltensweisen, die von der übrigen Gesellschaft mit Ablehnung und Ausgrenzung beantwortet werden (vgl. HÄUBERMANN 1999, S. 11f). Durch sozial selektive Mobilität und folgendermaßen eine homogener werdende Bevölkerungsstruktur (in diesem Fall der Benachteiligten) wird die soziale Interaktion einseitiger; es findet eine Einschränkung der sozialen Erfahrung und der Restriktion von Austauschprozessen statt. Die räumliche Nähe verschiedener Status-Gruppen in sozial gemischten Quartieren garantiert zwar nicht unbedingt den Kontakt zwischen ihnen, macht aber dennoch eine Begegnung möglich und eine andere gesellschaftliche Realität als die eigene mit den ihr eigenen Lebensweisen und -stilen bleibt im Gesichtsfeld. (vgl. HÄUBERMANN 1999, S. 13)
2. Die materielle Ausstattung: Durch eine soziale Selektivität der Bewohner kann es zu einer Zunahme von Konflikten in Institutionen von Wohlfahrtsverbänden oder der öffentlichen Verwaltung kommen. Die Arbeit in diesen wird schwieriger, was sich negativ auf Quantität und Qualität der Angebote auswirken kann – abgesehen von der stärkeren

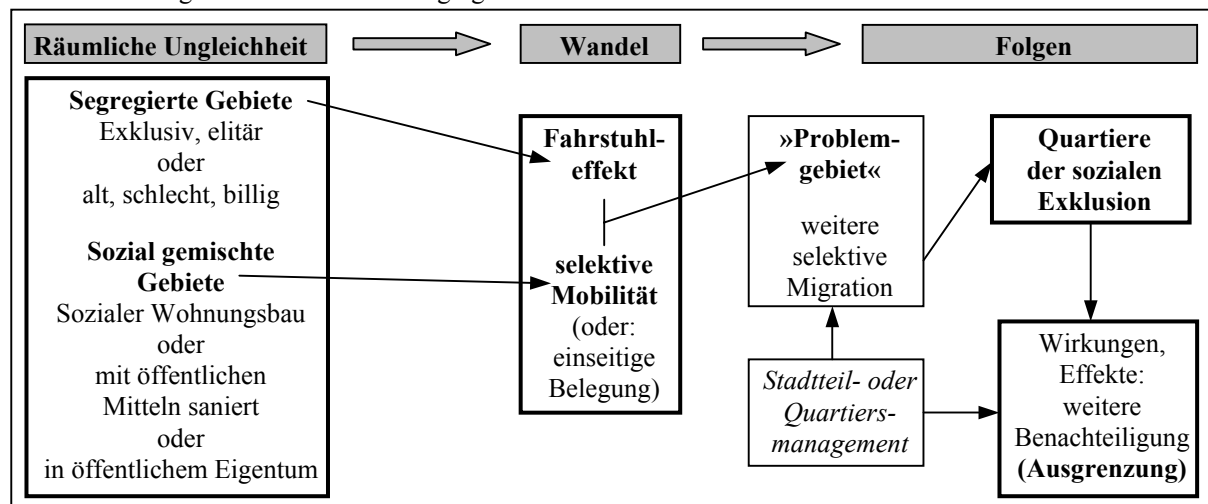
⁵ ⁵ Milieu ist prinzipiell als ein sozio-kulturelles Gebilde zu verstehen, das aus Menschen mit ähnlichen Lebenslagen (objektiven Bedingungen) und Lebensstilen (subjektiven Orientierungen, Werthaltungen, Erfahrungen, Standards, etc.) gebildet wird. Da räumliche Nähe kommunikationsfördernd wirkt, verdichten sich folgegemäß milieuspezifische Existenzformen an bestimmten Orten oder Quartieren. (HERLYN; LAKEMANN; LETTKO 1991, S. 27f) Dann kann auch von Mikromilieus die Rede sein, die sich auf die lokale Ebene beziehen. Die Mitglieder der unterschiedlichen »Lebensstilgruppierungen« (z.B. Nachbarschaft, Familie) stehen in Kontakt, bilden Netze. Makromilieus hingegen beinhalten gesamtgesellschaftliche Kategorien (z.B. Kleinbürgerliches Milieu, Alternatives Milieu), die aus der Schnittstelle zwischen Schichtabstufungen (Einkommen, Beruf, Bildung) und Grundorientierungen (Werte, Haltungen, Verhaltensweisen) gebildet werden. Beide Milieus stehen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis; »jedes Makromilieu muß sich auf der lokalen Ebene finden lassen und konkrete Mikromilieus sind gewissermaßen die Bausteine für die Makromilieus«. (HERLYN 1998, S. 155)

Belastung des kommunalen Haushalts aufgrund von Leistungen (z.B. Hilfe zum Lebensunterhalt) und geringeren Steuereinnahmen. Aufgrund der sinkenden Kaufkraft können infrastrukturelle Einbußen auch durch ein Absinken des Waren- und Serviceangebots auftreten. Geschäftsschließungen und steigende Leerstände als äußerer Eindruck des Niedergangs eines Quartiers tragen auch eine symbolische Bedeutung: die Entwertung des Selbstwertgefühls als einer inneren Entsprechung (vgl. HÄUBERMANN 1999, S. 15). So können auch die Verwahrlosung und Vermüllung der öffentlichen Räume Anzeichen für ein Abnehmen von gemeinschaftsorientierter Verantwortung sein und bekräftigen „das Gefühl, daß es »abwärts« geht.“ (HÄUBERMANN 1999, S. 15)

3. Image: Ab einer gewissen Stufe der Abwärtsentwicklung „setzt ein Stigmatisierungs- und Labeling-Prozeß sowohl durch die Umwelt als auch durch die Bewohner selbst“ ein. (HÄUBERMANN 1999, S. 16) Problematisch ist, daß sich diese Stigmatisierung negativ auf das Selbstwertgefühl der Bewohner und nachteilig auf die Chancen der sozialen Teilhabe (z.B. bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche) auswirken kann und sich darüber hinaus als ausgesprochen persistent erwiesen hat. (vgl. HÄUBERMANN 1999, S. 16)

Ursachen für die Auflösung vormals sozial gemischter Quartiere „und eine stärkere Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen, Lebensstil und Nationalität in verschiedenen Quartieren“ können heute vor allem in einer Spreizung der Einkommensverteilung, einer höheren Mobilität und steigenden Wahlmöglichkeit beim Wohnstandort der gutverdienenden Haushalte gesehen werden (vgl. HÄUBERMANN 2000, S. 15). Aber auch der Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung und die Belegungspraxis der Wohnungsämter ihres Bestandes an sozialem Wohnungsbau kann für das Entstehen »einseitiger« Sozialstrukturen mitverantwortlich gemacht werden. Der Umgang mit dem sozialen Wohnungsbau heute (gemeint ist die Privatisierung der attraktivsten Bestände; die Konzentration der bedürftigsten Mieter; das Auslaufen alter Sozialbindungen bei reduziertem Neubau) und die steigende Attraktivität und aufwendige Modernisierung der Altbaubestände läßt das Angebot billiger Wohnungen zusammenschmelzen und sich in jüngeren Beständen peripherer Großwohnsiedlungen konzentrieren. „Diese können deshalb die Ghettos des 21. Jahrhunderts werden.“ (HÄUBERMANN 2000, S. 17).

Abb. 1: Wirkungsketten der sozialen Segregation



Quelle: HÄÜBERMANN 2000, S. 17

Für die Entstehung benachteiligter Quartiere ist aber nicht nur die sozial selektive Mobilität, sondern auch die direkte Einwirkung wirtschaftlicher Veränderungen verantwortlich; z.B. im Fall des kollektiven Abstiegs eines Quartiers (»Fahrstuhleffekt«) durch die Schließung einer Fabrik, wo der großer Teil der Bewohnerschaft beschäftigt war, denen sich kurz- oder auch langfristig keine neuen Arbeitsplätze bieten (s. Abb. 1). „Die sozialräumliche Konzentration [von marginalisierten Personen und Haushalten] kann dann dazu führen, daß ein problembeladenes Quartier zu einem Ort der Ausgrenzung wird.“ (HÄÜBERMANN 2000, S. 19) Wenn also – aus welchem Grund auch immer – der Prozess der sozialen Entmischung weit genug fortgeschritten ist, sind die Quartiere tatsächlich nicht mehr in der Lage, sich selbst zu helfen; sie sind überfordert, „weil die sozialen Kapazitäten zur gleichen Zeit erodieren, in der die Integrationsprobleme zunehmen.“ (Häußermann 2000, S. 21). Aus dieser Problemsicht heraus erscheint es nur logisch, daß sich wirksame Handlungsstrategien auf das Quartier als *sozialen* Raum richten müssen, und in erster Linie noch vorhandene Potentiale fördern und Perspektiven erarbeiten sollen.

3 Netzwerke oder das soziale Kapital (BOURDIEU)⁶

Angesichts der problematischen Situation einiger Quartiere und den damit einhergehenden Benachteiligungen für die Bewohner, scheint es Handlungsbedarf zu geben. Aufgrund der negativen Erfahrungen mit flächenhaften Sanierungsstrategien der Vergangenheit stellt sich die Frage, wie Veränderungen so gestaltet werden können, daß sie nicht nur (kurzfristige) Verbesserungen der baulichen Substanz, sondern auch in langfristiger Hinsicht Gewinne für die hier wohnenden Bürger bringen können.

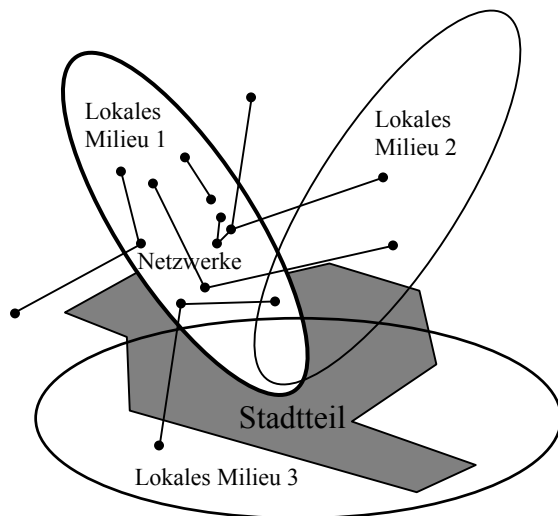
3.1 Netzwerkkonzepte

„Das Netzwerkkonzept ist von bemerkenswerter Schlichtheit und deshalb auch schnell definiert: Es bezeichnet die Tatsache, daß Menschen mit anderen sozial verknüpft sind und vermittelt für dieses Faktum eine bildhafte Darstellungsmöglichkeit.“ (KEUPP 1987, S. 11f). Die einzelnen Menschen werden durch Knoten, die Beziehungen zwischen ihnen durch Verbindungslinien symbolisiert, wodurch sich das System von Beziehungen und Bindungen, die das soziale Leben eines jeden einzelnen in den verschiedenen Alltagswelten beeinflussen und zusammenhalten, visualisieren lassen. (vgl. KEUPP 1987, S. 12) Auch für Stadtteile lassen sich viele verschiedene Netze ausmachen, die sich zum Teil überlappen und berühren, zum Teil aber auch nichts miteinander zu tun haben. „Es ist jedoch wichtig, jene Interaktionszusammenhänge, die sich aufgrund der räumlichen Qualitäten des Stadtteils ergeben können [Nachbarschaften], von jenen Zusammenhängen zu unterscheiden, die aufgrund der kommunikativen Dichte zwischen Partnern mit gemeinsamen Interessen oder anderen starken Verbindungen entstehen (s. Abb. 2).

BUTZIN formuliert diese Abgrenzung etwas allgemeiner und stellt diese beiden Netzwerktypen in Beziehung, indem er das lokale oder *territoriale* Netzwerk als historisch und räumlich verwurzelte »Fundsache« und als »Einbettung« für die intentionalen oder funktionalen Netzwerke beschreibt. Im Unterschied hierzu bilden sich nach BUTZIN die intentionalen Netzwerke »absichtlich« zum Verfolgen bestimmter Interessen oder Ziele (vgl. BUTZIN 2000, S. 151). Beide Netzwerktypen ergänzen sich insofern, als „das *territoriale Milieu* [...] für die Funktionstüchtigkeit von *intentionalen Netzwerken* und damit auch für den Erfolg von *innovativen Netzwerken* eine höchst bedeutsame sozial- und lokalkulturelle Einbettung [bildet], die man als ultraweiche Infrastrukturqualität bezeichnen kann: Sie ist eine der Hauptdeterminanten des (milieuspezifischen) Wahrnehmens, Lernens und Handelns.“ (BUTZIN 2000, S. 154; Hervorhebung im Original)

⁶ vgl. Bourdieu 1983

Abb. 2: Überlagerung von Milieus und Netzwerken im Stadtteil



Quelle: WALTER 1998, S. 117

Diese Unterscheidung wird in den folgenden Ausführungen aufgenommen, weil sie – wie oben dargestellt – zwei voneinander zu trennende Sachverhalte beschreibt, die sich auch in stadtentwicklungspolitischer bzw. planerischer Hinsicht auswirkt: der lokale Netzwerktyp – im Sinne eines territorialen, zeitlich und räumlich verwurzelten Milieu – weder mobilisierbar, noch kurzerhand herstellbar ist, während dies für ein intentionales Netzwerk – bei einer geeigneten Netzwerkstruktur – durchaus angenommen werden kann (vgl. BUTZIN 2000, S. 154). Auch bei der Beschreibung des engeren Untersuchungsraumes bzw. der Darstellung des Quartiersmanagements wird sich die Trennung wiederfinden.

3.1.1 Nicht zielgerichtete Netzwerke

Eingangs sollte bemerkt werden, daß der Unterschied zwischen lokalen Netzwerken und sozialen Beziehungen sehr fließend ist, denn woraus besteht ein lokales Netzwerk, wenn nicht aus sozialen Beziehungen?

Nicht vorrangig zielgerichtete, lokale Netzwerke beinhalten nur die sozialen Beziehungen zwischen den Einwohnern, im Gegensatz zu lokalen Milieus als Gesamtheit der baulich-räumlichen Begebenheiten und sozio-kulturellen Situationen, in der die sozialen Beziehungen, personelle Kommunikation und sonstige Tätigkeiten stattfinden (vgl. HÄUBERMANN 1998, S. 156).

Die Bedeutung lokaler Netzwerke hat sich im letzten Jahrhundert ganz wesentlich geändert: Netzwerke vor dem Individualisierungsschub bedeuteten die selbstverständliche, notwendige Zugehörigkeit zu traditionellen kollektiv strukturierten Klassenmilieus, mit den dazugehörigen Einschränkungen hinsichtlich der Lebensweise, den Pflichten, aber auch der

Sicherheit und dem Rückhalt. Heute hingegen sind Individuen selbst zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Erfahrung geworden, „sie gewinnen die Möglichkeit, sich mit Menschen nach ihrer eigenen Wahl zu assoziieren, sich von starren Statuszuweisungen zu emanzipieren und Beziehungen nach den jeweiligen eigenen Bedürfnissen einzugehen und zu gestalten.“ (KEUPP 1987, S. 23). Diese durch den Individualisierungsprozeß ermöglichten Freiheiten und Handlungsspielräume werden allerdings zugleich für Vereinzelung und Desorientierung verantwortlich gemacht, denn es ist nicht nur eine Frage der objektiv vorgegebenen Netzwerkstrukturen und potentiellen Ressourcen, sondern auch eine Frage dessen, wie das Individuum diesen Möglichkeitsrahmen in seine subjektive Realität umzusetzen versteht. (vgl. KEUPP 1987, S. 42)⁷. Die Bindungen der neuen Netzwerke erfordern einen weitaus höheren Aufwand an Beziehungsarbeit. „Deren Erfolg wiederum hängt wesentlich von statusbedingten materiellen und sozialen Ressourcen ab.“ (KEUPP 1987, S. 24).

Generell können Netzwerke nach KEUPP folgende Funktionen erfüllen: die Netzwerkmitglieder können sich in affektiver, instrumenteller und kognitiver Hinsicht Unterstützung zukommen lassen, außerdem dienen Netzwerke der Aufrechterhaltung der sozialen Identität und der Vermittlung sozialer Kontakte (vgl. KEUPP 1987, S. 31f).

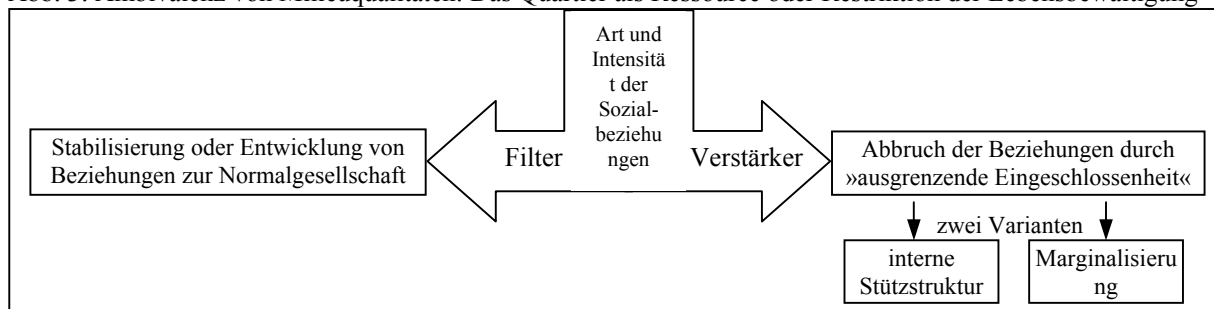
Zur Illustration der Wichtigkeit von sozialen Beziehungen und funktionierenden Netzen soll hier eine vergleichende Untersuchung zweier Stadtteile Hannovers angeführt werden (HERMANN 1997). Die sich hinsichtlich Bevölkerungs- und Sozialstruktur (Kinder, Ausländer, Arbeiter, Bildung, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe, Wohnverhältnisse, Mietpreisniveau, Alleinerziehende, etc.) weitgehend gleichenden Stadtteile zeichneten sich ebenfalls beide durch hohe Wahlverluste der SPD aus. In einem Fall aber zugunsten der Republikaner (in Vahrenheide, ein Hochhaus-Neubaugebiet aus den 60er Jahren mit mangelhafter Infrastruktur in eigentlich allen Bereichen, Schlafstadt-Charakter und individualisierter Kommunikation per TV-Satellitenschüssel auf dem Balkon), im anderen zugunsten der Grünen (in Linden, ein Altbauquartier mit kleinteiliger vielfältiger Infrastruktur, das im Rahmen der behutsamen Stadterneuerung saniert wurde und intakte (gewachsene) soziale Beziehungsnetze/Nachbarschaften aufweist). In diesem unterschiedlichen Wahlverhalten sieht HERMANN die ersten Anzeichen sozialer Desintegration bzw. Integration. Während bei den Bewohnern von Vahrenheide eine enttäuscht-apathische bis enttäuscht-aggressive Grundhaltung dominiert, ist es in Linden eher eine kritisch-engagierte bis skeptisch-distanzierte. „Relativ unabhängig von den jeweiligen

⁷ In bezug auf Mikromilieus wird diese Tendenz begrifflich mit der Entwicklung von Wohn- zu Wahlmilieus thematisiert.

sozialen und materiellen Standards erfolgen positiver(re) Stadtteilbewertungen dort, wo funktionierende soziale (Nachbarschafts-) Beziehungen bzw. stabile, miteinander vernetzte soziale Milieus und lebendige Öffentlichkeiten existieren.“ (HERMANN 1997, S. 19).

Auch HERLYN; LAKEMANN; LETTKO (1991) haben in ihrer Untersuchung zu Armut und Milieu festgestellt, daß die sozialen Beziehungen die entscheidende Basis für die Wahrnehmung und das Erleben sind; ob „das jeweilige soziale Milieu positiv erlebt wird und der Einzelne sich mehr als Akteur, denn als Opfer der Verhältnisse erfährt“ (HERLYN; LAKEMANN; LETTKO 1991, S. 240). Das Quartier mit seinen Netzen kann also sowohl stabilisierend wirken und Sicherheit bieten – als Ressource zur Alltagsbewältigung dienen – als auch Selbsthilfemöglichkeiten verschließen und den Status des »Ausgestoßenseins« aus der »Normalgesellschaft« verfestigen – also Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten restringieren (s. Abb. 3). Hierin liegt der Zusammenhang zwischen der überindividuellen Ausgangslage und der individuellen Betroffenheit.

Abb. 3: Ambivalenz von Milieuqualitäten: Das Quartier als Ressource oder Restriktion der Lebensbewältigung



Quelle: angelehnt an KEIM; NEEF 2000, S. 266.

Die potentiellen Ressourcen könnten als das »endogene soziale Kapital des Ortes« bezeichnet werden, das maßgeblich „die Rahmenbedingungen für das Ausmaß sozialer Integration/Desintegration sowie sozialer Toleranz setzt, was [wiederum] die sozialdynamische Voraussetzung für unterschiedlich weitreichende Bereitschaft zur Segmentation und Segregation determiniert.“ (DANGSCHAT 1998, S. 216).

Es sind vor allem die Netze der Mittelschicht, die größer, heterogener und räumlich diffuser, und daher produktiver bzw. ertragreicher sind. Netzwerke der Unterschicht dagegen sind eher kleiner, sozial homogener, stärker verwandschafts- und lokal orientiert (vgl. HÄUBERMANN 1999, S. 13). Die Funktionen, die z.B. die vergleichsweise engen Nachbarschaftsbeziehungen in problembeladenen Quartieren bieten, sind hinsichtlich der Informations- und Interaktionschancen als ausgesprochen defizitär einzustufen, während ihnen unter fürsorgerischer Perspektive besonderer Respekt entgegengebracht werden kann (vgl. HÄUBERMANN 2000, S. 20). Aber nicht nur nach der Schichtzugehörigkeit lassen sich Größe und Merkmale der Netzwerke differenzieren. Beispielsweise im Alter werden die

Netzwerke kleiner und mehr lokal ausgerichtet – dies gilt für Männer stärker als für Frauen; Frauen mit kleinen Kindern haben ebenfalls kleinere, lokal bezogene Netzwerke als solche ohne Kinder (vgl. KEUPP 1987, S. 40).

3.1.2 Exkurs: Zur Bedeutung der baulich-räumlichen Umwelt für lokale Netzwerke

Vorneweg soll einschränkend angemerkt werden, daß natürlich kein zwingend kausaler Zusammenhang zwischen der gebauten Umwelt und dem sozialen Verhalten der Bewohner besteht; der Zusammenhang zwischen dieser und der Entstehung sozialer Kontakte liegt vielmehr in der Anordnung räumlicher Arrangements innerhalb der Wohnung, des Hauses oder des Wohnquartiers, die Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen oder aber verhindern. Die Straße als öffentlicher Raum, mit seiner Funktion als Verbindungslinie zwischen den jeweiligen Örtlichkeiten, als Bühne zum Sehen und Gesehenwerden, als Aufenthalts- und Erholungs- und Freizeitraum, als Sozialisations- und Lernort für Kinder ist an sich ein idealer Ort für zwangloses Interagieren ohne Verpflichtungen bis hin zum Aufbau sozialer Beziehungen. All diese Funktionen haben früher nicht getrennt in verschiedenen Straßenräumen stattgefunden, sondern erst mit der Funktionstrennung zwischen Arbeitsplatz und Wohnort, mit der Entmischung in zweckrationale, zielgerichtete Erledigungen einerseits, in verpflichtungsfreie Zeit andererseits, ist die Funktion der Straße als Aufenthalts- und Kommunikationsraum scheinbar überflüssig geworden; es sieht so aus, als diene sie heute im wesentlichen der instrumentellen Funktion als Verbindungslinie von A nach B. Hinzu kommt die Verdrängung zahlreicher Aktivitäten vor allem der Kinder durch den motorisierten Individualverkehr. Es kann angenommen werden, daß gerade Altbauquartiere zum einen durch die dichteren Aktionsräume, zum anderen durch die Multifunktionalität – insbesondere der Mischung von Arbeits- und Wohnstätten, das öffentliche Leben im Stadtteil ermöglicht, die Entstehung und den Erhalt von Netzen begünstigt und damit ein grundlegender Beitrag zur Stadtteilbindung geleistet wird (vgl. HERLYN 1990, S. 142ff).

Aber nicht nur historisch sind Unterschiede in der Bedeutung der Straße festzustellen, sondern auch für verschiedene Schicht- und Altersgruppen ist der »soziale Gebrauchswert« der Straße differenziert zu betrachten: So sind es in erster Linie all jene, die zu Fuß gehen – nicht autofahrende Frauen und Männer, Kinder, Jugendliche und ältere Menschen – von denen die Straße stärker benutzt wird. Verallgemeinernd läßt sich auch für die Gruppe von sozial und ökonomisch schwächeren Gesellschaftsmitgliedern, die einen stärkeren lokalen Bezug haben und für die die Straße eine unverzichtbare Erweiterung des privaten Wohnraumes darstellt, eine größere Bedeutung des Nahraumes für den gesamten Lebenszusammenhang feststellen (vgl. HERLYN 1990, S. 135). Es ist davon auszugehen, daß

die radikale Umgestaltung ganzer Straßenzüge und die Umsetzung der Bewohnerschaft im Rahmen der Sanierungen eine wesentlich stärkere Verunsicherung und Betroffenheit bei diesen Einwohnern zur Folge hat, als bei der ohnehin eher überlokal orientierten Mittelschicht. Zu dieser alltäglichen Bedeutung der räumlichen und sozialen Umwelt als identiätsstiftenden und –stützenden Element kommt die symbolische, der äußeren Stabilität und Kontinuität des Lebenszusammenhanges, die durch die massiven Veränderungen zerstört wird. (HERLYN spricht in diesem Sinne von „einer *Enträumlichung des kollektiven Gedächtnisses* und [...] einer *Entsymbolisierung räumlicher Umwelt*“. (HERLYN 1990, S. 148)). Aber nicht nur die Flächensanierungen in den 60er und 70er Jahren, sondern auch die kontinuierlich stattfindenden Aufwertungsprozesse in einigen Altstadtquartieren wirken sich auf die jeweils gewachsenen sozialen Milieus aus, denn die neuen Bewohner der modernisierten und sanierten Altbaubestände befinden sich in einer völlig andern ökonomischen Situation und verfügen in sozialer Hinsicht durch das Fehlen von Kindern über ein größeres Ausmaß an Freiheit, um einen überlokalen Lebensstil zu praktizieren.

In diesem Sinne erscheint es erstrebenswert, eine »Beziehungsarbeit« (z.B. auf Grundlage der Hausbewohnerschaften) zu entwickeln, die das nachbarschaftliche Beziehungsgeflecht stärkt und damit die Vorbedingung für die Entstehung kollektiver Selbsthilfeaktionen auf den verschiedensten Praxisfeldern stellt (vgl. HERLYN; LAKEMANN; LETTKO 1991, S. 240).

3.1.3 Zielgerichtete Netzwerke

Zielgerichtete oder intentionale Netzwerke können z.B. eine soziale, politische, oder auch wirtschaftliche Ausrichtung haben. Diese genauere Betrachtung erfolgt hier, weil anhand dieser Grundlage am Ende der Arbeit die untersuchte AG Kiezentwicklung in den theoretischen Kontext eingeordnet werden kann – was auch bei der Analyse ihrer Probleme hilfreich ist. Gemeinsame Eigenschaften aller dieser gerichteten Netzwerke, die z.T. nicht mehr auf die lokalen zutreffend sind, können wie folgt genannt werden (nach Butzin 2000, S. 149-152; Hervorhebungen im Original):

- Netzwerke sind soziale Organisationen und unterliegen daher den Regeln und Zwängen sozialer Organisationsformen. Z.B. auch einer zeitlichen Dynamik, d.h. sie haben einen Entwicklungszyklus von einer Aufstiegs- oder Erfolgsphase über eine Reife- und einer Stagnationsphase bis hin zum Verfall.
- Entscheider und Betroffene sind i.d.R. identisch (insbesondere daraus ergibt sich ein gewisses Legitimationsdefizit)

- Intentionale Netzwerke setzen erwartete Nutzen und Ziele voraus (die allerdings weder eindeutig noch unveränderlich sein müssen);
- Intentionale Netzwerke stellen ein eigenständiges Steuerungsmodell dar (organisiert als Verhandlungssystem unterscheiden sie sich vom Marktmechanismus, dem demokratisch-mehrheitlichen Politikmodus – also Wahlen – und von dem hierarchischen Politikmodus – also Verwaltungen) und stehen als Hybridorganisationen zwischen Markt und Hierarchie, indem sie Merkmale beider Ordnungsformen aufweisen (die Mitglieder sind lose gekoppelt – ähnlich dem Markt, sie unterliegen bestimmten (freiwilligen) Weisungsbindungen und ermöglichen dadurch koordiniertes Handeln – ähnlich der Hierarchie);
- Die Entscheidungsfindung in diesen Netzwerken beruht auf Dialog und »Aushandlung« (diese Tatsache verweist auch auf den Mechanismus der Selbstregulierung);
- Da beim Aushandlungsprozeß ein Teilverzicht auf Handlung- bzw. Entscheidungsautonomie geleistet werden muß, der erwartete Nutzen aber erst in der Zukunft entstehen wird, sind wesentliche Bedingungen in Vertrauen, soziokultureller Nähe und Reziprozität zwischen den Mitgliedern zu sehen. Räumliche Nähe kann – muß aber nicht – vorhanden sein. Sie gestaltet die nötige (intensive) Kontaktpflege in jedem Fall einfacher.
- Netzwerke bestehen aus einer beschränkten Zahl autonom Handelnder (mind. aber drei).
- Hinsichtlich der Netzwerksarchitektur ist eine Balance zwischen Geschlossenheit und Offenheit wichtig für den Bestand und den Erfolg: obwohl ein gewisses Maß an Geschlossenheit nötig ist, ein stabiles Verhältnis, Vertrauen, Homogenität und Identität zu bilden, werden bei einem zu verschlossenen Netzwerk außenstehende Perspektiven ausgeschlossen, die Realitätssicht wird einseitig und eine Anpassung an die sich wandelnden Erfordernisse und Probleme wird verhindert.

Zum Einsatz kommen intentionale Netzwerke insbesondere dann, wenn die klassischen staatlich hierarchischen Steuerungsmodelle versagen, wie auch bei völlig neuen Problemen, für die es keine routinierten Lösungsabläufe gibt (z.B. Ökologie, Globalisierung: Agenda 21).

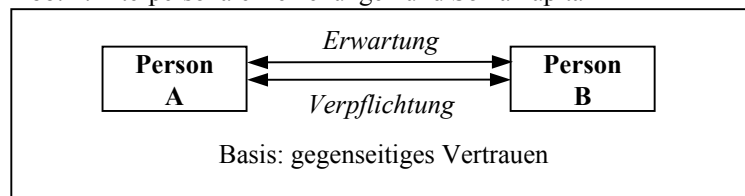
Funktion speziell intentionaler Netzwerke ist die auf eine gemeinsame Problemlösung ausgerichtete Handlungsweise zur Mobilisierung des Wissens und der Fähigkeiten der gesellschaftlichen Akteure sowie der Bündelung, Integration, Evaluation und Filterung dieses Wissens und dieser Fähigkeiten im Aushandlungsprozess (vgl. BUTZIN 2000, S. 152). „Das und der kontinuierliche Erfahrungsaustausch erhöhen die gesellschaftliche

Problemlösungskapazität, da eine gezielte Korrektur und Erweiterung von Wissen möglich und das Lernen der beteiligten Akteure erleichtert wird.“ (BUTZIN 2000, S. 152).

3.1.4 Das Sozialkapital-Konzept

Um sich der Frage zu nähern, wovon die Leistungsstärke eines Netzwerkes abhängt, bzw. wodurch sich die Ressourcen dessen Mitglieder definieren lassen, soll das von BOURDIEU (1983) entworfene Konzept zum Kapital eingeführt werden. Er stellt fest, daß das soziale Kapital eine zentrale Bedeutung zur Nutzung der beiden anderen Kapitalformen – dem ökonomischen (Einkommen und Vermögen) und kulturellen (Bildungsabschlüsse, der Besitz an kulturellen Gütern und kulturelle Fertigkeiten) – darstellt. „Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* beruhen.“ (BOURDIEU 1983, S. 190f). Voraussetzung und Kernfunktion für Sozialkapital ist das gegenseitige Vertrauen, das in erster Linie durch interpersonale Beziehungen und die dadurch entstehenden Erwartungen und Verpflichtungen aufgebaut wird (s. Abb. 4)

Abb. 4: Interpersonale Beziehungen und Sozialkapital



Quelle: SCHNUR 1999, S. 256, leicht modifiziert

Die Geschlossenheit des Systems hat maßgeblichen Einfluß auf das gegenseitige Vertrauen, denn je geschlossener es ist, desto größer sind die Möglichkeiten zur sozialen Kontrolle und zu Sanktionen innerhalb des Systems. Hierin kann der Grund für die relativ stabilen sozialen Netzwerke in den ehemaligen Arbeitervierteln gesehen werden, denn aufgrund der geringen Mobilität und der langen Wohndauer wurde die soziale Kontrolle wie auch der Zusammenhalt gestärkt. In rückkopplungsarmen, offenen Systemen, meßbar z.B. in einer hohen Fluktuation der Bewohnerschaft, die wir heute hauptsächlich vorfinden, sind die Voraussetzungen für den Aufbau einer Vertrauensbasis, und in der Folge von Netzen und daher auch dem Zugang zu Sozialkapital (innerhalb des lokalen Milieus) schlechter. Von »Investitionen in das Sozialkapital« des Einzelnen profitieren zwar alle, es lassen sich allerdings auch keine »Eigentumsrechte« erwerben (vgl. SCHNUR 1999, S. 256). Ein Nicht-Beteiligen oder Rückzug aus Netzen – also die Unterlassung von »Sozialkapital-

Investitionen« kann allerdings im Einzelfall durchaus rational sein. Wenn z.B. anstelle dessen mehr für die Arbeit getan wird, steigt unter Umständen das Einkommen. Die negativen Auswirkungen auf die gesamte Gemeinschaft sind allerdings überproportional groß (vgl. SCHNUR 1999, S. 256). Langfristig kann es in bestimmten Räumen (in diesem Zusammenhang ist z.B. auf selektive Wanderungen hinzuweisen) zu einer Dezimierung des Sozialkapitals kommen und die viel gebrauchte Metapher der »sozialen Erosion« wird lebendig (vgl. SCHNUR 1999, S. 256). Dies heißt, daß die Höhe des Sozialkapitals abhängig ist vom sozialen Engagement des Einzelnen für alle.

Folgende Schlußfolgerungen, die sich aus der Anwendung des Sozialkapital-Ansatzes für stadtentwicklungspolitische Prozesse ergeben, sind zum einen in der Restrukturierung administrativer Aufgaben, zum anderen in neuen kommunalen Regulationsformen im Bereich der Partizipation der Bürger zu sehen:

1. Die Bewohnerschaft des betreffenden Raumes sollte nicht wie bisher durch Instrumente kontrolliert werden, sondern vielmehr sollte ihr Sozialkapital und ihre Selbstaktivität angesprochen, beliefert, bedient und begleitet werden. Kommunen, deren Sozialkapital nicht ausreichend ist (die passiv sind), sollten nicht alimentiert, sondern motiviert werden (vgl. SCHNUR 1999, S. 258). Wichtig ist ein verändertes Verständnis des Planers als »reflexiver Praktiker«, der den Kontakt zu den EinwohnerInnen suchen sollte, alle zur Problemlösung beitragenden Kenntnisse einbeziehen und aufgrund dieses gegenseitigen Lernprozesses und der gegenseitigen Unterstützung Vertrauen zu bilden versucht (vgl. SCHNUR 1999, S. 258).
2. Auch bietet das Konzept zahlreiche Ansätze für die Verbesserung der sozialen Beziehungen in einer Nachbarschaft⁸. „Auf diese Art und Weise entstehen verschiedene Formen des Sozialkapitals wie z.B. Informationsnetzwerke unter den Bewohnern oder zwischen Bewohnern und Behörden oder auch soziale Normen (z.B. hinsichtlich der gemeinschaftlichen Nutzung der neu gestalteten Grünanlagen)“ (vgl. SCHNUR 1999, S. 260). Auf diese Weise kann das Sozialkapital-Konzept Potentiale für bürgerschaftliches Engagement aufspüren, Ansatzpunkte zur Beteiligung, Organisation und Artikulation liefern und so zur gesellschaftlichen Integration beitragen.

⁸ Durch kommunikative Projekte könnte z.B. das soziale Vertrauen gestärkt werden indem versucht wird, das »Verpflichtungslevel« anzuheben. Für den Aufbau von Beziehungsstrukturen – dem »Nährboden« für Sozialkapital in der Gemeinschaft – reichen unverbindliche Treffen wie auf einem Stadtteilstfest nicht; es bedarf z.B. Selbsthilfe-Projekten im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung, aber auch ein aktuelle Probleme können für die Mobilisierung der Bürgerschaft instrumentalisiert werden (vgl. SCHNUR 1999, S. 259).

4 Bürgerbeteiligung im Stadtentwicklungsprozeß

4.1 Begriffsbestimmung

Zur Begriffsklärung kann eine Unterteilung des Begriffs der Bürgerbeteiligung nach KNEMEYER (1995) angeführt werden:

In Form der *Bürgerentscheidung* hat der Bürger die Möglichkeit – anstelle der gewählten Organe – eine Entscheidung zu treffen. Des weiteren gibt es *Mitwirkungsmöglichkeiten* für Bürger, z.B. bei Bürgeranhörungen oder Bürgerversammlungen. Ergänzend dazu existiert die *Bürgereinwirkung* „als legitime, jedoch rechtlich nicht institutionalisierte Einflußnahme auf die Entscheidungsfindung“, beispielsweise durch Bürgerinitiativen (KNEMEYER 1995, S. 16f).

Zunächst soll auf die gesetzlichen Bestimmungen zur Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung eingegangen werden. Ergänzend möchte ich auf die Bürgereinwirkung anhand einer kurzen Beschreibung der Entwicklung der Bürgerinitiativbewegung zu sprechen kommen.

4.2 Bürgerbeteiligung auf Grundlagen der rechtlichen Bestimmungen

Die gesetzgeberischen Normen zur Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene sind in erster Linie durch den §3 des BauGB⁹ (Allgemeines Städtebaurecht: Bauleitplanung) und den §137 BauGB (Besonderes Städtebaurecht: Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen) vorgegeben. §137 ist eingeschränkt auf die Beteiligung der Betroffenen im Rahmen einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme, während §3 der Popularteilnahme zuzuordnen ist (d.h. jede natürliche oder juristische Person, die von den Planungen betroffen ist, oder einfach nur ein Interesse an der Gestaltung seiner Umwelt hat, kann sich beteiligen).

4.2.1 Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung

1960: Im wesentlichen beruhen die heute gültigen Vorschriften zur Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsprozeß auf dem des §2 Abs. 6 des BBauG¹⁰ von 1960. Diese Vorschrift sah die öffentliche Auslegung der vollständig ausgearbeiteten Planentwürfe vor. Das Mitwirkungsrecht der Bürger bestand aus der Möglichkeit während einer Frist von einem Monat Bedenken und Anregungen vorzubringen, über deren Annahme bzw. Ablehnung die Gemeinde entschied. Den nicht berücksichtigten Bedenken und Anregungen mußte zur folgenden Genehmigung des Plans seitens der Gemeinde eine Begründung beigelegt werden (vgl. KNAUP, INGENSTAU 1969, S. 15).

⁹ Baugesetzbuch (die aktuelle Fassung des BauGB gilt seit dem 01.01.1998)

¹⁰ Bundesbaugesetz

1976: In der Novelle des BBauG von 1976 ist das sog. zweistufige Verfahren der Bürgerbeteiligung eingeführt worden: Vor dem Auslegen der ausgearbeiteten Entwürfe hat die Gemeinde in §2a Abs. 2 BBauG die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung (Anhörung) zu allgemeinen Zielen und Zwecken der Planung zu geben. Zweck der vorgezogenen Bürgerbeteiligung – zu der kein ausgearbeiteter Entwurf vorliegen muß (aber kann) – ist die Information der Bürger über die Grundzüge der Bauleitplanung und die Beteiligung dieser an der Konkretisierung. Gesetzlich ist keine Form für die Darlegung und die Anhörung vorgeschrieben. Mit der gleichzeitigen Einführung des §155a (jetzt §214 BauGB) wurde die vorgezogene Bürgerbeteiligung allerdings insofern in Frage gestellt, als daß Fehler in der Durchführung des §2a Abs. 2 BBauG keinen Einfluß auf die Rechtswirksamkeit des Bebauungsplans haben. Diese Darstellung ist zwar etwas vereinfacht, es ist bisher jedoch kein Fall bekannt, in dem wegen einer Verletzung der Vorschrift der vorgezogenen Bürgerbeteiligung eine Genehmigung nicht erteilt wurde (vgl. BIRK 1998, S. 34f)

Die förmliche Bürgerbeteiligung bildet den (gesetzlichen) Kern der Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung.

1987: Das 1987 in Kraft getretene BauGB – in dem die Zusammenführung von BBauG und StBauFG¹¹ vorgenommen wurde – regelt die Beteiligung der Bürger jetzt im §3 BauGB bei der Bauleitplanung und im §137 BauGB bei der Sanierung/Stadterneuerung. Das BauGB führte aber zu keiner Novellierung hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bei der Bauleitplanung oder auch der Sanierung.

1998: Auch in der aktuellen Neufassung des BauGB vom 27.08.1997 finden sich keine wesentlichen Veränderungen der gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligung. Allerdings wurden einzelne Bestimmungen in §3 gestrafft. Zwei – mir nennenswert scheinende – Änderungen greife ich dennoch heraus: Zum einen kann bei der förmlichen Bürgerbeteiligung eine erneute Auslegung – nach Veränderungen oder Ergänzungen – auf 2 Wochen verkürzt werden (z.B. wenn sich die Änderungen auf nur ein Teil des Plans beziehen). Zum anderen haben bei der Anwendung des §13¹² nicht nur Eigentümer, sondern auch sonstige Betroffene – z.B. Mieter – jetzt das Recht, sich zu beteiligen (durch Stellungnahme oder Auslegung).

4.2.2 Bürgerbeteiligung im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen

1971: Das Instrument der Sanierungsmaßnahme – anhand derer die Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung von Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen ermöglicht

¹¹ Städtebauförderungsgesetz

werden sollte – ist 1971 durch das StBauFG als Ergänzung des BBauG eingeführt worden. Ein weiteres Anliegen war in §4 StBauFG die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen (darunter fallen Eigentümer, Mieter, Pächter und sonstigen Betroffenen), da die im BBauG von 1960 verankerten Vorschriften im Fall einer solch grundlegenden Änderung des Lebensumfeldes als nicht ausreichend gewertet wurden. Die Betroffenenbeteiligung definiert sich in §4 StBauFG, in dem die vorbereitenden Untersuchungen zur Festlegung eines Sanierungsgebietes geregelt sind, im Rahmen derer die Gemeinde eine Beurteilungsgrundlage hinsichtlich der sozialen, strukturellen und städtebaulichen Verhältnisse und der Mitwirkungsbereitschaft der Betroffenen schaffen soll. Vorstellungen über die Durchführung der Sanierungsmaßnahme sollen möglichst frühzeitig mit den Betroffenen erörtert werden. Dazu kommt §8 StBauFG (Sozialplan), in dem sich die Erörterung, wie die nachteiligen Auswirkungen vermieden oder gemildert werden können, fortsetzt.

1979: Durch die Novellierung des StBauFG von 1979 durch das „Beschleunigungsgesetz zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht“ können die vorbereitenden Untersuchungen – wenn hinreichende (unbestimmter Rechtsbegriff) Beurteilungsunterlagen vorliegen – entfallen.

1998: Im BauGB von 1998 ist die Betroffenenbeteiligung grundsätzlich in §137 BauGB geregelt. Die Betroffenenbeteiligung geht in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht über das BauGB hinaus. Sie bezieht sich auf die gesamte Zeit der Sanierung, also sowohl auf die Vorbereitungs- wie auf die Durchführungsphase. Infolge der weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten seitens der Gemeinde im Rahmen einer Sanierung, sollen – quasi zum Ausgleich – auch die Betroffenen in die Lage versetzt werden, durch Information, Beratung oder sonstige Hilfeleistungen aktiv an der Sanierung mitzuwirken (§ 137, Satz 2). (vgl. BATTIS, KRAUTZBERGER, LÖHR 1999, S. 1259) §3 BauGB wird durch die Betroffenenbeteiligung nicht außer Kraft gesetzt, beide Verfahren können aber miteinander verbunden werden.

Die gesetzgeberischen Bemühungen um eine verstärkte Bürgerbeteiligung in der Stadtplanung haben sich insbesondere in den 70er Jahren niedergeschlagen und wurden schließlich durch die »Beschleunigungsnovelle« von 1979 beendet. Der jetzige Stand der gesetzlichen Vorgaben zur Beteiligung der Bürger und der Betroffenen stellt einen Mindeststandard an Beteiligung dar. Dieser Mindestmaß allein wird dem Anspruch einer

¹² Der §13 regelt das vereinfachte Bürgerbeteiligungsverfahren, das bei Änderungen oder Ergänzungen, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, angewendet werden kann.

wirksamen Bürgerbeteiligung allerdings nicht zwangsläufig gerecht. Da sich die meisten Kommunen aber an diesem orientieren, ist es nicht verwunderlich, daß die gesetzlichen Grundlagen immer wieder als unzureichend charakterisiert werden.

4.3 Nicht institutionalisierte Formen der Bürgerbeteiligung

Wie in den obigen Ausführungen zur Bürgerbeteiligung deutlich wird, ist Beteiligung eher als Diskussions- und Entscheidungsprozeß innerhalb des politisch-administrativen Systems, an dem Dritte teilhaben, zu beschreiben. (vgl. SPERLING 1999, S. 38) Diese Form der Kommunikation sollte durch Kooperationsformen, auch durch die Verwaltung initiierte, ergänzt werden. Diese haben zwar formaljuristisch keinerlei bindende Wirkung, können aber durch öffentlichen Druck erheblich auf die Entscheidungsfindung einwirken. Kommunikation und Entscheidung werden im Rahmen der Kooperation weiter nach außen – auf andere Akteure aus Wirtschaft, Staat und Privathaushalte – verlagert. (Zu Funktionen und Zielen der Beteiligung im weitesten Sinne sowie weiter unten ausgeführt unter 4.4). Solche Kooperationsformen sind z.B. der Runde Tisch oder die Planungszelle, um nur einige Partizipationsmodelle zu nennen.

Bürgerinitiativen im Gegensatz zu Partizipationsmodellen entstehen immer aus der Bürgerschaft. Bis in die 60er Jahre waren unter dieser Form der Bürgerbeteiligung im wesentlichen die Vereine gemeint; es gibt zwar immer noch ein starkes Vereinsleben, „aber ihre unmittelbar politische Funktion haben sie an neue Assoziationen und Einrichtungen abgegeben, die als Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen, Protestinitiativen, Bürgerbewegungen und Selbsthilfegruppen die nicht institutionalisierte politische Beteiligung auf kommunaler Ebene prägen.“ (ROTH 1997, S. 436).

ROTH sieht in Bürgerinitiativen „die Standardform lokaler Mobilisierung »von unten« in der Bundesrepublik Deutschland.“ (ROTH 1998, S. 6) Sie können ganz allgemein charakterisiert werden als spontane, meist zeitlich begrenzte, lockere Zusammenschlüsse von einzelnen Bürgern, die sich entlang gemeinsamer Interessen bzw. Betroffenenprotest organisieren. Ihr wissenschaftliches Beachtungshoch erfuhren sie in den 70er Jahren, während das nachlassende wissenschaftliche Interesse in den 80ern keineswegs auf einen Abbruch ihrer Bedeutung hinweist, sondern vielmehr davon zeugt, daß sie alltäglich und akzeptiert wurden. (vgl. ROTH 1998, S. 6 und KNEMEYER 1995, S. 51) Während sie von der Mehrheit der Bevölkerung positiv eingeschätzt werden (vgl. ROTH 1998, S. 8), fällt die Interpretation ihres Daseins seitens der institutionalisierten Politik durchaus widersprüchlich aus: einerseits wird in ihnen der Beweis für die Lebendigkeit der Demokratie und ein Substanzgewinn für

diese gesehen, andererseits lediglich eine (unwillkommene) praktische Kritik an der existierenden Kommunalpolitik. Im konkreten Fall dürfte die Bewertung von der Zusammenarbeit mit den jeweiligen kommunalen Verwaltung abhängen. (vgl. KNEMEYER 1995, S. 135)

4.4 Funktionale Aspekte der Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung

WICKRATH (1992) zeigt in ihrer Dissertation, daß es für Kommunen durchaus sinnvoll ist, Angebote zur Beteiligung der Bürgerschaft an der Stadtentwicklung zu machen. Die Funktion, Vor- und Nachteile der Bürgerbeteiligung stellt sie sowohl auf der Bürgerseite, als auch auf der Seite von Staat und Verwaltung dar.

4.4.1 Bürgerorientierte Funktionen¹³

1) Emanzipationsfunktion

Im Rahmen der Emanzipationsfunktion steht vor allem „die Erweiterung der persönlichen Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten bei gleichzeitigem Abbau der Fremdbestimmung des Einzelnen“ im Vordergrund. (WICKRATH 1992, S. 12) Der Bürger wird dadurch „eher Subjekt als Objekt des Planungsprozesses“. (WICKRATH 1992, S. 12) Hier sind zwei Anmerkungen zu machen: die Voraussetzung für diesen Emanzipationsprozeß ist erst einmal die Beteiligung selbst, wobei es die Aufgabe der Verwaltung ist, bei der Überwindung von Desinteresse Hilfe zu leisten. Außerdem wird bei einer größeren Anzahl der Beteiligten die Möglichkeit des Einzelnen zur Selbstverwirklichung entsprechend eingeschränkt.

Darüber hinaus darf ein noch so hoher Anspruch an die Bürgerbeteiligung nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Planungsinhalte nicht von der Bürgerschaft festgelegt werden (insbesondere wenn es um übergeordnete Planungen geht), sondern daß es meist nur noch um das Ausgestalten – also das Wie und nicht um das Ob – des jeweiligen Planungsprojektes geht (PETROSCHKA 1992, S. 9).

2) Kontrollfunktion

Die Kontrollfunktion beinhaltet im wesentlichen, daß durch die Bürgerbeteiligung schon frühzeitig die Kontrolle der Verwaltungsentscheidung einsetzt. Für eine effektive Kontrolle ist allerdings ein ausreichendes Maß an Transparenz nötig. Der Einblick in das Verwaltungshandeln macht die Entscheidungsfindung für den Bürger wesentlich überschaubarer und verständlicher und ist daher ausgesprochen wichtig, um die Entscheidung überhaupt erst beurteilen zu können (vgl. WICKRATH 1992, S. 13/14). Die Kontrollfunktion

der frühzeitigen Bürgerbeteiligung ist gerade daher von enormer Wichtigkeit, da es in Deutschland „– im Unterschied zu anderen westlichen Demokratien – bislang nicht gelungen ist, ein allgemeines Akteneinsichtsrecht für Bürgerinnen und Bürger zu etablieren.“ (ROTH 1997, S. 429).

3) Rechtsschutzfunktion

Die Beteiligung als Funktion zum Schutz der individuellen Rechtssphäre tritt hauptsächlich dann in Kraft, wenn eine Entscheidung Auswirkungen auf individuelle Rechtspositionen hat, und einer Rechtsverletzung in solch einem Fall auch tatsächlich durch die frühzeitige Bürgerbeteiligung vorgebeugt werden könnte. Ansonsten kann die Beteiligung unter diesem Aspekt gerechtfertigt werden, da der Bürger sich ja informieren können muß, ob in seinem Fall eine Rechtsverletzung vorliegt. Änderungen können in einem frühzeitigen Planungsstadium wesentlich einfacher und besser aufgenommen werden (vgl. WICKRATH 1992, S. 14).

4.4.2 Staatsorientierte Funktionen

1) Integrationsfunktion

„Die Integrationsfunktion bedeutet, daß die Bürgerbeteiligung eine einheitsstiftende und gemeinschaftsbildende Wirkung hat und damit die Loyalität und Solidarität gegenüber dem Gemeinwesen stärkt. Das heißt der Bürger empfindet bei einer frühzeitigen Beteiligung das staatliche Handeln auch mehr als eigenes und nicht mehr nur als fremdes Anliegen.“ (WICKRATH 1992, S. 15). Diese Funktion ist insofern brenzlich, als daß sich bei mangelhaft angewendetem Verfahren oder bei der Vernachlässigung einer Minderheit das Engagement der Nichtbeachteten in das Gegenteil (Apathie) verkehren kann. Die Wiedergewinnung solcher Personengruppen für die Bürgerbeteiligung gestaltet sich um so schwerer.

2) Legitimationsfunktion

Aus demokratie-theoretisch normativer Sicht läßt sich Bürgerbeteiligung insofern begründen, als daß „die Bürgerbeteiligung neben den Wahlen der Vertretungskörperschaften und den gesetzlichen Ermächtigungen für das Verwaltungshandeln eine zusätzliche demokratische Grundlage schafft.“ (WICKRATH 1992, S. 16). Nach HÜLSMANN (1998) ist die Existenz von Beteiligungsmöglichkeiten notwendig um Bürger politisch ausbilden zu können, und damit „Grundlage der Selbsterhaltung des demokratischen Staatsaufbaus zu sein.“ (HÜLSMANN 1998, S. 229).

¹³ Die Gliederung der Begründungsansätze bzw. der Funktionen von Bürgerbeteiligung ist dem Buch „Bürgerbeteiligung im Recht der Raumplanung und Landesplanung“ von WICKRATH 1992, S. 12-20 entnommen.

Insbesondere die Legitimationsfunktion der Bürgerbeteiligung ist sehr umstritten. Schließlich werden durch die Volkswahlen Repräsentanten gewählt, die die Entscheidungen fällen sollen. WICKRATH stimmt dieser Sichtweise insofern zu, als schließlich der Wahlakt Grundlage des demokratischen Systems ist, merkt aber kritisch an, daß es im Grundgesetz nicht verankert ist, daß nicht auch andere Faktoren – wie die Bürgerbeteiligung – angewendet werden könnten (vgl. WICKRATH 1992, S. 16). Im Gegenteil: “Die Verpflichtung der Behörde, zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durch die Teilhabe der Bürger einen Konsens zu finden, dient somit auch der Verwirklichung des Mehrheitsprinzips, des Minderheitenschutzes und des Prinzips der Volkssouveränität.“ (WICKRATH 1992, S. 17).

3) Rationalisierungs- und Effektivierungsfunktion

Wird – wie bei WICKRATH – davon ausgegangen, daß Entscheidungsprozesse in erster Linie Informationsverarbeitungsprozesse sind, trägt die Bürgerbeteiligung zur Rationalisierung und zur Verbesserung der Verwaltungsentscheidungen durch das Einbringen der Wünsche und Bedürfnisse der Wohnbevölkerung. Folglich kann eine frühzeitige Teilhabe der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozeß dazu beitragen, daß die Behörde über eine umfassendere und sicherere Entscheidungsgrundlage verfügt und dadurch sachrichtigere bzw. gegenstandsnähere Entscheidungen trifft (vgl. WICKRATH 1992, S. 18). Gerade im Bereich der Stadterneuerung und Stadtplanung sind die Bewohner (und damit die Nutzer) wohl die besten Experten für die Probleme des zu verändernden Bereiches und daher im Entscheidungsprozeß als Informationsquelle unverzichtbar. Problematisch wird der Informationsaustausch dann, wenn Entscheidungsträger diese Informationen dazu nutzen, auf Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen nur zum Schein einzugehen, sich aber nicht wirklich in die Planung „hineinreden“ lassen (vgl. PETROSCHKA 1992, S. 9).

Ein erfolgreicher Informationsaustausch allerdings begründet auch die Effektivierungsfunktion, denn die Chance einen Konsens zu erarbeiten und Akzeptanz zu erzielen ist entscheidendes Kriterium für die Durchsetzbarkeit und die Annahme der Entscheidung seitens der Bürger. Vorbehalte gegen die Bürgerbeteiligung können auch aus effizienztheoretischer Sicht damit entkräftet werden, daß zeitraubende Rechtsmittelverfahren seltener werden, solange das Bürgerbeteiligungsverfahren frühzeitig angesetzt wird (vgl. WICKRATH 1992, S. 19).

4.5 Ziele und Wirkungen der Bürgerbeteiligung Stadtentwicklungsprozeß

Entsprechend der oben beschriebenen Begründungen für Bürgerbeteiligung lassen sich zusammenfassend folgende Ziele und Wirkungen der Bürgerbeteiligung bei der Stadtentwicklung beschreiben (vgl. MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND

VERKEHR DES LANDES BRANDENBURG 1995, S. 7 und MÜLLER-CHRIST 1998, S. 154 u. STAUBACH 1997, S. 27):

- Sensibilisierung für die räumliche und soziale Umwelt des Quartiers;
- Erweiterung des Wissens in der Sache und der nachbarschaftlichen Kontakte;
- Beseitigung von Informationsdefiziten seitens der Kommune, um so bedürfnisorientiert Maßnahmen zu Verbesserung durchführen zu können (Einbeziehung externer Vorschläge und Sachverstand);
- Konfliktregelung bzw. Konsensfindung zwischen verschiedenen Gruppen im Vorfeld;
- Schaffung/Erhöhung der Akzeptanz gegenüber Planungsprozessen und –ergebnissen;
- Erhöhung der Effizienz durch »maßgeschneiderte« Projekte und Maßnahmen bzw. die Vermeidung von Fehlplanungen;
- Erschließen von Innovationspotentialen bzw. Berichtigung routinemäßiger Abläufe und Lösungen;
- Förderung der Identifikation und Mitverantwortung für das Wohnquartier, um so die Bereitschaft zur Mitgestaltung, Nutzung, Pflege und Verbesserung und gegen Vandalismus vorzugehen zu erhöhen (motivationaler Aspekt); an sich ist die Voraussetzung für diesen Punkt, daß Politik und Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern mehr zutrauen muß;
- Verstärkung der Bindung an das Wohngebiet, so auch ein Entgegenwirken gegen Abwanderung / Erhalt der gewachsenen (gemischten) dauerhaften sozialen Struktur (– wenn vorhanden);
- Auch hinsichtlich der Integration ausländischer BewohnerInnen kann Bürgerbeteiligung – wenn schon nicht die politisch-rechtliche Gleichstellung – so doch wichtige Integrationsarbeit leisten.

4.6 Grenzen der Bürgerbeteiligung in der Praxis

Bei der Frage, in wie weit sich diese Ziele und Wirkungen umsetzen lassen bzw. was häufige Verhinderungsursachen für eine erfolgreiche Durchführung der Beteiligung sind, schlägt LEHNEN eine Einteilung in planungsorganisatorische Ursachen, »Mängel« bei den Betroffenen und planungsmethodische Ursachen vor, um die Defizite bei der Bürgerbeteiligung zur ordnen (vgl. LEHNEN 1980, S. 24-31):

Planungsorganisatorische Defizite: Fehlende Bereitschaft seitens der Planer, sich auf eine andere als die von ihnen vertretene Sichtweise über die vorzufindenden Probleme einzulassen. Dementsprechend wird nur eine eingeschränkte Auswahl von Lösungsvorschlägen vorgelegt, die sich an der begrenzten Problemwahrnehmung und den

aktuell wissenschaftlich diskutierten Instrumenten orientieren – und nicht an den situationsspezifischen Bedingungen. Eine z.T. nicht angemessene Problemwahrnehmung hängt auch damit zusammen, daß vor allem solche Probleme politische Beachtung finden, die a) sich dramatisch darstellen lassen, b) bei Betroffenen auftreten, die eine geringere soziale Distanz zu den Entscheidungsträgern aufweisen und c) für die eine routinemäßig abgesicherte Lösung zur Verfügung steht.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist darin zu sehen, daß Bürgerbeteiligung meist ressortorientiert und selektiv ist, und damit der Vielschichtigkeit der Aufgaben nicht gerecht wird.

»Mängel« bei den Betroffenen: Probleme, die aufgrund von »Fehl-«verhalten der Planungsbetroffenen entstehen, sind vor allem darauf zurückzuführen, daß die Motivation zur Beteiligung oftmals erst dann steigt, wenn schon erste Auswirkungen der Planungen sichtbar sind und die Möglichkeiten Veränderungen zu erwirken gering sind. Zudem ist die Form der Interessenvertretung dann meist negativ, d.h. Veränderungen werden abgelehnt, der Status Quo soll beibehalten werden.

Planungsmethodische Defizite: Ursachen für Defizite der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Planungsprozesses können dann entstehen, wenn die Präferenzen der Planungsbetroffenen zum Zeitpunkt der Beteiligung noch sehr vage und labil sind. Defizite in bezug auf die Gestaltung der Bürgerbeteiligung selbst liegen vor allem in der Auswahl einer geeigneten Beteiligungsform, um die Interessen der betroffenen Bewohner nicht »erfolgreich« vom Planungsprozeß fernzuhalten.

Wie LEHNEN kritisiert auch FUCHS (1997), daß oftmals die Beteiligung der Betroffenen nicht einer echten Mitwirkung und Mitgestaltung dienen soll, sondern als Alibi durchgeführt wird oder in Form von vermeintlich offener Informationspolitik lediglich die Akzeptanz der angeordneten Maßnahmen gesteigert werden soll. Nach FUCHS liegen die Probleme der Bürgerbeteiligung sozusagen in der mangelhaften Balance zwischen der Zögerlichkeit der Entscheidungsträger, Entscheidungsgewalt abzugeben und der Frage, wieviel Entscheidungskompetenz seitens der Bürger überhaupt erbracht werden kann. Es sollte also in Frage gestellt werden, „inwieweit Erwartungen an Erfolge von Bürgerbeteiligung überhaupt gerechtfertigt sind.“ (FUCHS 1997, S. 168f).

Es läßt sich also festhalten, daß Bürgerbeteiligung als solche nicht unbedingt bessere oder gerechtere Ergebnisse bringt, sondern daß die Qualität der Beteiligung von Wichtigkeit ist. (Durch die numerische Steigerung der Personen und Interessen kann es – im Gegenteil – zu einer so weiten Verkomplizierung der Entscheidung kommen, daß eigentlich gar keine

befriedigende Entscheidungsfindung mehr möglich ist.). Zur der Frage, was nun die Qualität der Bürgerbeteiligung ausmacht, bzw. was diese zu einer erfolgreichen macht, schlägt OBST (1996) vor, nicht nur Qualität und Quantität der einzelnen Vorschläge zu prüfen, sondern zu beobachten, ob und wie stark sich die Planung generell am Bürger orientiert. Statt Bürgerbeteiligung wäre dann der Begriff der »bürgernahen Planung« angebracht (OBST 1996, S. 16). Diese beinhaltet die ganze Bandbreite von benutzerfreundlichen Sprechzeiten über eine verständliche Plandarstellung bis zur Kontaktaufnahme der Planer mit den Betroffenen vor Ort (vgl. OBST 1996, S. 16; DAEKS 1982, S. 9ff). Noch weitergehend heißt dies, es solle nicht lediglich um die Beteiligung an Einzelmaßnahmen gehen, sondern „um eine Einbindung in die dauerhafte Bewirtschaftung von Quartieren.“ (STAUBACH 1997, S. 26).

4.7 Beteiligungsbereitschaft und Beteiligungsfähigkeit

Da sich die Erwartung, die Bürger würden sich massenhaft engagieren, wenn man ihnen nur die Möglichkeit dazu gäbe, als Illusion erwiesen hat (vgl. KONDOLITSCH 1988, S. 11), ist die Frage zu stellen, welche Faktoren die Beteiligungsbereitschaft und die Beteiligungsfähigkeit der involvierten Personen und Gruppen – also der Politiker, der Verwaltungen und der Bürger – begünstigen bzw. verhindern. Es lassen sich unterschiedliche Einflußfaktoren festmachen, auf die ich im Folgenden eingehen werde.

Hinsichtlich der individuellen Einflußfaktoren hat sich gezeigt, daß es vor allem die „Menschen mit besserer formaler Bildung, höherem Einkommen, höherer zeitlicher Verfügbarkeit, männlichen Geschlechts, aus mittleren Altersgruppen und mit vielfältigen sozialen Netzen (z.B. Vereinsmitglieder) im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung auch im lokalpolitischen Geschehen überrepräsentiert sind.“ (ROTH 1997, S. 441). Überhaupt spielt die Einbindung in Netzwerke, zu denen auch Nachbarschaftsbeziehungen gehören, eine wichtige Rolle in bezug auf Beteiligungspotentiale, denn diese stehen in engem Zusammenhang mit der Stadtteilbindung und diese wiederum ist Voraussetzung für die Partizipationsbereitschaft der Bewohnerschaft (vgl. HERLYN; HUNGER 1994, S. 194). Unter den sozialstrukturellen Faktoren übernimmt der sozioökonomische Status der Bürger, eine überragende Stellung zur Förderung der Beteiligung ein (dies gilt für alle Formen politischer Beteiligung, außer für politische Gewalt, zivilen Ungehorsam und politische Einzelkontakte), (vgl. KAASE 1996, S. 524). Da dies tendenziell die Gruppen sind, die ohnehin über die meiste Entscheidungsmacht verfügen, ist fraglich in wie weit informelle Mitwirkungsmöglichkeiten überhaupt zu neuen Erkenntnissen führen. Die Aufgabe einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung – dies gilt noch mehr bei der Betroffenenbeteiligung – muß also insbesondere darin bestehen, artikulationsschwache Bevölkerungsgruppen zur Beteiligung zu motivieren bzw. in den

Beteiligungsprozeß einzubinden, wenn das Ziel der Beteiligung eine Verbesserung der momentanen Lebenssituation aller darstellen soll. Auch wenn diese persönlichen Merkmale und das soziale Umfeld der Bürger sicher nur als begünstigende oder erschwerende Bedingungen für ihre Partizipation, nicht aber als selbständig verursachende Faktoren aufzufassen sind, stellt sich doch die Frage, wie (im Sinne einer gerechteren Entscheidungsbildung) dem in den kommunal anzubietenden Beteiligungsmodellen zu begegnen ist.

Eine wichtige situative Bestimmungsgröße ist die Betroffenheit des zu Beteiligenden (vgl. KONDOLITSCH 1988, S. 11).

Es ist festzuhalten, daß Bürgerbeteiligung als ein *sozialer Interaktionsprozeß* zu verstehen ist, der hohe Anforderungen an alle Beteiligten stellt, die erforderlichen Fähigkeiten zu erlernen. „Partizipation ist also ein Lernprozeß“, dessen Ausmaß und Qualität in erster Linie von der Kooperationsbereitschaft abhängt (HÜLSMANN 1998, S. 239). Negative Erfahrungen aus vorhergehenden Beteiligungsverfahren, Vorurteile und Ohnmachtsgefühle, „daß »die da oben« doch machen, was sie wollen und sich nicht um die Sorgen des »kleinen Mannes« kümmern“ bzw., daß man nichts beitragen kann zur Lösung mehr oder weniger komplexer und komplizierter Probleme, können wichtige Ursachen für eine Beteiligungsabstinenz sein (KONDOLITSCH 1988, S. 11).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Beteiligungsbereitschaft und -fähigkeit aus einer Kombination institutioneller Strukturen, konkreter politischer Ereignisse, Gruppeneinbindungen und individueller Merkmale zusammensetzt (vgl. KAASE 1996, S. 526).

5 Stadtentwicklung – Stadterneuerung

In der Diskussion um Strategien hat sich die Auffassung von Stadterneuerung als einmaliger Aufgabe, in deren Rahmen baulich-räumliche Strukturen modernisiert werden, als unrealistisch erwiesen. Im Gegenzug wurde die Betonung auf den prozessualen Charakter gelegt: Stadterneuerung als Bestandspflege, in deren Rahmen nachhaltig baulich-räumliche, soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme in sich verändernden Quartieren zu bearbeiten sind (vgl. SCHUBERT 1998, S. 136). In den letzten Jahren hat nicht nur ein erheblicher Bedeutungsgewinn von Stadterneuerung an sich stattgefunden, sondern auch die Diversität hinsichtlich der Konzepte, die dem Verfahren und der Zielsetzung der Erneuerung zugrunde liegen, hat sich stark erweitert (vgl. SCHUBERT 1998, S. 126).

5.1 Stadterneuerung in der Vergangenheit

Bis in die 60/70er Jahre wurde zur Verbesserung der hygienischen Bedingungen und Auflockerung der städtebaulichen Strukturen (Anlage von Plätzen) der Abriß und Neubau ganzer Stadtviertel durchgesetzt. Die Aspekte der Erneuerung waren früher wie heute aber nie nur auf die baulichen oder funktionalen Defizite eines Quartiers gerichtet, sondern schlossen in beiden Teilen Deutschlands immer auch soziale Aspekte, räumliche (wie die Beseitigung »rückständiger« Stadtquartiere in Westdeutschland) sowie ordnungspolitische Aspekte mit ein, die es zu beeinflussen oder zu steuern galt (vgl. SCHUBERT 1998, S. 126). Stadterneuerung wurde also in Form von Flächensanierungen durchgeführt und im Sinne einer »Stadtgesundung« verstanden (vgl. KÖHLER 1995, S. 35).

In den Alten Bundesländern ging damit die massenhafte Vernichtung preiswerten Wohnraums, deren Bewohner auch durch die (teureren) Sozialwohnungen nicht aufgefangen werden konnten und sich in anderen – nicht sanierten – Altbauquartieren niederließen. Die Kritik heute an dieser Form der Stadterneuerung bezieht sich besonders darauf, daß das Augenmerk bei den Flächensanierungen vorwiegend auf die baulichen Maßnahmen gelegt wurde und massive Eingriffe in die gewachsenen sozialen Strukturen bzw. Nachbarschaften in Kauf genommen wurden. BAHR spricht in diesem Zusammenhang von der „Zerstörung der identitätsverbürgenden Sozialstrukturen“, von Nachbarschaft und Heimat im umfassendsten Sinn, und wirft damit die „Vertreibung aus der eigenen Lebensgeschichte“ vor (BAHR zit. in HERLYN 1990, S. 150). Der einebnenden Wirkung der Flächensanierung wurde die Diversifizierung von Sanierungsstrategien gegenüber gestellt, eine größere Vielfalt an Maßnahmen sowohl in baulich-räumlicher, als auch in sozialräumlicher Hinsicht konnten sich durchsetzen (behutsame Stadterneuerung). Insbesondere in sozialer Hinsicht unterscheidet sich

dieser Stadterneuerungstyp von dem vorhergehenden: „Mit der behutsamen Stadterneuerung wurde nicht mehr die Umsiedlung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen, sondern die Stabilisierung und der Erhalt der Gebietsbevölkerung angestrebt.“ (HANNEMANN 1993, S. 228f). Die hier geforderte Sicherung, Revitalisierung und Entwicklung des Bestandes entspricht auch im heutigen Sinne der Bedeutung von Nachhaltigkeit (vgl. SCHUBERT 1998, S. 131).

Wie anfangs in den Alten Bundesländern wurden auch in den Neuen Bundesländern die Altbaugebiete vernachlässigt, nur daß der Verfall hier ein weitaus größeres Ausmaß annahm. Ideologischer Hintergrund war das Ziel, eine neue Gesellschaft aufzubauen; „bei gleichzeitiger Ablehnung der kapitalistischen Vorgängergesellschaft einschließlich ihrer baulichen Hinterlassenschaften“ (SCHULZ 1998, S. 36). Obwohl „nach den »sechzehn Grundsätzen des Städtebaus« aus dem Jahre 1950 [...] die noch vorhandene wertvolle alte Bausubstanz harmonisch in die neuen Ensembles mit einbezogen und in einer ihr angemessenen Nutzung erschlossen werden“ sollte, fanden in den 60er Jahren die größten städtebaulichen Zerstörungen statt, um dem Bau der neuen sozialistischen Stadtzentren Platz zu machen (KÖHLER 1995, S. 51). Die Deckung des Wohnbedarf wurde durch den Neubau in industrialisierter Plattenbauweise sowohl in innerstädtischer Lage als auch am Stadtrand erfüllt. Erst Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre kam es zu einer stärkeren Hinwendung zur Stadterneuerung im Sinne einer Erhaltung der Altbausubstanz durch die komplexe Rekonstruktion. Da die Anwendung industrialisierter Bauverfahren sich aber als zu wenig flexibel bzw. sensibel gegenüber den differenzierten Anforderungen der Rekonstruktion erwies (vgl. HEINEBERG 2000, S. 227), blieben die Erneuerungsmaßnahmen auf sehr kleine Flächen begrenzt.

Angesichts des enorm hohen Modernisierungsbedarfes der baulichen Substanz in den Neuen Bundesländern hat sich die Situation der Stadterneuerung seit 1990 in Deutschland wesentlich geändert. Einerseits war eine Fortführung der bisherigen öffentlich geförderten Stadterneuerungspraxis aufgrund der finanziellen Lage nicht mehr machbar, andererseits kam eine privatwirtschaftliche Sanierung aufgrund Restitutionsbefangenheit, fehlenden Rücklagen und Finanzierungsmöglichkeiten über die Miete auch nicht so recht in Gang. Also war den privaten Investitionen Vorrang zu geben; allerdings wurde z.B. in Berlin durch die Ausweisung möglichst vieler und großer Sanierungsgebiete seitens der Stadt der Versuch unternommen sich wenigstens einige Steuerungsmöglichkeiten vorzubehalten. Da die private Sanierung aber an nicht so strenge soziale Auflagen gebunden ist, können diese Ziele nur

bedingt erreicht werden. In einigen der innenstädtische Wohngebieten – dazu gehören besonders die anpassungsfähigen Altbauquartiere, kamen und kommen dadurch »unkontrollierte« Aufwertungsprozesse in Gang. Dieser als »gentrification« bezeichnete Prozeß beschreibt die bauliche Aufwertung alter Quartiere durch die Verdrängung unterer sozialer Schichten durch mittlere und obere.

5.2 Aktuelle stadtentwicklungsplanerische Ansätze

Aufgrund der in Kapitel 2 beschriebenen Tendenzen der sozial-räumlichen Polarisierungen in den Städten wurde die Idee entwickelt, in Ergänzung zu zielgruppenspezifischen Hilfestellungen eine städtische Politik sozialer Integration einzuführen, wobei „das Wohnquartier als Zentrum des Lebensalltags eine geeignete und entwicklungsfähige Instanz sozialer Integration sein kann“ (vgl. ALISCH 1998).

In diesem Sinne haben sich seit etwa zehn Jahren immer mehr Kommunen, Städte und Länder¹⁴ für die Initiierung von Ansätzen einer integrierten und sozialorientierten Stadtentwicklungsplanung entschlossen. Vorreiter waren in Deutschland vor allem die Stadt Hamburg mit dem 1994 begonnenen Pilotprogramm zur Armutsbekämpfung »Zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung« und das Land Nordrhein-Westfalen mit dem Programm »Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf« seit 1993. Die positiven Ergebnisse dieser Programme trugen auf Bundesebene maßgeblich zu dem Beschluß des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt« bei. Das Programm stellt eine konzeptionelle Ergänzung der klassischen Städtebauförderung in Richtung einer integrierten Stadtteilentwicklungspolitik dar. (vgl. BENTLER, RUIZ, SAUTER, STAUBACH 1999, S. 21)

Das Bundesprogramm fungiert gewissermaßen als Dach für die einzelnen bestehenden und neu zu entwickelnden Programme der integrierten sozialorientierten Stadtentwicklung in den jeweiligen Städten und Gemeinden. Im Jahr 2001 haben 248 Gebiete in 184 Gemeinden am Programm teilgenommen.

5.2.1 Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt

Kern der lokalen Programme liegt in der Ressourcenbündelung, der ressortübergreifenden Arbeitsweise, der Initiierung von Projekten auf Stadtteilebene, deren Aufgabe die Aktivierung der Bewohnerschaft für ihre eigenen Belange ist. Die horizontale und vertikale Kommunikation und Koordination soll nicht nur auf der Verwaltungsebene selbst, sondern auch in bezug auf den Kontakt zur Bewohnerschaft verbessert werden. Für die

¹⁴ Hier ist insbesondere auf die Länder Frankreich, Großbritannien und die Niederlande zu verweisen.

Verwaltungsebene hat sich die Einrichtung fachübergreifender Arbeitsgruppen/Ausschüsse als sinnvoll erwiesen. Auf Stadtteilebene ist in allen vorgestellten Programmgebieten ein professionelles Quartiers- oder Stadtteilmanagement eingerichtet worden, „das als dezentraler »Motor« und »Netzwerkknoten« einer integrierten Stadtteilentwicklung in Erscheinung tritt“. (BENTLER, RUIZ, SAUTER, STAUBACH 1999, S. 38) Die Handlungsfelder für die Projekte und Maßnahmen können den Bereichen der Wirtschaft und Beschäftigung, soziale und kulturelle Infrastruktur, Bildung, Wohnen, Wohnumfeld und Ökologie sowie der Gesundheitsförderung und Integration zugeordnet werden.

Im Rahmen von Veranstaltungen, Berichten, und einem Internet-Forum findet ein Austausch über Informationen und die gesammelten Erfahrungen mit den lokalen Programmen statt. Die Programmbegleitung wird von einer Projektgruppe des Deutschen Instituts für Urbanistik durchgeführt.

5.2.2 »Urbane Integration«: Das Quartiersmanagement in Berlin

Ausgangspunkt für die Benennung von Gebieten des Quartiersmanagement in Berlin war das 1998 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie herausgegebene und von HÄUBERMANN UND KAPPAN (1998) bearbeitete Gutachten »Sozialorientierte Stadtentwicklung«. Sie stellen in ihrer Analyse der sozialen Entwicklung Berlins eine deutlich erhöhte Mobilität seit 1990 fest. Problematisch an diesem Ergebnis scheint insbesondere die soziale Entmischung durch die Selektivität der Wanderungen (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 15).

Die Autoren stellen fest, daß sich die Gebiete, in denen eine sozialer Entmischungsprozeß Handlungsbedarf veranlaßt, vier verschiedenen Gebietstypen zuordnen lassen: a) innerstädtische Altbaugebiete im Westteil der Stadt; b) innerstädtische Altbaugebiete im Ostteil Berlins; c) Wohnkomplexe des sozialen Wohnungsbaus im Westteil Berlins; d) Großsiedlungen am Stadtrand im Ostteil Berlins (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 15). Während für die innerstädtischen Gebiete im Westteil der Stadt problembehafte Gebiete ausgewiesen werden, sind es für den Ostteil erst einmal nur Verdachtsgebiete. Grundlage hierfür ist eine heterogenere Struktur der östlichen Gebiete (d.h. die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung ist i.d.R. gemischer), weshalb die angesprochenen Prozesse (noch) nicht zu einer derartigen Problemhaftigkeit geführt haben. Grundsätzlich läßt sich hier eine ebenso hohe Fluktuation, bzw. Wanderungsvolumen und sogar eine höhere Selektivität der Wanderungsprozesse feststellen. Außerdem finden insgesamt noch sehr starke Veränderung in den Wohnquartieren statt, Aufwertungs- und Verfallsprozesse passieren gleichzeitig und

räumlich eng nebeneinander, so daß sich noch kein eindeutiges Bild ergibt (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 59).

Ziel der Maßnahmen, die für die Gebiete des Quartiersmanagement erarbeitet wurden, ist die „Entwicklung von Strategien einer urbanen Integration, die den Prozeß der Marginalisierung und Exklusion stoppen könnte.“ (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 16). Solche Strategien müssen sich sowohl auf die baulichen Strukturen, als auch auf die sozialen Verhältnisse der Bewohner konzentrieren um erfolgsversprechend sein zu können. Es sind auf das jeweilige Quartier abgestimmte Strategien durch die beauftragten Träger zu entwickeln, anhand derer die Lage verbessert werden soll. Zu verallgemeinern ist lediglich das Erfordernis einer *integrierten* Lösungsstrategie, bei der dem Quartiersmanagement vor allem Vermittlungs- und Koordinierungsaufgaben zwischen den unterschiedlichsten Akteuren zukommt. Ziel und Arbeitsweise der Intervention soll sein, das Vertrauen der Bewohner in sich selbst und ihre Befähigung, für ihre Belange einzutreten, zu stärken (Empowerment¹⁵). Dies aber ist nur möglich, wenn ihr Einfluß auch spürbar ist, damit bestehende Ohnmachtsgefühle nicht weiter verstärkt werden. Dreh- und Angelpunkt der Handlungsstrategie ist, „daß sich innerhalb relativ kurzer Zeit tatsächlich »etwas tut«, und daß diese Veränderungen durch die Bewohner beeinflußt werden können.“ (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 16).

Die Aufgaben des Quartiersmanagement liegen daher vor allem in den Bereichen der Stadtteilkoordination, der Organisation der Bewohneraktivierung, der Projektinitiierung und der Mitwirkung an der Erfolgskontrolle.

- In den Bereich der Stadtteilkoordination fällt in erster Linie das Vernetzen der lokalen Akteure mit dem Ziel, gemeinsam ein Quartierskonzept zu entwickeln.
- Um auch BewohnerInnen, die sich bisher nicht im Quartiersentwicklungsprozeß eingebracht haben, zu mobilisieren, erscheint es z.T. zunächst einmal notwendig, die Leute dazu zu ermutigen, ihre Interessen zu artikulieren. In den Bereich der Organisation der Bewohneraktivierung fällt aber auch die Anleitung und Unterstützung von Bewohnerinitiativen bei der Wahl ihrer Organisationsform und ihren Beteiligungsmöglichkeiten.
- Ein wesentlicher Baustein des Quartiersmanagement ist die Initiierung von Projekten. Dazu gehören vor allem die Bündelung und das Zusammenbringen von Interessen, die Befähigung zur Projekt- und Konzeptentwicklung, Unterstützung beim Akquirieren der Mittel (aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor) und bei der Durchführung des

Projektes, sowie das Verkürzen der Wege zwischen Projektinitiatoren und Verwaltung. Wesentliche Kriterien sind, daß die Projekte mehrdimensional und ressortübergreifend, gebietsbezogen und beschäftigungswirksam sein müssen.

Die Erfolgskontrolle findet durch die von den Auftraggebern geforderte Berichterstattung statt. Mit dem Quartiersmanagement im Zusammenhang steht auch die Beobachtung der weiteren Entwicklung u.a. durch das Stadtmonitoring der SenStadtUmTech, „welches die sozialräumlichen Entwicklungsprozesse in den Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf im Kontext der gesamtstädtischen Entwicklungsprozesse analysiert“ (vgl. Abgeordnetenhaus von Berlin 1999 S. 33).

In der Tendenz zur Privatisierung der Stadterneuerung – einerseits der bei der Finanzierung von Projekten, andererseits bei der Durchführung und Begleitung des Stadterneuerungsprozesses durch intermediäre Träger, können besondere Chancen, aber auch besondere Risiken liegen, die im einzelnen noch weniger kontrollierbar sind, als bei den bisherigen staatlichen Maßnahmen. Da die Anforderungen an die intermediären Träger sehr hoch gesteckt sind, haben große Träger mit einer relativ großen Verwaltungsstruktur im Rücken Vorteile. Kleinere Initiativen und Vereine werden so von vornherein ausgegrenzt. Die Ausgangsbedingungen für eine gute Zusammenarbeit zwischen Quartiersmanagement und vorhandenen Initiativen können daher schon am Anfang beeinträchtigt sein. Ein Kritikpunkt beim Einsatz der Strategie des Quartiersmanagement entsteht in der Erhöhung der Distanz zwischen Entscheidern und Betroffenen durch das Einsetzen des intermediären Trägers. Diese Arbeitsweise enthebt „die Politik der Verantwortung, sich mit lokalen Problemen zu beschäftigen.“ (SCHÖNBERG 2000, S. 94). Ferner wird kritisiert, daß das Quartiersmanagement nur eine „weitere Hürde zwischen Bürgerinitiativen und den demokratischen Vertretern des Bezirkes“ sei.

Ein zweiter Widerspruch wird in der Initiierung neuer Stadtteilentwicklungsprogramme einerseits und der Kürzung bestehender (bewährter) Angebote auch in benachteiligten Quartieren andererseits.

Im Rahmen dieser Arbeit werde ich mich allerdings nur mit der Bewohnerbeteiligung und -aktivierung, Vernetzung und Kooperation lokaler Akteure beschäftigen.

¹⁵ Empowerment kann grob als die Anleitung zum Aufbau selbstorganisierter sozialer Beziehungsnetze beschrieben werden.

6 Das Stadtgebiet Friedrichshain

Die vorangegangenen Ausführungen sollen nun anhand des Stadtgebietes Friedrichshain räumlich veranschaulicht werden. Um ein möglichst ganzheitliches Bild Friedrichshain zu erstellen, wird auf die geschichtlichen Vorbedingungen, die derzeit vorzufindenden räumlichen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten eingegangen. Schließlich erfolgt die Untersuchung der Bürgerbeteiligung und Netzwerke vor dem Hintergrund einer idiographischen Beschreibung des engeren Untersuchungsraumes.

6.1 Lage, Entwicklung und Charakteristika des Stadtgebietes Friedrichshain

Mit einer Bevölkerung von 98.332 Einwohnern im Jahr 2000 und einer Fläche von 9,764 km² ist Friedrichshain einer der kleinsten Bezirke Berlins. Die Oberbaumbrücke verbindet den im Osten gelegenen Bezirk mit dem westlichen Kreuzberg. Im Rahmen der Bezirksgebietsreform, in der aus den bisherigen 23 Bezirken 12 Verwaltungsbezirke gebildet wurden, fand zum 01.01.2001 die Zusammenlegung dieser beiden Bezirke zu einer Verwaltungseinheit, dem neuen Reformbezirk III, statt. Bei der folgenden Charakterisierung wird aber trotzdem nur auf den ehemaligen Bezirk Friedrichshain eingegangen. Dies ist insofern sinnvoll, als sich erstens eine stärkere Generalisierung nachteilig auf die Aussagekraft der Daten auswirkt, zweitens die Stärken und Schwierigkeiten beider Bezirke aufgrund der sehr unterschiedlichen Bevölkerungszusammensetzung recht unterschiedlich sind, und drittens diese Charakterisierung als Rahmen für die Beschreibung des engeren Untersuchungsraums für Bürgerbeteiligung und Netzwerke, der im Stadtgebiet Friedrichshain liegt, dienen soll.

6.1.1 Historischer Abriss bis etwa Ende des Zweiten Weltkrieges

Die Stralauer Vorstadt als westliche Hälfte der Friedrichshainer Bezirksfläche wurde bereits anfang des 18. Jh. (1701) ein Teil von Berlin. Die landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Flächen waren vorerst sehr dünn besiedelt. Von diesem – ins Umland wachsenden – Stralauer Viertel und den ab Mitte des 18. Jh. entstandenen Kolonien als Keimzellen ging die unkontrollierte Verstädterung des Raumes aus. In der ersten Hälfte des 19. Jh. wurde durch die Gründung von städtischen Einrichtungen der Armen- und Altenpflege die Weichen zu einem ärmlichen Stadtquartier gestellt. (vgl. ABRAMOWSKI 2000, S. 31) Die gärtnerisch-landwirtschaftliche Nutzung hatte dazu beigetragen, daß für die künftige Großstadt unabsichtlich Reserveareale freigehalten worden waren, die Mitte des 19. Jh. für den Bau des Frankfurter Bahnhofs und des Viehhofs genutzt wurden. Auch dadurch folgte eine Abwertung

der Gegend für wohlhabende Schichten. (vgl. ABRAMOWSKI 2000, S. 35) „Die Gründerjahre nach 1870 vollendeten lediglich die städtebauliche Bestimmung des Stralauer Viertels durch eine flächendeckende Fabrik- und Mietskasernenhaut.“ (vgl. ABRAMOWSKI 2000, S. 34) Der östliche Teil des Bezirkes folgte zwischen 1890 und 1910. Die Bebauung wurde durch den 1862 von Regierungsbaurat Hobrecht vorgelegten »Bebauungsplan der Umgebungen Berlins« festgelegt. Dieser gab die Blockstruktur mit den Baufluchten und Plätzen vor und ließ für die einzelnen Grundstücke sehr hohe Dichtewerte zu, woraus die z.T. mehreren Seiten- und Hintergebäude mit den sehr kleinen Innenhöfen resultierten. (vgl. GERLACH; APOLINARSKI 1997, S. 30) Die Wohnungen waren klein (meist nur Küche und Stube, z.T. mit noch einer Kammer) und schlecht ausgestattet. Trotzdem waren sie überwiegend von mehr als vier Personen bewohnt. Etwa bis zur Jahrhundertwende waren die Flächen des Bezirkes fast vollständig überbaut. Friedrichshain war und ist einer der dichtbesiedeltsten Bezirke Berlins. (vgl. GERLACH; APOLINARSKI 1997, S. 30) Um der verschärften Wohnungsnot in den 20er/30er Jahren entgegen zu wirken, blieb nur noch, Dach-/ Kellerräume auszubauen und Großwohnungen zu teilen. Durch den Zweiten Weltkrieg hatte Friedrichshain einen Verlust von über 50 % des Wohnungsbestandes hinzunehmen; die Hälfte davon war unbewohnbar.

6.1.2 Räumliche Untergliederung des Stadtgebietes

Die Bezirksfläche wird in sieben statistische Gebiete aufgeteilt. Die Einteilung folgt im wesentlichen entlang der Verkehrsschneisen für Bahn und Auto (s. Anhang, Karte 1). Aber auch die baulich-räumliche Struktur bzw. funktionale Gesichtspunkte haben einen Einfluß: die jeweils westliche Grenze der statistischen Gebiete 115 und 116 ist so gelegt, daß die gründerzeitlichen Altbaugebiete zusammenhängend bleiben. (s. Anhang, Karte 4).

Der gesamte östliche Teil Friedrichshains wird durch die weitgehend noch erhaltenen gründerzeitlichen Areale geprägt. Die fünfgeschossigen Gebäude sind überwiegend der Bauphase zwischen 1900 und 1918 zuzurechnen. Diese Areale liegen vollständig in den statistischen Gebieten 115 und 116 (s. Anhang, Karte 1), die die einwohnerstärksten und die am dichtesten besiedelten Areale in Friedrichshain sind (s. Tab. 1). Der hohe Anteil an Verkehrsflächen in den Gebieten führt zum einen zu starker Belastung durch Lärm und Abgase, zum anderen sind dadurch nur schwer überwindbare Barrieren gebildet worden. Die Wohnumfeldqualität wird verstärkt durch ein Defizit im Bereich des Angebots an Grünflächen, sowohl in qualitativer, als auch in quantitativer Form.

Zu dem südlich hiervon gelegenen statistischen Gebiet 118 gibt es kaum Übergänge: die fast völlige Isolation durch die Bahntrasse im Norden, der S-Bahnring im Osten, das U-Bahnviadukt im Westen und die Spree im Süden stellt eine massive Benachteiligung der

Bewohner dar. Die Bebauungsstruktur ist ausgesprochen uneinheitlich. Es kann in die Teilbereiche mit intakter gründerzeitlicher Bebauung (hierzu gehören auch die Industrieanlagen Osram und Osthafen im Westen und Süden des Quartiers) einerseits und einem heterogenen neubebauten Bereich andererseits unterschieden werden.

Südöstlich schließt sich die Halbinsel Stralau, deckungsgleich mit dem statistischen Gebiet 119 an. Das durch brachliegende industrielle Produktionsstätten und zum Großteil sanierungsbedürftige Wohngebäude geprägte Gebiet gehört zu dem im April 1994 ausgewiesenen Entwicklungsgebiet Rummelsburger Bucht. Neben dem verstärkt angesiedelten Wohnraum dient das Gebiet vor allem der Erholung (Kleingartenanlage und Park, neu angelegter Uferweg). Aufgrund der immer noch stattfindenden massiven Veränderungen sowohl der baulichen Struktur als auch der Bewohnerschaft sind alle Daten und Aussagen zu diesem Gebiet mit besonderer Vorsicht zu genießen.

Der westliche Teil Friedrichshains – die statistischen Gebiete 114 und 117 – hat, aufgrund des hohen Zerstörungsgrades im Zweiten Weltkrieg, in weiten Teilen eine völlige Neuordnung erfahren. In den 50er Jahren fand der Bau der Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee (ehemalige Stalinallee) zwischen Strausberger Platz und Proskauer Straße beidseitig mit einem 2,3 km langen und bis zu 90 m breiten, zusammenhängenden Bauensemble nach klassizistisch-eklektizistischem Vorbild in Anlehnung an die stalinistische Architektur Moskaus statt. Obwohl die einzelnen Blöcke durch verschiedene Entwurfskollektive gestaltet wurden, vermittelt das Bauensemble einen geschlossenen Eindruck, der zusammen mit der Breite der Straße selbst und den wenigen kreuzenden Straßen eine trennende Wirkung und so eine mangelhafte Verbindung der anliegenden Stadtbereiche zur Folge hat. (Der Abschnitt zwischen Proskauer Straße und S-Bahnhof Frankfurter Allee – Trennung der Gebiete 115 und 116 – wurde bei seiner ursprünglichen Breite belassen und erst in den 80er Jahren mit sechs- bis achgeschossigen Plattenbauten ergänzt.)

Beidseitig der Magistrale schließt sich zeitlich uneinheitliche Bebauung jüngeren Datums an (s. Anhang, Karte 4). Hierzu gehören z.B. der in den 70er Jahren bebaute stark kriegsbeschädigte Franz-Mehring-Platz (ehemals Küstriner Pl.) und die Neubauten im Wohnkomplex Straße der Pariser Kommune in nordöstlicher Richtung vom Ostbahnhof (ehemals Hauptbahnhof). Insbesondere in der Bahnhofsumgebung kann von fehlender Identität des Raumes die Rede sein: die städtebaulichen und gestalterischen Defizite resultieren vor allem aus der starken Belastung durch Transitverkehr, großen undefinierten öffentlichen Räumen, unzusammenhängenden und abgeschnittenen Teilstücken des

ehemaligen Bahngeländes, jetzt von z.T. störendem Gewerbe genutzt, und mangelhafter Versorgung mit Grünflächen.

Im Nordwesten bildet das statistische Gebiet 113 den 1948 fertiggestellten Volkspark Friedrichshain, der bis heute die einzige Parkanlage des Bezirkes darstellt. Daher ist die Einwohnerzahl sehr gering (100); das Gebiet wird daher in den Auswertungen kaum eine Rolle spielen.

Neben dem südlich anschließenden Friedhof und dem Forckenbeckplatz im Gebiet 115 und kleineren Grünflächen in Alt-Stralau ist der Volkspark allerdings die einzige ausgedehnte Erholungsfläche. Die Versorgung der Bewohner besonders südlich der Frankfurter Allee mit wohnungsnahen Grünflächen ist als schlecht zu beurteilen. Im südlichen und östlichen Friedrichshain bilden ausgedehnte Bahnanlagen unüberwindbare Barrieren, bei deren Anblick glaubhaft wird, daß der Verkehrsflächenanteil mit etwa 30 % doppelt so hoch ist wie der Berliner Durchschnitt (s. Karte 2). (Quelle 14)

Die Anbindung an den öffentlichen Personenverkehr des Stadtgebietes Friedrichshain ist durch Fernbahn, S-Bahn, U-Bahn, Tram und Buslinien gewährleistet und generell als gut zu bewerten. Für den motorisierten Individualverkehr sind die wichtigsten Radialen die Landsberger Allee nach Nordosten, die Karl-Marx-Allee/Frankfurter Allee nach Osten und die Holzmarkstraße/Mühlenstraße/Stralauer Allee nach Süden und Südosten zu nennen. Wichtigste Querverbindung ist die Warschauer und in der Fortsetzung nach Norden die Petersburger Straße.

Aus den obigen Ausführungen ist ersichtlich, daß es sich beim Stadtgebiet Friedrichshain um ein sehr heterogenes Gebiet handelt. Diese Heterogenität spiegelt sich auch in den folgenden Abschnitten über Wohnungsstruktur, Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftlicher Struktur und sozialer Zusammensetzung der Bewohnerschaft wider.

6.1.3 Wohnlagen und Wohnungsstruktur

Obwohl Ende der 70er und in den 80er Jahren verstärkt im Nordosten des Gebietes Rekonstruktionsarbeiten durchgeführt wurden, konnte der bauliche Verfall in den Altbaugebieten nicht gestoppt werden. Vor der Wende übernahmen kommunale Wohnungsverwaltungen Stück für Stück die Verwaltung der meisten Wohnungen, die sich zusammensetzten aus zur Nazizeit zum Spottpreis verkauften oder enteigneten jüdischem Hausbesitz, Häusern, deren Besitzer in den Westen abgewandert waren und solchen, die von den Eigentümern übergeben wurden, da sie von den staatlich festgelegten Mieten die Instandhaltung nicht finanzieren konnten. Nach der Wende wurde der Wohnungsbestand von

der WBF (Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain) übernommen – 1990 betraf dies 60 000 der rund 65 000 Wohnungen in Friedrichshain – und ein Großteil wurde an die Alteigentümer zurückgegeben (auch wenn es aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse in vielen Fällen zu Verzögerungen gekommen ist). Aufgrund der drastischen Mieterhöhungen einerseits und dem miserablen Bauzustand des Altbaubestandes andererseits kam es 1990 zur Besetzung 40 leerstehender Häuser in Friedrichshain, deren Räumung z.T. mit harten Auseinandersetzungen verbunden war. (vgl. ASUM 2000, S. 85f)

Erste Aussagen über die Qualität der Wohnlagen können anhand des Mietspiegels¹⁶ gemacht werden. Hiernach erfolgt die Einordnung der Wohnlagen in ein dreigliedriges Schema: in gute, mittlere und einfache Wohnlagen. Der Bezirk Friedrichshain ist ausschließlich in mittlere und einfache Wohnlagen einzuordnen (s. Karte 3), wobei der westliche Teil und Stralau (die statistischen Gebiete 114, 117 und 119 als mittlere Wohnlagen zu bewerten sind. D.h. es sind Gebiete „des inneren Stadtbereichs mit überwiegend geschlossener, stark verdichteter Bebauung mit normalem Straßenbild (nicht von Gebäudeschäden geprägt), gutem Gebäudezustand (z.B. sanierte Wohngebiete, Neubaugebiete), mit wenigen Grün- und Freiflächen“. (Quelle 10) Der östliche Teil Friedrichshains (die Altbauggebiete 115, 116 und 118) sind den einfachen Wohnlagen als Gebiete „des inneren Stadtbereichs mit überwiegend geschlossener, stark verdichteter Bebauung mit sehr wenigen Grün- und Freiflächen, mit überwiegend ungepflegtem Straßenbild und (oder) schlechtem Gebäudezustand (z.B. Fassadenschäden, unsanierte Wohngebiete)[...]“ zuzuordnen. (Quelle 10)

Beim Wohnungsbestand nach Anzahl der Räume fällt auf, daß es einen erheblichen Überhang an 1-2-Raum-Wohnungen gibt: 1995¹⁷ lag der Anteil bei 26,69 % gegenüber 16,13 % in Berlin-Ost (s. Tab. 2). Diese Verteilung beruht vor allem auf den vielen kleinen Wohnungen im Altbaubestand. In den Gebieten mit überwiegend Neubau liegt der Anteil an 1-2-Raumwohnungen auch in Friedrichshain nur bei 17 % (stat. Gebiet: 114) bzw. 16 % (117), (Quelle 7). Mit einer durchschnittlichen Raumzahl von 3,1 Räumen (inkl. Küche) und einer Wohnfläche von 61,0 m² je Wohnung hat Friedrichshain die kleinsten Wohnungen in ganz Berlin; s. Tab. 3 Die im Berliner Vergleich hohen Werte hinsichtlich der Wohnfläche je Einwohner mit 42,2 m² und 2,1 Räumen je Einwohner lassen sich durch den hohen Anteil der

¹⁶ Der Mietspiegel dient als Übersicht über die üblicherweise gezahlten Mieten für verschiedene Wohnungstypen jeweils vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage. In erster Linie stellt er eine Möglichkeit zur Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete dar und damit ein Hilfsmittel zur Einigung der Mietvertragsparteien hinsichtlich der Miethöhe.

¹⁷ Die Zahlen beziehen sich auf die Gebäude- und Wohnungszählung in Berlin-Ost am 30.09.1995

1-Personen-Haushalte und deren bedarfsgerechteren Versorgung mit meist 2 Räumen erklären.

Ein Großteil – über 65 % – der Wohngebäude liegt nach der Gebäude- und Wohnraumzählung 1995 noch in der Hand von Wohnungsunternehmen (s. Tab. 5). Während Wohnungs- (bau-) genossenschaften als Eigentümer (bis auf eine geringe Bedeutung in den statistischen Gebieten 117 und 118) kaum eine Rolle spielen, sind in den gründerzeitlichen Wohngebieten immerhin 20 bis 30 % der Wohngebäude in Besitz natürlicher Personen, während es in den überwiegenden Neubaugebieten 114 und 117 nur um die 10 % sind. Gründe für diese Unterschiede hinsichtlich der Eigentumsform liegen vor allem in der Entstehung der Gebäude (vor 1990 gab es kaum privaten Wohnungsbau).

Im Hinblick auf die Bewohnerstruktur der Wohnungen zeigt sich eine klare Dominanz der Benutzung des Wohnraums durch Mieter (s. Tab. 6). Der Anteil der vom Eigentümer bewohnten Wohnungen liegt bei 0,2 % für ganz Friedrichshain. Selbst Wohnungen in Privateigentum werden meist nicht von den Eigentümern selbst bewohnt. Diese Kennziffern sind daher von Interesse, da Eigentumsbildung maßgeblich zur Stadtteilbindung beiträgt. Eine Privatisierung von Wohnraum ist – wenn diese nur durch auf Rendite ausgerichtete Kapitalanleger getragen wird – als problematisch einzuschätzen.

Eine besondere Problematik stellt der Leerstand im Bezirk dar. 1995 lag dieser für den ganzen Bezirk bei 8 %, in den gründerzeitlichen Altbaugebieten schwankten die Werte allerdings zwischen 9 und 10 % (s. Tab. 6). Im Zeitraum zur Zählung 1998 hat sich die Lage weiter verschärft: während der Leerstand in ganz Berlin mit jetzt 8,5 % nur gering steigt, liegt der Wert für Friedrichshain bei 23,9%. (Quelle 7) Bei der aktuellsten Leerstandserhebung im Februar 2001, die allerdings nur für die drei Friedrichshainer Sanierungsgebiete durchgeführt wurde, lag der Leerstandsanteil zwischen etwa 17 und 28 %. Die Frage, ob es sich wirklich um einen strukturellen Leerstand handelt ist schwer zu beantworten. Zum einen ist der Leerstand in Sanierungsgebieten immer durch sich im Modernisierungsprozeß befindliche Häuser höher, zum anderen könnte das Ergebnis auch durchführungsbedingt so hoch ausgefallen sein, da nur eine Stichprobe erhoben wurde. (vgl. LEERSTAND 2001, S. 3) Von der Mieterberatungsgesellschaft ASUM hingegen sind wesentlich niedrigere Leerstandszahlen zwischen 13 und 15 % ermittelt worden, die sich hauptsächlich in unsanierten Gebäuden finden. Dieser Tatbestand ist dann als problematisch einzuschätzen, wenn trotz eines Bedarfes an billigem Wohnraum dieser schon lange vor Beginn der Bauarbeiten nicht mehr vermietet wird. Es sind auf der anderen Seite allerdings auch Schwierigkeiten bei der Vermietung (offenbar zu teurer) Dachgeschoßwohnungen zu beobachten.

Der Entstehungszeitraum der Wohngebiete mit den jeweils befolgten Prämissen der Stadtentwicklung beeinflusst in erheblichem Umfang die räumlichen Gegebenheiten im Raum (z.B. Gestaltung des öffentlichen Raumes). Daraus ergibt sich u.a. eine Differenzierung in bezug auf die Wohnungsstruktur (im Hinblick auf Größe und Ausstattung). Es ist allerdings möglich, daß sich dieses Bild durch umfassende Sanierungsmaßnahmen in den nächsten Jahren ändern könnte.

6.1.4 Bevölkerungsentwicklung und -verteilung

Folge der oben genannten massiven Kriegsschäden war auch die Halbierung der Einwohnerzahl (von 346 264 im Jahr 1939 auf 188 936 im Jahr 1945). Der Bevölkerungsrückgang hat sich bis 1999 fortgesetzt, im Jahr 2000 ist erstmals seit 1975) eine Trendwende zu erkennen (s. Abb. 5). Die Bevölkerungsprognosen sind dennoch vorerst negativ.

Eine differenziertere Betrachtung der Einwohnerentwicklung von 1997 bis 2001 (in 2-Jahres Schritten) bestätigt zum einen die Verluste im Zeitraum 1997/1999, die sich auf fast alle statistischen Gebiete verteilen (s. Tab. 7 und Abb. 6). Hervorzuheben sind die hohen Verluste im Altbaugbiet 116 und der große Gewinn des Entwicklungsgebietes 119. Im Zeitraum von 1999 zu 2001 ist die Wende abzulesen: alle Gebiete, bis auf 117, das weiter leichte Verluste hinzunehmen hatte, können Bevölkerungszugewinn verzeichnen. Besonders die Gebiete mit hohem Anteil an gründerzeitlichem Altbau (115, 116, 118) haben die höchsten Gewinne. Die Entwicklung der Verteilung auf Altersgruppen in den statistischen Bereichen zeigt, daß die Ausgangsbedingungen wie auch die Entwicklung von 1997 über 1999 bis 2001 in den überwiegenden Altbauquartieren ähnlich sind. Die Abnahme insbesondere der Altersgruppe der 6-18jährigen läßt auf einen Wegzug der »etablierten« Familien schließen. In den Altbaugebieten wird der stete Rückgang der Jugendlichen durch eine Zunahme des Anteils der Erwerbsfähigen ausgeglichen. Die Zunahme der Menschen im erwerbsfähigen Alter ist am deutlichsten im Gebiet 116 zu erkennen, in dem parallel der Seniorenanteil sinkt. Interessant ist hier der Anstieg der Kinder unter 6 Jahren. Anders sieht die Situation in den vom Neubau geprägten Gebieten aus: Der Anteil älterer Bewohner ist deutlich höher, als in den vom Altbau geprägten Gebiete. Es ist anzunehmen, daß dies mit der Fertigstellung großer Bauvorhaben in den 60er und 70er Jahren und dem einseitigen Zuzug von damals jungen Familien zusammenhängt, die im Gebiet verblieben sind und jetzt dieser älteren Gruppe angehören. Auf der Halbinsel Stralau werden die Folgen der

Neubautätigkeiten sichtbar: Dies läßt auf den Zuzug insbesondere von jungen Familien schließen.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung ist seit dem Einbruch nach der Wende mit einem Tiefpunkt im Jahr 1992 stetig wieder gestiegen und liegt im Jahr 1999 mit 9,1 Lebendgeborenen je 1000 Einwohnern sogar über dem Berliner Durchschnitt (Berlin: 8,8; Berlin-Ost: 7,6). (Quelle 6, S. 43, Quelle 14)

Die aktuelle Bevölkerungsentwicklung im Stadtgebiet Friedrichshain wird allerdings deutlich mehr durch die räumliche als durch die natürliche beeinflusst (s. Tab. 8). Es ergeben sich räumliche Unterschiede zwischen den westlichen Neubaugebieten und den östlichen Altbaugebieten: während in letzteren die natürlichen Bevölkerungsverluste stark von dem Wanderungsgewinn überdeckt werden, können in ersteren die Wanderungsgewinne nicht die natürlichen Bevölkerungsverluste ausgleichen. Nur im Südosten Friedrichshains (118,119) ist die natürliche Bevölkerungsentwicklung – wenn auch nur zu einem sehr geringen Teil – am Bevölkerungszuwachs beteiligt.¹⁸

Im Hinblick auf die Altersstruktur der Wohngebiete sind auch hier Unterschiede festzustellen, die vom Baualter abhängig sind: in den neueren Gebieten ist die Bevölkerung älter als in den Altbaugebieten. Nach der langandauernden Abnahme der Einwohnerzahlen in Friedrichshain scheint sich diese Negativentwicklung umzukehren, wobei die verschiedenen Wohngebiete in unterschiedlichem Maß an den Bevölkerungsgewinnen teilhaben. Es bleibt offen, ob dies ein kurzzeitiger Trend, oder eine langfristige Entwicklung ist. Ein Grund für die Bevölkerungsverluste ist sicherlich in dem massiven Arbeitsplatzabbau zu sehen.

6.1.5 Wirtschaftliche Lage¹⁹

Die Bevölkerungsverluste nach der Wende lassen sich auf die Schließung industrieller Großbetriebe (z.B. die des OSRAM-Werkes, später Berliner Glühlampenwerk NARVA oder der Knorr-Bremse AG, später Berliner Bremsenwerk) und den Verlust vieler Arbeitsplätze zurückführen. Nachdem in den vorhergehenden Jahrzehnten aufgrund der Verstaatlichung der Betriebe und der Vereinheitlichung der Produktangebote auch die kleinteilige Struktur von Gewerbebetrieben kaum mehr in nennenswertem Umfang vorhanden ist, hat das verarbeitende Gewerbe in Friedrichshain nur noch eine geringe Bedeutung. Diese läßt sich an dem zunächst massiven Rückgang der Betriebe, Beschäftigtenzahlen und des Umsatzes bis

¹⁸ In diesem Zusammenhang soll nochmals auf die geringen Fallzahlen in den stat. Gebieten 113 und 119 hingewiesen werden.

¹⁹ Die wirtschaftliche Situation wird im Folgenden u.a. (entsprechend den Angaben in Quelle 6) anhand von Kennziffern des Verarbeitenden Gewerbes als Schwerpunkt industrieller Strukturen, der Gewerbeentwicklung als ein Indikator für die wirtschaftliche Dynamik und des Einzelhandels als Verbindung zwischen Wirtschaft und Bevölkerung charakterisiert.

1997/1998 ablesen. Seit diesem Tiefpunkt allerdings kann – entgegen der Entwicklung in ganz Berlin – ein langsamer Zuwachs beim verarbeitenden Gewerbe in Friedrichshain festgestellt werden. (s. Tab. 9).

Die Entwicklung der Gewerbean- bzw. abmeldungen zeigt, daß es in den ersten Jahren nach der Wende zu einem starken Anstieg von Anmeldungen kam. Bis 1994 gingen diese Stück für Stück zurück. Zwar liegt die Zahl der Anmeldungen seit 1995 wieder relativ hoch, die Zahl der Abmeldungen ist jedoch ebenfalls gestiegen, was zu einem insgesamt geringeren Zuwachs von Gewerbe in Friedrichshain führt (s. Tab.10 und Abb.7). Der Anteil von Gewerbetreibenden und Dienstleistungseinrichtungen ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen und hat sich seit 1998 bei einem Zuwachs von gut 300 Anmeldungen pro Jahr eingependelt.

Die Einzelhandelsentwicklung zeigt, daß nach der Wende großer Nachholbedarf bestand, und dementsprechend stiegen Einzelhandelsflächen von 1991 bis 1997²⁰ um etwa 50 % (s. Tab. 11) Die Verkaufsfläche je Einwohner schneidet im Berliner Vergleich nur wenig geringer ab. Der Einzelhandel konzentriert sich entlang der Frankfurter Allee (mit drei große Einkaufszentren: Passage Plaza, Ring Center I und II) und der Warschauer Straße. Die Altbaugebiete weisen darüber hinaus viele Gebäude mit Nutzmischung Wohnen mit Handwerk und Gewerbe auf. Es überwiegen Wohn- und Geschäftsnutzungen. Gerade in diesen Gebieten ist allerdings auch der Leerstand von Gewerbeflächen sehr auffällig. Im Gebiet um die Simon-Dach-Straße ist darüber hinaus eine Häufung des Gaststättengewerbes festzustellen.

„Heute beherrschen Klein- und Mittelbetriebe sowie Dienstleistungsunternehmen das Bild. Kennzeichnend ist die räumliche Durchmischung und Streuung der Arbeitsstätten des Gebietes.“ (Quelle 6, S. 51) Erst kürzlich realisierte und geplante Vorhaben könnten allerdings zu einer grundlegenden Änderung der Struktur – jedenfalls von Teilstücken Friedrichshains – führen. So z.B. will Media Spree (Entwicklungsgesellschaft bestehend aus bislang 7 Investoren), zwischen Michael- und Oberbaumbrücke ein sog. Kompetenzzentrum für Medien, entsprechende Dienstleistungen, Entertainment und Freizeit errichten. Hierzu gehören auch Planungen einer Großarena für 16 000 Besucher, die 2004 fertig werden soll. Insgesamt wird sich dieser Bereich vorraussichtlich in den nächsten 15 bis 20 Jahren zu einem schicken Dienstleistungsareal mit Hauptfunktion Unterhaltung entwickeln. In westlicher Richtung schließt sich unmittelbar der Umbau des Ostbahnhofes und Investitionen in der Umgebung an. Die Umbauten des alten Postbahnhofes sollten ebenfalls den Auftakt

geben für den Aufbau eines neuen Stadtteils mit u.a. einem Hafen (Spreeport), einem Zentrum für Zukunftsenergien u.a.. In östlicher Richtung schließt sich an das Media Spree Areal die Oberbaum-City in den sanierten Räumlichkeiten der Osram-Werke als moderner Dienstleistungs-, Wohn- und Gewerbestandort mit Schwerpunkt auf IT-Branchen an. Im Sommer 2002 zieht der große Musikkonzern »Universal Music« in einen modernisierten Speicher in unmittelbarer Nachbarschaft. Auch nordöstlich hiervon ist die Entwicklung und Bebauung des Revaler Vierecks mit Wohn- und Gewerbeflächen (eventuell einem weiteren Einkaufszentrum) geplant. Ältere Planungen – wie der Ausbau der Gegend um das Ostkreuz als Dienstleistungsstandort mit bis zu 20-geschossigen Bürotürmen – sind inzwischen still zu Grabe getragen worden. Übriggeblieben sind in naher Umgebung nur die Umnutzung der Knorr-Bremse-AG durch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und der Bau des Victoria-Centers – beides auf Lichtenberger Seite. (vgl. GESTRECKT UND ABGESPECKT 2001, S. 11) Der Beginn für den Umbau des Bahnhofes Ostkreuz selbst ist nun für 2003 mit einer Dauer von 7 Jahren geplant. (vgl. NEUMANN 2002) Die Ausstattung mit Gewerbeflächen wird auf das übliche beschränkt bleiben (Fahrkartenverkauf, Blumen, Kioske auf den Bahngleisen).

Aber: „Trotz der Nachnutzung für die großen Industrieareale haben positive Arbeitplatzeffekte die benachbarten Bewohner nicht erreicht. Auch die erhofften wirtschaftlichen Vorteile für das kleinteilige Gewerbe und den Handel in der Nachbarschaft sind bislang ausgeblieben.“ (Quelle 19). Es bleibt abzuwarten, wie sich die kommenden privatwirtschaftlichen Investitionen entlang der Spree entwickeln werden, ob sie sich in das Gebiet integrieren lassen, oder ob sie gewissermaßen als Inseln ohne Auswirkungen auf das nähere Umfeld bleiben.

Die Aufteilung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen²¹ zeigt ebenfalls die niedrigere Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes in Friedrichshain zugunsten des – für innerstädtische Lagen – charakteristischen tertiären Sektor (s. Tab. 12). Der öffentliche wie private Dienstleistungsbereich nimmt mit über 30 % – auch im Berliner Vergleich – die überragende Stellung ein.

Die wirtschaftliche Situation ist immer noch von den Bedingungen vor und den Umstrukturierungen nach der Wendezeit beeinflusst. Die Anpassung der wirtschaftlichen

²⁰ Aktuellere Zahlen standen mir leider nicht zur Verfügung.

²¹ Diese Daten entstammen dem Mikrozensus (einer regelmäßig vom Statistischen Landesamt vorgenommenen Stichprobenerhebung, die etwa 0,1 % der Bevölkerung erfaßt). Abgesehen davon, daß es keine Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Bezirksebene gibt, sind die Daten des Mikrozensus zweckdienlicher für diese Arbeit, da sie nach dem Wohnortprinzip erfaßt wurden. D.h., es wurden nicht die am Ort Beschäftigten erfaßt, sondern die Beschäftigten der vor Ort wohnenden.

Struktur, die der Lage entsprechend charakteristisch ist, findet statt. Es sind große Umbau und Umnutzungen vorhandener Brachflächen geplant, deren Gebrauchswert sich angesichts der ohnehin hohen Leerstände – insbesondere in bezug auf Büro- und Gewerbeflächen – erst noch beweisen werden muß. Auswirkungen auf die Einwohner des Stadtgebietes sind noch nicht abzusehen.

6.1.6 Soziale Lage

6.1.6.1 Bevölkerung

Hinsichtlich des Anteils ausländischer Bevölkerung, der im Vergleich zu den ehemaligen westlichen Bezirken Berlins im Ostteil der Stadt allgemein relativ niedrig ausfällt, ist bis auf das statistische Gebiet 116 im ganzen Bezirk ein leichter Anstieg im Zeitraum von 1997 bis 2001 zu verzeichnen (s. Tab. 13).

Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich von April 1995 mit 1,8 auf 1,7 Personen im April 1999 weiter verringert. Dementsprechend ist der Anteil der Friedrichshainer 1-Personen-Haushalte überdurchschnittlich hoch (52,6 %). Dies geht zu Lasten größerer Haushalte ab 4 Personen (s. Tab. 14). Für das Altbaugelände 116 – das weitgehend durch zwei der Sanierungsgebiete und das Milieuschutzgebiet abgedeckt wird – lassen sich durch ergänzende Untersuchungen, die im Rahmen dieser Maßnahmen durchgeführt wurden zusätzliche Aussagen treffen²². Die Dominanz der 1-Personen-Haushalte ist in diesen Gebieten (wohnungsbedingt) mit ca. 70 % aller Haushalte noch stärker, als er in Friedrichshain ohnehin ist (s. Tab. 14).

Der Anteil der Haushalte mit Kindern liegt in Friedrichshain mit 19% aller Haushalte weit unter dem Berliner und Ostberliner Durchschnitt (s. Tab. 15). In den Sanierungsgebieten gibt es noch weniger Haushalte mit Kindern, deren Anteil sich seit 1996/97 weiter verringert hat (von 15 auf 11 %). Ein Großteil dieser Haushalte haben nur ein Kind. In den Sanierungsgebieten leben lediglich 3 % der Haushalte mit 2 und mehr Kindern.

Mit 57 % aller Familien liegt der Anteil der Alleinerziehenden in Friedrichshain besonders hoch (Berlin: 38 %, Berlin-Ost: 42%) (s. Tab. 16).

6.1.6.2 Bildung

Sowohl das schulische, als auch das berufliche Ausbildungsniveau ist – wenn auch nicht ganz so deutlich – im gesamten Stadtgebiet Friedrichshain vergleichsweise hoch (s. Tab. 17 und Tab. 18). Der Anteil der Personen mit Hochschulabschluß ist in weiten Teilen des Altbaubereiches²³ mit 21 % mehr als doppelt so hoch wie der Berliner Durchschnitt; der

²² Diese sollen hier mit aufgenommen werden, da dieser Bereich das im nächsten Kapitel zugrundeliegende Untersuchungsgebiet darstellt.

²³ abgedeckt durch Sanierungsgebiete und das Gebiet mit Erhaltungssatzung

Anteil im Milieuschutzgebiet liegt mit 27 % sogar 3 mal so hoch (s. Tab. 18). Die Personengruppe mit Hochschulabschluß – deren Anteil in diesen Gebieten auch weit über dem Friedrichshainer Durchschnitt liegt – hatte in den letzten Jahren (seit der vorhergehenden Untersuchung 1996/97) z.T. enormen Zuwachs. Auch der Anteil der Studenten bzw. der in Ausbildung befindlichen Personen liegt mit 30 % bzw. 26 % sehr hoch. Interessant ist darüber hinaus, daß sich im Fall der Sanierungsgebiete der Anteil der Studenten zwischen 1996/1997 und 2000 von 14 % auf 30 % verdoppelt hat. Der Anteil der Personen mit Hochschulabschluß ist um 3 % gestiegen. Im Milieuschutzgebiet dagegen hat sich der Anteil der Studenten nur um 4 % erhöht, während sich hier der Anteil der Personen mit Hochschulabschluß mehr als verdoppelt hat. In beiden Fällen geht der Zuwachs in erster Linie zu Lasten der Personen mit Lehr-/Anlernabschluß.

Der hohe Anteil der in Ausbildung/Studium befindlichen Personen in den gründerzeitlichen Altbauquartieren ist vor allem bei der Bewertung der Einkommensverhältnisse zu berücksichtigen, denn Einkommensarmut in einem studentischen Fall hat ein völlig anderes Gesicht als im Fall einer Langzeitarbeitslosigkeit (beides Fälle, die in Friedrichshain keine Seltenheit sind). Während ein Grund der hohen Attraktivität der Gebiete für Studenten sicherlich in den kleinen z.T. unsanierten billigen Wohnungen liegt, muß der hohe Studentenanteil bei der Bewertung der Haushalts- und Familienstruktur, der Stabilität/Mobilität der Bevölkerung aber auch bei der Einkommensstruktur berücksichtigt werden.

6.1.6.3 Wirtschaftliche Situation

Zur Bewertung der wirtschaftlichen Situation der Gebietsbewohnerschaft kann das mittlere Haushaltsnettoeinkommen Auskunft geben (s. Abb. 8). Seit 1991 ist das mittlere Haushaltsnettoeinkommen von 1600 DM auf 2450 DM im Jahr 2000 gestiegen (s. Tab. 19). Die Differenz zwischen Friedrichshain und Berlin hat sich in diesen Jahren allerdings von 400 DM auf 450 DM erhöht. Bei der Gruppierung der Haushaltsnettoeinkommen in Einkommensklassen²⁴ ist ersichtlich, daß das niedrigere mittlere Einkommen durch mehr niedrige Einkommen und weniger hohe Einkommen zustande kommt. Der mittlere Einkommensbereich entspricht dem Berliner Durchschnitt. Besonders in den Sanierungsgebieten und dem Gebiet mit Erhaltungssatzung fällt der starke Überhang der beiden untersten Einkommensgruppen auf (s. Tab. 19). Das mittlere

²⁴ Die Aufsplittung in Einkommensgruppen ermöglicht zwar einen differenzierteren Einblick in die Einkommensverteilung als nur das mittlere Haushaltsnettoeinkommen (Median = der Wert, oberhalb dessen sich jeweils die Hälfte aller Fälle gruppieren); bei beiden Berechnungen fehlt aber als wichtige Größe die Zuordnung zur jeweiligen Haushaltsgröße. Generell läßt sich also im Fall kleinerer Haushalte bei niedrigerem Haushaltsnettoeinkommen eine nicht so prekäre Lage ablesen, wie das bei großen Haushalten der Fall wäre.

Haushaltsnettoeinkommen liegt hier noch niedriger bei etwa 2000 DM. Während das Einkommen der Bewohnerschaft sanierter Wohnungen allerdings nur gering unter dem Friedrichshainer Durchschnitt liegt, ist es in unsaniertem Wohnungsbestand um so niedrigerer bei 1500 bis 1700 DM.

Bei einer vom Institut für Angewandte Demographie GmbH (IFAD, Quelle 6) durchgeführten Studie²⁵ der Sozialstruktur der Hilfeempfänger in Friedrichshain konnte ein deutlich größeres Risiko sozialhilfebedürftig zu werden bei den 1-Personen-Haushalten festgestellt werden (sie stellten 67,5 % der HLU-empfangenden Haushalte, während nur 54,0 % der Haushalte auch 1-Personen-Haushalte sind). „Zwei- bis Dreipersonenhaushalte sind in der Sozialhilfe unterrepräsentiert, und erst bei größeren Haushalten tritt wieder verstärkt Sozialhilfebedürftigkeit auf.“ (Quelle 6, S. 63) Noch nicht schulpflichtige Kinder weisen die höchste altersspezifische Hilfequote auf. Auch ausländische Haushalte sind gefährdeter, sie waren dreimal so stark von Sozialhilfe betroffen wie deutsche Mitbürger. Entsprechend der Abb. 9 ist festzustellen, daß mit 67,4 % Arbeitslosigkeit die häufigste Ursache für die Sozialhilfebedürftigkeit ist. Der Zusammenhang von Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in der Tab. 20). Die Arbeitslosenquote für Friedrichshain lag 1999 bei 16,6 % und damit leicht unter dem Berliner Durchschnitt von 17,8 %. Der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt schneidet leicht unter dem Berliner Durchschnitt von 8,1 % ab und liegt 1999 bei 7 % (Quelle 22).

Die räumlichen Verteilung der Hilfeempfänger kann auf Basis der Lebensbereiche dargestellt werden (s. Karte 5).²⁶ Friedrichshain ist zwar der Bezirk mit der höchsten Hilfequote im ehemaligen Ostteil der Stadt, liegt allerdings immer noch – für Berliner Verhältnisse – im mittleren Bereich und „korrespondiert, soweit die statistischen Zusammenhänge geprüft wurden, mit der geringen Kinderzahl und dem mäßigen Ausländeranteil im Bezirk.“ (Quelle 6, S. 65) Obwohl die Streuung nur gering ist, kann tendenziell eine höhere Belastung des Ostteils, also der Altbaugebiete, festgestellt werden (im Vergleich zu z.B. Wedding, wo die Spannweite zwischen 9 - 27 % HLU-Empfänger liegt) (Quelle 6). Die relative Homogenität „entspricht der Beobachtung, daß die soziale Ausdifferenzierung wie auch die Segregation im ehemaligen Ostteil Berlins weniger fortgeschritten ist.“ (Quelle 6, S. 65)

²⁵ Im Rahmen der Untersuchung wurde eine Strukturanalyse jenen Teils der Friedrichshainer Bevölkerung erstellt (5776 Bedarfsgemeinschaften mit 9143 Personen), die im April 1999 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielt.

²⁶ Die Aufteilung Friedrichshains in Lebensbereiche ist eine räumliche Untergliederung, die nur innerhalb des Bezirksamtes genutzt wird, und soll durch die kleineren Gebietseinheiten eine detailliertere Planungsgrundlage bieten.

6.1.6.4 Bewertung der sozialen Lage nach dem Sozialstrukturatlas 1999²⁷

Die Ergebnisse des SOZIALSTRUKTURATLAS (1999) sollen hier ergänzend genannt werden: je geringer der sozio-ökonomische Status, desto »belasteter« das Gebiet. Die Aussagen beruhen allerdings lediglich auf der Einordnung in eine hierarchische Rangfolge von Teilbereichen unterschiedlicher Größenordnung (Bezirk, Statistische Gebiete, Verkehrszellen). Grundlage für die Berechnung des Sozialindex²⁸ sind Daten des Statistischen Landesamtes. Dieser Index soll die Grundlage für die Festlegung des Personal- und Transferaufwandes bzw. des innerstädtischen Finanzausgleiches bilden und keine detaillierten qualitativen Aussagen machen. Die Ergebnisse stimmen zwar mit meiner Charakterisierung der sozialen Lage überein (was nicht verwunderlich ist, da im wesentlichen dieselben Daten wie zu Arbeitslosigkeit und HLU-Empfängern zugrunde liegen), es sollte jedoch die Gefahr von Ungenauigkeiten und Fehleinschätzungen durch die grobe Verallgemeinerung weniger »repräsentativer« Variablen erwähnt werden (s. Tab. 21). Die Ergebnisse des Sozialstrukturatlanten zeigen, daß die Gebiete mit einer hohen sozialen Belastung eher im innerstädtischen Bereich Berlins zu finden sind. Auch Friedrichshain gehört dazu. Anhand der Cluster-Werte und der Sozialindizes zeigt sich, daß der nordwestliche Teil (die Verkehrszellen 1141²⁹ und 1171³⁰) am günstigsten abschneiden. Kapp 30 % der Friedrichshainer Bevölkerung wohnt in diesen Gebieten. Etwa 10 % leben in Gebieten (1172, 1181 und 1191) mit einem Indexwert von -0,6 bis -0,8, also relativ schlecht gestellten Gebieten. Mit Sozialindexwerten zwischen -1,1 und -1,4 fallen die Altbaugebiete (1151, 1161 und 1162, welches das in Friedrichshain am stärksten problematisch bewertete Gebiet ist) als sehr belastet auf. Die Bewohnerschaft dieser Gebiete stellt 61,1 % der Friedrichshainer Bevölkerung. Das im Sozialstrukturatlas beschriebene Wanderungsverhalten – Abwanderungen in Gebieten mit schlechten Sozialindexwerten, Zuwanderungen in solche mit guten Werten – läßt sich für Friedrichshain zwar für den Zeitpunkt der Datenauswertung (1996) ebenso übertragen, trifft aber seit 1999 nicht mehr zu. Hierauf wird im folgenden Abschnitt (s. 6.1.7) genauer eingegangen.

²⁷ Im Rahmen der 1999 durchgeführten Sozialstrukturanalyse wurde anhand von Einzelmerkmalen (Variablen) der Versuch unternommen, die soziale Struktur Berlins anhand eines Vergleiches mit bundesweiten Durchschnittswerten, einem Vergleich zwischen Berlin-Ost und -West und zwischen den Bezirken zu beschreiben.

²⁸ Der Sozialindex wird auf Bezirksebene anhand eines 25-teiligen Variablensatzes berechnet. Mit einem reduzierten Variablensatz, der die Variablen »Personen im Alter von 18 bis unter 35 Jahren an der Bevölkerung«, »Ausländische Personen (ohne EU-Ausländer) an der Bevölkerung«, »Arbeitslosenquote« und »Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung« beinhaltet, kann er auch für statistische Gebiete und Verkehrszellen berechnet werden; denn zum einen sind diese Daten auch für diese räumliche Ebene vorhanden, zum anderen hatten sie die höchsten Korrelationen mit dem Sozialindex auf Bezirksebene und können daher als gute »Repräsentanten« gelten.

²⁹ entspricht dem statistischen Gebiet 114

³⁰ der westliche und nördliche Teil des statistischen Gebietes 117, also ohne den Bereich um das Bahngelände (zu den Grenzen der Verkehrszellen s. Karte 1)

In Friedrichshain läßt sich ein Trend zu Singlehaushalten feststellen. Im wesentlichen ist die soziale Lage Friedrichshains in mittleren und unteren Bereichen anzusiedeln. Trotz der Heterogenität der Gebietes ist die Bevölkerungszusammensetzung in sozialer Hinsicht recht homogen. Es können aber Zusammenhänge zwischen alter, schlechter Bausubstanz und der sozio-ökonomischen Situation der Bewohner vermutet werden. Die vorwiegend kleinen Wohnungen lassen künftig auf eine Limitierung der Aufwertung durch »upwardly mobile people« schließen. Die relativ gute Bildung der Bewohner spiegelt sich – jedenfalls im Durchschnitt – nicht im Einkommen wider.

6.1.7 Stabilität und Dynamik der Bevölkerung

Die Dynamik und damit das Ausmaß von Veränderungen durch Zu- und Wegzüge in einem Gebiet – also der Austausch der Bevölkerungsgruppen – läßt sich durch das Wanderungsvolumen³¹ beschreiben. (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 32) Je höher das Wanderungsvolumen, desto schneller kann sich die Zusammensetzung der Bewohnerschaft ändern, je niedriger, desto höher die Stabilität der Bewohnerschaft im Gebiet. Zum einen sind Wanderungen natürlich stark vom Entstehen neuer Wohnungen abhängig, zum anderen können sie aber auch Indikator für bestimmte Entwicklungen (Aufwertung/Abwertung) oder Veränderungen eines Gebietes sein.

Zwar ist das Wanderungsvolumen im innerstädtischen Bereich ohnehin höher und die durchschnittliche Wohndauer geringer als in den äußeren Bezirken, innerhalb Friedrichshains aber haben die Altbaugelände eine besonders starke Dynamik. Dies wird zum einen am Anteil der unter 5 Jahre im Gebiet lebenden Bevölkerung deutlich, der hier zwischen 40 und 45 % liegt (s. Tab. 24) und zum anderen am hohen Wanderungsvolumen (s. Tab. 23). Gemessen an der Bewohnerschaft hat das statistische Gebiet 118 im Jahr 2000 den höchsten Wanderungsgewinn; gefolgt von den Gebieten 115 und 116. Diese Entwicklung stellt eine drastische Kehrtwende zum Zeitraum zwischen 1996-94 mit z.T. extrem hohen Wanderungsverlusten dar (s. Tab. 22). Diese Gebiete scheinen darüber hinaus eine recht hohe überregionale Attraktivität für Zuzügler aus den Alten aber auch aus den Neuen Bundesländern entwickelt zu haben. Am geringsten ist der Zuwachs durch Wanderung im Gebiet 117. Hier ist der Wanderungsverlust in das Umland mit fast 10 Personen je 1000 Einwohnern am höchsten. Auch im Gebiet 114 ist der relative Wanderungsgewinn nicht so hoch (das gilt sowohl für den Zeitraum 1994-96, als auch für das aktuellere Jahr 2000). Die Situation in diesen Siedlungen des komplexen Wohnungsbaus in den Gebieten 114 und 117

³¹ Das Wanderungsvolumen wird durch die Summe der An- und Abmeldungen bezogen auf die Bewohnerschaft und einen bestimmten Zeitraum

ist also vergleichsweise stabil, wie aus dem niedrigeren Wanderungsvolumen und dem geringeren Anteil der erst seit 5 Jahren im Gebiet lebenden Personen geschlossen werden kann.

Trotz des insgesamt positiven Saldos im Jahr 2000 fallen in allen Gebieten die Wanderungsverluste hauptsächlich dem engeren Verflechtungsraum zu und weisen somit auf stattfindende Suburbanisierung, die – nach dem von HÄUBERMANN und KAPPAN (1998) durchgeführten Gutachten – vor allem von Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen getragen wird und daher in hohem Maße sozial selektiv wirkt. (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 34)

Ein weiterer Hinweis auf die Selektivität der Wanderungen kann aus der Erwerbstätigenquote unter den Zu- bzw. Fortziehenden – als indirekter Indikator für die Entwicklung der Einkommenssituation im Gebiet – gezogen werden. Für den Zeitraum zwischen 1994 bis 1996 konnte im HÄUBERMANN-Gutachten dargelegt werden, daß die Erwerbstätigenquote³² unter den Zuziehenden im ganzen Stadtgebiet Friedrichshain niedriger ist, als unter den Wegziehenden (s. Tab. 22). Am positivsten schneidet mit 91 % bzw. 96 % der östliche Neubaubereich Friedrichshains ab, die Entwicklung der Erwerbstätigenquote in den Altbaubereichen liegt zwischen 85 % und 90 % etwas ungünstiger.³³

Der neuerdings positive Wanderungssaldo erfaßt zwar alle Wohngebiete Friedrichshains, aber in unterschiedlichem Maß. Es sind durchaus Hinweise auf selektive Wanderungen – zumindest in der Vergangenheit – zu finden. In räumlicher Hinsicht zeigt sich, daß insbesondere die Gebiete von starkem Wanderungsgewinn betroffen sind, die durch einfache Wohnlagen und eine stärkere soziale Belastung charakterisiert wurden. Es läßt sich nur vermuten, daß auch die Zuziehenden den unteren bis mittleren Schichten zuzuordnen sind (hierzu gehören auch Studenten und Auszubildende).

6.1.8 Stadtentwicklungspolitische Aktivitäten im Stadtgebiet Friedrichshain

Aufgrund der wohnumfeldbezogenen, wohnungsbezogenen sowie unterschiedlichen anderen Defiziten bildet das Gebiet einerseits preiswerten Wohnraum für nicht so gut betuchte Stadtbewohner, andererseits aber bilden diese Defizite die Grundlage für kommunalen Handlungsbedarf im Sinne nicht wünschenswerter oder gleichwertiger Lebensbedingungen aller Einwohner der BRD. Das Ausmaß stadtentwicklungspolitischer Aktivitäten in Friedrichshain ist beträchtlich. Sie konzentrieren sich auf den südöstlichen Teil.

³² Erwerbstätigenquote unter den Zu- bzw. den Fortziehenden (bezieht sich nur auf die Erwachsenen); Werte unter 100 zeigen einen negativ Trend an

Im Folgenden wird jede der in Karte 6 eingezeichneten Aktivitäten kurz beschrieben (ohne die großen privatwirtschaftlichen, auf die schon im Rahmen der Beschreibung der wirtschaftlichen Lage eingegangen wurde). Im Anschluß findet sich eine Diskussion über Konflikte, die sich aus den Zielstellungen ergeben könnten.

1994 wurde die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Rummelsburger Bucht (Alt-Stralau, das statistische Gebiet 119) beschlossen (s. Karte 6). Der Beginn der Aktivitäten erklärt das in Tab. 22 sichtbare extrem hohe Wanderungsvolumen zwischen 1994-96 und die Verluste fast ausschließlich zugunsten anderer statistischer Gebiete. Auf dem zur Hälfte auf Lichtenberger Seite liegenden 130 ha großen Areal sollen 5700 Wohneinheiten entstehen, von den bereits gut ein Viertel fertiggestellt sind (Quelle 18). Zusätzlich sind Dienstleistungs- und Gewerbeflächen und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (Kitas, Grundschulen, Jugendfreizeitheim und Sporteinrichtungen) geplant bzw. fertiggestellt. Entsprechend der attraktiven Lage am Wasser und der Ausstattung bedient das Angebot den gehobenen Bedarf. Der hohe Leerstand³⁴ der Dienstleistungs- und Gewerbeflächen und der neu entstandenen Wohnungen im Friedrichshainer Teil läßt einerseits auf die Deckung des gehobenen Bedarfes gerade in diesem Bereich schließen, andererseits vermindert er natürlich die Lebensqualität im Gebiet (es gibt nicht einmal einen Kiosk) und trägt seinerseits zum Schlafstadtimage bei. Auch nordöstlich von Friedrichshain liegt auf der Seite des Prenzlauer Berges ein städtebauliches Entwicklungsgebiet auf den ehemaligen Flächen des Schlachthofes, das allerdings besser an die anliegenden Stadtteile angeschlossen werden kann.

1993 und 1994 wurden drei Sanierungsgebiete (»Samariterviertel« im Gebiet 115, »Warschauer Straße« und »Traveplatz/Ostkreuz« im Gebiet 116) im Friedrichshainer Osten festgelegt, um dem dringenden Handlungsbedarf zur Instandsetzung großer Bereiche der weitgehend geschlossenen gründerzeitlichen Bebauung gerecht zu werden (s. Karte 6). Ziel der Sanierungsmaßnahmen ist die behutsame Erneuerung in einem zeitlich und finanziell kalkulierbaren Rahmen unter Beibehaltung der vorhandenen Mischung von Wohnungen, Einzelhandel und gewerblicher Nutzung. Die Wohnungen sollen den zeitgemäßen Standards (aber nicht einheitlich auf Neubaustandard) angepasst werden; der Anteil größerer familiengerechter Wohnungen wie auch der Grünanteil im Wohnumfeld sollen erhöht werden. Im Jahr 2000 waren etwa die Hälfte der Wohnungen in den Sanierungsgebieten mit Bad und Zentralheizung ausgestattet (Quelle 5). Aufgrund der in 6.1.6.3 beschriebenen wirtschaftlichen Situation der Bewohnerschaft dieser Gebiete kommt der

³³ Der extrem tiefe Wert für Alt-Stralau ist in der Ausweisung und dem Baubeginn für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme zu sehen.

³⁴ mir lagen keine Daten vor; die Beschreibung beruht auf der Begehung des Geländes

Sozialverträglichkeit der Erneuerungsmaßnahmen eine entscheidende Stellung zu, um Verdrängungsprozesse der Bewohner in Grenzen zu halten. Zu diesem Zweck gibt es als wichtigste Instrumente die Genehmigungspflicht bei Erneuerungsmaßnahmen und seit erstmals 1994 Regelungen zur Begrenzung der Miethöhe³⁵. Allerdings sind trotz dieser begrenzenden Maßnahmen modernisierungsbedingte – wenn auch gemäßigte – Mietsteigerungen zu erwarten, die die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen verdrängen werden³⁶.

Als weiteres Instrument zum Schutz vor Verdrängung wurde am 23.03.1999 für ein Teil des Bereiches zwischen den Sanierungsgebieten um den Boxhagener Platz eine Erhaltungsrechtsverordnung nach §172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB³⁷ beschlossen (s. Karte 6). Folglich gelten auch in diesem Bereich Mietobergrenzen und Genehmigungsvorbehalte bei nicht gebietstypischen bzw. völlig gebietsuntypischen Ausstattungsmerkmalen (vergoldete Wasserhähne und handbemalte Badezimmerkacheln), die im Rahmen der Modernisierung durchgeführt werden sollen. Begründet wird die Festlegung der Satzung für diesen Bereich mit dem Erhalt der vielschichtigen sozialen Mischung hinsichtlich der Einkommensgruppen, der Haushaltstypen, der Berufs- und Erwerbstätigen und der Altersgruppen, die den im § 1 des BauGB angesprochenen ausgeglichenen Bevölkerungsstrukturen weitgehend entspricht (Quelle 2). In der 1997 von der ASUM durchgeführten Untersuchung konnten für sanierte Wohnungen sehr viel höhere Mieten und in der Folge der Zuzug gebietsuntypischer Bewohner mit deutlich überdurchschnittlichem Einkommen festgestellt werden. Im Hinblick auf die Gefahr einer Verdrängung des großen Anteils der Bewohner mit nur geringem Einkommen und einer damit einhergehenden Veränderung der derzeitigen Bevölkerungsstruktur³⁸ bei foranschreitender Modernisierung der Häuser ist daher eine Einschränkung der Mietentwicklung wünschenswert. Zusätzlich ist davon auszugehen, daß sich die öffentlich geförderte Sanierung in den umliegenden Sanierungsgebieten auch auf die Attraktivität des Milieuschutzgebietes auswirken wird. „Eine unregulierte Aufwertung in diesem Gebiet würde sich umgekehrt wieder auf die Sanierungsgebiete auswirken und die Sanierungsziele gefährden.“ (Quelle 2, S. 78) Die Veränderung der sozialen Bevölkerungszusammensetzung ist auch deshalb aus kommunaler Sicht nicht wünschenswert,

³⁵ Diese Begrenzungen treten erst mit Beginn des sanierungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens bzw. nach Abschluß d. Modernisierung in Kraft

³⁶ Die im Rahmen der Fortschreibung der Mietobergrenzen durchgeführte Untersuchung der ASUM hat gezeigt, daß die Finanzkraft in unsanierten Wohnungen noch schwächer ist, als in den Sanierungsgebieten ohnehin (s. Tab. 19)

³⁷ Da der Grund für den Beschluß der Verordnung in dem Schutz der Zusammensetzung der Bevölkerung liegt, wird im Folgenden auch der Begriff der Milieuschutz bzw. Milieuschutzgebiet verwendet

³⁸ z.B. leben in teuren sanierten Wohnungen weniger Haushalte mit Kindern.

da sich Verlagerungen des Bedarfes an kommunalen Einrichtungen (z.B. Schulen) finanzintensiv gestalten.

Das Milieuschutzgebiet wird überlagert durch das Gebiet des Quartiersmanagement, dessen Grenzen eher willkürlich festgelegt wurden und den ganzen Raum zwischen den Sanierungsgebieten einschließen (s. Karte 6; zur Beschreibung s. 7.1). Es erscheint zunächst paradox, daß einem Gebiet einerseits ein hohes Aufwertungspotential zugesprochen wird, andererseits eben dasselbe als Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf ausgewiesen wird. Erklären läßt sich der Widerspruch mit der nach dem Gutachten HÄUBERMANNs vorgenommenen Charakterisierung der Verdachtsgebiete des Typ b, zu denen auch das Gebiet in Friedrichshain zählt (s. 5.2.2): Die Problematik der Entwicklung dieser Gebiete liegt entweder in der Gefahr der Verdrängung der bisherigen Bewohner im Zuge von Sanierung und Modernisierung, oder – im Gegenteil – in dem weiteren Verfall der Bausubstanz mit nachfolgenden selektiven Abwanderungen und der Gefahr des sozialen Abstiegs. (vgl. SENSTADTUMTECH 1998, S. 52) Für den Bereich um den Boxhagener Platz ist meiner Meinung nach die erstere Entwicklung – Modernisierung, Aufwertung, Verdrängung – die wahrscheinlichere; dies ändert allerdings nichts an der Situation der hier wohnenden »benachteiligten« Bewohner – erschwert wird diese aller Wahrscheinlichkeit noch durch steigende Kosten. Aus dieser Sichtweise kann gerechtfertigt werden, ein Programm zu starten, das »benachteiligten« Bevölkerungsgruppen Möglichkeiten zur Artikulation bietet und sie beim Durchsetzen ihrer Wünsche und Belange für ihr Wohnumfeld unterstützt. Vielleicht ist diese Kombination sogar besonders sinnvoll, schließlich gehen Aufwertungsmaßnahmen – wenn diese fruchtbar werden – meistens langfristig mit Preissteigerungen einher, die durch den Milieuschutz wenigstens kurzfristig aufgefangen werden können.

Umrahmt werden diese Bereiche stadtentwicklungspolitischer Aktivitäten durch ein Fördergebiet des neu aufgelegten Programm Urban II (mit dem Titel »Barrieren überwinden«), mit dem Problemgebiete europaweit finanzielle Unterstützung bekommen können (s. Karte 6). Das ca. 400 ha große Areal, das zu einem Teil auf Friedrichshainer und zum anderen auf Lichtenberger Seite liegt, besteht zu etwa einem Viertel aus Bahnanlagen. Neben städtebaulichen Defiziten sind auch die sozialen Probleme (Arbeitsplatzabbau) enorm. Um den sozialen, wirtschaftlichen und stadtfunktionalen Abstieg des Gebietes aufzuhalten, sind bisher unterschiedliche Projekte wie der Aufbau einer Begegnungsstätte, eines Kulturhauses, Verbesserung der Versorgung mit Grün (im Zusammenhang mit einem Radweg), Erneuerung von Sportanlagen, die sich allerdings alle auf Lichtenberger Seite

befinden, genehmigt worden. Die Projekte werden zu drei Vierteln (mit rund 20 Mio. Euro) aus EFRE-, zu einem Viertel aus kommunalen Mitteln (Senat) finanziert werden.

Hinzu kommt die Überlagerung vieler der beschriebenen Programm- und Sanierungsgebieten durch ein – noch in der Ausschreibungsphase befindliches – integriertes Stadtteilentwicklungskonzept zur Förderung im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost. (auch hier wird ein etwa genauso großer Bereich auf Lichtenberger Seite abgedeckt). Eine zweite Ausschreibung für ein Friedrichshainer Stadtteilentwicklungskonzept findet für den Bereich rund um den Ostbahnhof statt. Ziel ist in beiden Fällen eine Attraktivitätssteigerung der Gebiete, die u.a. geprägt sind durch brachliegendes Wohnumfeld, hohes Verkehrsaufkommen, wenig Grünflächen, hohen Leerstand, Arbeitsplatzabbau, Einkommensschwäche und Wegzug von Familien.

Angesichts der fast schon unübersichtlichen Vielfalt an Programmen käme der Abstimmung und Koordination der im Gebiete arbeitenden Programm- und Interessensvertreter etc. eine große Bedeutung zu. Es ist allerdings fraglich, inwieweit ein Verständnis für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure zur Abstimmung von Maßnahmen, die für die jeweils angestrebten Ziele erforderlich sind, aufgebaut werden kann: Maßnahmen wie das Quartiersmanagement und Urban II sind in erster Linie auf die Bewohnerschaft ausgerichtet und fördern Projekte, die (wenn sie von den Bürgern eingereicht werden) aus der Bewohnersicht besonders willkommen sind und kurzfristig (kleinere) Defizite bereinigen können. Maßnahmen im Rahmen der Sanierungen zielen auf die Bausubstanz, Wohnungsausstattung und Wohnumfeldmaßnahmen und sind verknüpft mit einschränkenden Auflagen zur Sozialverträglichkeit. Durch ähnliche Einschränkungen im Milieuschutzgebiet kann dies räumlich ausgeweitet werden. Auch das Programm Stadtumbau Ost wird in erster Linie auf die materielle Ausstattung des Gebietes zielen. Der Arbeitsauftrag fordert allerdings auch die Kooperation mit zur Zeit im Gebiet bestehenden Gremien (genannt wird das Urban II-Programmanagement) und bestehenden Bürgervereinen und Betroffenenvertretungen. Es ist also vorstellbar, daß das Stadtteilentwicklungskonzept eine Verknüpfung mit den im Gebiet geförderten Programmen suchen wird, schließlich soll es „eine Prüfung der bisherigen Planungen, Konzepte und Förderinstrumente auf ihre Kompatibilität und ggf. ihren Modifizierungsbedarf einschließen“ (Quelle 20). Das Ziel der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme ist die Schaffung und Entwicklung von mehr städtischen Wohn- und Lebensräumen. Ob diese überhaupt – bzw. ob in dieser Lage und mit dieser Ausstattung – gebraucht werden, ist wegen der negativen Bevölkerungsprognosen zu

bezweifeln. Auf der anderen Seite wird aber auch eine Bereinigung des Wohnungsmarktes bzw. der Abriß von nicht gebrauchten bzw. bewohnten Gebäuden gefördert.

Unabhängig von den Zielformulierungen einzelner Programme und Maßnahmen (ausgenommen dem Milieuschutz) wird sich durch jedes Programm das Investitionsvolumen im Gebiet steigern.³⁹ Obwohl genau das natürlich – gerade unter Berücksichtigung der Finanzschwäche Berlins – das Ziel der Bewerbungen ist, birgt diese enorme Beschleunigung und Lenkung der Entwicklungsprozesse im Gebiet auch Gefahren. Die Auswirkungen einzelner Maßnahmen lassen sich evtl. nicht mehr zuordnen und es ist auch fraglich, ob Veränderungen z.B. in bezug auf die Bevölkerungsstruktur überhaupt noch abzusehen sind bzw. ob darauf dann adäquat reagiert werden kann. Diese Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung sind wichtig, denn sie haben nicht nur sozialen Auswirkungen, sondern auch stadtstrukturelle: schließlich hat eine veränderte Bevölkerungsstruktur auch andere Bedürfnisse z.B. an die infrastrukturelle Ausstattung⁴⁰ des Raumes, die in der Folge hier – wie auch dort, wo sich die jeweilige Personen niederlassen – ausgeglichen werden müssen. Im Prinzip entspricht der Konflikt dem, der der sozialen Sanierung zugrunde liegt: mit einer durchaus von allen gewünschten Aufwertung des Lebensumfeldes wird auch eine Steigerung der Mieten und Lebenshaltungskosten einhergehen und damit die erhaltenden und sozialen Ziele der Sanierungsmaßnahmen und Erhaltungssatzung gefährden. Es ist von einer Verstärkung dieses grundlegenden Konfliktes auszugehen.

Diese Diskussion zeigt die sich z.T. widersprechenden Zielsetzung der Programme und Konfliktfelder, die hieraus erwachsen können. Die Thematik erschöpfend zu bearbeiten würde sicherlich den Rahmen dieser Arbeit sprengen, vor allem da das Ziel ein anderes ist. Trotzdem kann ich mir eine (sicher nicht abschließende und schon gar keine vollständige) Bewertung nicht verkneifen: positiv würde ich die Entwicklung dann bewerten, wenn die Bau- und Abrißmaßnahmen eine durchmischte Bevölkerungsstruktur unterstützen und wenn die Bewohner massiv an der Gestaltung der einzelnen Maßnahmen, wie auch dem Gesamtkonzept (über das sich unbedingt Gedanken gemacht werden sollte) beteiligt werden. Die Förderung und Investitionen in Maßnahmen, die entweder eine komplette Umstülpung der gebietstypischen Verhältnisse zur Folge hätten, oder aber von niemandem gebraucht bzw.

³⁹ Anhand des Zugriffs auf die jeweiligen Fördertöpfe können die Vorhaben kofinanziert werden, und müssen so nicht allen von der Stadt allein getragen werden.

⁴⁰ Soziale Infrastruktur, Verkaufs- und Freizeitangeboten

angenommen würden, sehe ich als Geldverschwendung, auch weil bezahlte Leistungen anderer Programme obsolet gemacht würden.

Ich werde mich im Folgenden also nur auf *einen* Teilraum und *ein* Programm beschränken.

7 Bürgerbeteiligung und Netzwerke im engeren Untersuchungsraum

In diesem Kapitel werde ich vor dem oben erarbeiteten Hintergrund eine auf die Eigenheiten des Raumes abzielende Beschreibung des Gebietes – auch seiner Milieueigenschaften – und Darstellung der eingangs erörterten Bürgerbeteiligung – im Sinne einer »von oben« organisierten oder initiierten Bürgerbeteiligung und der sich im Gebiet »von unten« entwickelnden Netzwerke – zu entwerfen versuchen (auch wenn sich diese sicher nicht trennscharf von einander unterscheiden lassen). Räumliche Grundlage sind die Grenzen des Quartiersmanagement (s. Karte 6). Dies bietet sich aus dreierlei Gründen an: zum einen kann ich auf Informationen⁴¹ des Quartiersmanagements zurückgreifen (vor allem, was die Beschreibung des Gebietes anbelangt), zum anderen soll die Möglichkeit gegeben werden, die »Netzwerksarbeit« des Quartiersmanagement mit der der AG Kiezentwicklung zu vergleichen bzw. einer Ergänzung bzw. Verzahnung auf die Spur zu kommen, denn die meisten Vereine, Projekte etc., die sich in der AG Kiezentwicklung beteiligen, befinden sich in eben demselben Gebiet, wodurch auch hier ein räumlicher Bezug gegeben ist (s. Karte 7).

7.1 Das Gebiet des Quartiersmanagement Boxhagener Platz

7.1.1 Situationsbeschreibung der baulich-räumlichen, der sozio-ökonomischen und wirtschaftlichen Struktur des engeren Untersuchungsraumes

Das Gebiet ist hinsichtlich seiner Lage in Berlin mit einer Entfernung zum Alexanderplatz von 3,5 km zentral gelegen. Begünstigt wird die Lage durch den sehr guten Anschluß an das öffentlich Nahverkehrssystem, das sowohl axial, als auch tangential existiert (U-Bahn, S-Bahn). Ergänzt wird die Anbindung innerhalb, als auch in die angrenzenden Gebiete durch mehrere Straßenbahnlinien und einer Buslinie.

Im südlichen Teil überwiegt eine gründerzeitliche, in verschiedenem Maße modernisierte Baustruktur, der nördliche Teil setzt sich zusammen aus neuerer Bebauung und überwiegend saniertem Bestand aus den 20er Jahren und der Nachkriegszeit. Der Boxhagener Platz kann als zentraler Platz des Gebietes bezeichnet werden und stellt einen der wenigen in Berlin noch erhaltenen gründerzeitlichen Plätze dar. Im Rahmen einer Gestaltungsverordnung wird auch zukünftig auf die Entwicklung und Gestaltung des unmittelbar umliegenden Raumes Einfluß genommen. Weitere Grünflächen im Gebiet sind der zur Kapelle im Norden gehörige Friedhof und der vergleichsweise kleine Wühlischplatz. Der Wismarplatz in der Mitte des

⁴¹ Diese sind in dem 1999 und 2000 erarbeiteten Handlungskonzept des Quartiersmanagement Boxhagener Platz gebündelt und gehen hervor aus Kenntnissen und Erfahrungen, die die schon lange im Gebiet tätigen Organisationen, aus denen die Quartiersmanagement selbst kommen, gesammelt haben, aus einer aufsuchenden Befragung der Bewohnerschaft auf dem Boxhagener Platz, aus Gesprächen mit ortsansässigen Einrichtungen, Initiativen, Projekte, Gewerbetreibenden, Fachverwaltungen des Bezirkes sowie mit Bewohnern des Gebietes.

Gebietes befindet sich zur Zeit im Umbau. Aufgrund der geringen Aufenthaltsqualität (er wird durch die verkehrsstarke Boxhagener Straße durchschnitten) wurden im Rahmen einer Planungszelle Umbauvorschläge entwickelt⁴². Die Planungszelle Wismarplatz ist auch deshalb beachtlich, da sie eine der ersten Maßnahmen darstellt, im Rahmen derer die Bürger über die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung hinaus beteiligt werden. In unmittelbarer Nähe befinden sich zwei weitere Plätze: der Traveplatz und der Platz an der Lenbach-/Sonntag-/Simplonstraße. Desweiteren ist im letzten Jahr die Baulücke Ecke Krossener Straße und der denkmalgeschützten Knorrpromenade zu einem ein Skate- und Bolzplatz ungebaut worden, um die Versorgung Jugendlicher mit altergerechtem Angebot zu verbessern. Für diese Altersgruppe gab es vorher im Sanierungsgebiet Traveplatz/Ostkreuz nur einen zu einem Fußballverein gehörenden Sportplatz. Ecke Revaler Straße/Modersohnstraße wurde eine großflächige Brache als Hundenauslaufplatz genutzt, bis sich hier im Herbst 2001 eine Wagenburg niederließ, die vom Bezirk (zur Zeit jedenfalls) geduldet wird. Trotzdem ist die Versorgung der Bewohnerschaft mit wohnungsnahen Grünflächen zum Ausgleich der extrem hohen baulichen Dichte und der Verkehrsbelastung (im Sinne des Richtwertes von 6 qm/Einwohner) defizitär. Zudem ist die Qualität und Nutzbarkeit der Grünflächen aufgrund des Hundereichtums in Friedrichshain und deren Hinterlassenschaften z.T. massiv eingeschränkt.

Im Gebiet leben etwa 18 000 Menschen in ca. 11 500 Haushalten. Um den Boxhagener Platz dominieren mit 80 % der Haushalte die kleinen 1-2-Personen-Haushalte. Der Altersdurchschnitt im Untersuchungsraum ist mit 36 Jahren relativ niedrig.⁴³ Im südlichen Teilbereich ist der Grund hierfür im hohen Anteil der 18-35jährigen (ca. 50 %) zu sehen, im nördlichen Teilbereich im höheren Anteil der Kinder. Ältere Personen stellen im Quartier eine Minderheit dar. Der hohe Anteil der jungen Erwachsenen erklärt sich vor allem in dem überproportional hohen Anteil der Studierenden bzw. Auszubildenden.⁴⁴

Die Haushaltsnettoeinkommen sind „infolge eines überproportional hohen Anteil and Arbeitslosen Haushalten und Alleinerziehenden sowie durch den verstärkten Zuzug von Studenten- und Ausbildungshaushalten niedrig“ (Quelle 19). Es ist zu beobachten, daß sich diese Kleinwohnungsstruktur vor allem an eine »transitorische« Bevölkerung richtet, die bei Familiengründung oder mit steigendem Einkommen das Gebiet wieder verläßt.

⁴² Derzeit ist allerdings noch nicht klar, inwieweit die Bürgervorschläge umgesetzt werden, da sie nicht dem ästhetischen Empfinden des Architekten entsprechen.

⁴³ Im Milieuschutzgebiet ist die Bevölkerung mit durchschnittlich 31,7 Jahren noch jünger.

⁴⁴ Diese Aussage beruht auf Quelle 1, Zahlen sind nicht genannt. Für das Milieuschutzgebiet wurde für 2001 ein Anteil von 26 % Studenten und Auszubildenden ermittelt.

Seit einigen Jahren ist das Gebiet rund um den Boxhagener Platz im Wandel begriffen: Der Bevölkerungszuwachs durch Wanderung ist hoch⁴⁵, etwa 50 % der Haushalte leben erst seit max. 5 Jahren in ihrer jetzigen Wohnung.⁴⁶ (vgl. Quelle 19) und In sozio-ökonomischer Hinsicht ist das Gebiet einerseits durch den Zuzug mittlerer Einkommenschichten in den modernisierten Bestand, andererseits aber auch durch den Zuzug einkommensschwacher Haushalte vor allem in die unsanierten Bestände bzw. in Gebäude, die durch die Milieuschutzsatzung an Mietobergrenzen gebunden sind, geprägt. Bemerkenswert erscheint die hohe Attraktivität auch für Zuzügler aus den Alten Bundesländern (der »Neu-Friedrichshainer« kann salopp als Student aus dem Westen charakterisiert werden und ist ein unter einem Teil der alteingesessenen Bewohnerschaft nicht unbedingt gern gesehenes Phänomen). Es sind durchaus Entwicklungen sichtbar, die vermuten lassen, daß das Gebiet nach der »Entdeckung« durch Studenten und Alternative – die als die klassischen Vorläufer von Gentrifikationsprozessen angesehen werden – einen ähnlichen Lauf nimmt, wie andere bereits gentrifizierte Räume wie im Prenzlauer Berg. Zu diesen Entwicklungen gehört z.B. die von der Simon-Dach-Straße ausgegangene Eroberung des gesamten Bereichs um den Boxhagener Platz durch Bars, Cafés, Restaurants und andere kleine Geschäfte mit handverlesenem Sortiment, die (wie auch der zweimal wöchentlich stattfindende Markt auf dem Platz) überörtlich Anziehungskraft ausüben. (vgl. SCHRÖDER 2000).

Die Wirtschaftsstruktur des Quartiers ist geprägt durch eine Vielzahl kleiner, hauptsächlich wohnspezifischer Gewerbeeinrichtungen, die in den Erdgeschoßzonen oder Hinterhöfen der Wohngebäude – mehr im südlichen als im nördlichen Teil des Gebietes – zu finden sind. Am nördlichen Rand konzentriert sich der Einzelhandel entlang der Frankfurter Allee Süd. Infolge der geringen Kaufkraft (das Haushaltsnettoeinkommen im Milieuschutzgebiet liegt bei 2000 DM⁴⁷), der hohen Fluktuation der Bevölkerung und der Neuentwicklung anderer naher Gewerbestandorte ist im Gebiet ein ausgesprochen hoher Leerstand bei den Gewerbeflächen zu verzeichnen. Allerdings hat das Gewerbemonitoring des Quartiersmanagementgebietes für den Zeitraum von 06/2000 bis 05/2001 eine Zunahme von Gewerbe⁴⁸ von mehr als 159 % dokumentiert, was auf eine positive Entwicklung hinweist (Quelle 19).

Das Ziel der stadtentwicklungspolitischen Maßnahmen in diesem Gebiet – der Erhalt der gemischten Bevölkerungszusammensetzung, d.h. in diesem Fall z.B. das Verbleiben/der

⁴⁵ Diese Aussage beruht auf den Wanderungsdaten für die statistischen Gebiete; in diesem Fall für das Gebiet 116, das allerdings größer ist, als das Gebiet des Quartiersmanagement, weshalb die Daten nur die Tendenz beschreiben, aber nicht eins zu eins übernommen werden dürfen.

⁴⁶ Hierzu zählen auch die Haushalte, die z.B. sanierungsbedingt innerhalb des Quartiers die Wohnung gewechselt haben. Ein weiterer Grund für die hohe Fluktuation ist in den umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen im Gebiet zu sehen.

⁴⁷ Für das Gebiet des Quartiersmanagement habe ich keine präzisen Angaben vorliegen, das Milieuschutzgebiet ist etwa halb so groß.

Zuzug von Familien – wird allerdings meiner Ansicht nach durch die beschriebenen Aufwertungserscheinungen nicht unbedingt begünstigt, da einerseits das Mietniveau angehoben wird, andererseits auf die wesentlichen Defizite, also den Mangel an wohnungsnahen Grün- und Freiflächen und der Kleinwohnungsstruktur, nicht entscheidend Einfluß genommen werden kann. Die Schließung zweier Schulen durch den Rückgang der Zahl schulpflichtiger Kinder kann seinerseits den Wegzug weiterer Familien bewirken (abgesehen von der mangelnden materiellen und personellen Ausstattung der Schulen).

Eine Beschreibung dieses Gebietes muß unvollständig und widersprüchlich bleiben, denn zum einen befindet sich sowohl Erscheinungsbild (Zustand der Bausubstanz und des öffentlichen Raumes) als auch Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung in einem sehr schnell vor sich gehenden Wandlungsprozeß. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint eine eindeutige Einschätzung auch wegen unterschiedlichen Entwicklungstendenzen, wie z.B. einerseits der Zuzug mittlerer Einkommenschichten (vorrangig in den modernisierten Bestand), andererseits aber auch der Zuzug einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen aus anderen Bezirken unmöglich, ähnlich wie beim Stadtgebiet Friedrichshain.

7.1.2 Nachbarschaft und soziale Beziehungen im engeren Untersuchungsraum

Im folgenden soll das lokale Netzwerk anhand der sozialen Beziehungen der Bewohner des engeren Untersuchungsraumes näher betrachtet werden. Grundlage für die Beschreibung der Sozialkontakte bilden die Gebietsbeschreibungen des Quartiersmanagement sowie Daten die im Rahmen der »Überprüfung der Voraussetzungen zum Erlaß einer sozialen Erhaltungsverordnung nach §172 BauGB« im Oktober 1997 erstellte Haushaltsbefragung (in Form einer repräsentativen Stichprobe) gewonnen wurden.⁴⁹ Einbezogen ist aber auch der persönliche Eindruck den ich in den drei Jahren, die ich in der Nähe des Gebietes lebe, gewonnen habe, wie auch Erfahrungen und Beobachtungen, die ich im Rahmen der Besuche der AG Kiezentwicklung gesammelt habe.

Das Alter der Untersuchung ist etwas problematisch, da die Nachfolgeuntersuchung⁵⁰ zwischen Februar und April 2001 zutage brachte, daß knapp die Hälfte der Bewohner erst seit 1997 ins Gebiet⁵¹ zugezogen sind. Obwohl sich keine gravierenden Veränderungen der

⁴⁸ Die Zunahme betrifft alle aufgeführten Kategorien im genannten Zeitraum: Einzelhandel (Zunahmen um +29), Gastronomie (+22), Dienstleistungen (+11), Handwerk (+21), Freie Berufe (+76).

⁴⁹ Die Untersuchung bezog sich räumlich auf etwa das Gebiet des heutigen Quartiersmanagement (nicht eingeschlossen ist lediglich der südöstliche Zipfel, der nicht mit dem jetzigen Milieuschutzgebiet deckungsgleich ist). Begründet wird die Begrenzung der Auswahl mit einem geringerem Aufwertungspotential, Aufwertungsdruck und Verdrängungsgefahr für das übrige Untersuchungsgebiet. (vgl. ASUM 1998, S. 91)

⁵⁰ vgl. ASUM 2001 (Eine detaillierte Untersuchung zu den Sozialkontakten – wie im Jahr 1997 – gibt es nicht, weshalb auf diese älteren Ergebnisse zurückgegriffen werden muß.)

⁵¹ bezogen auf das Milieuschutzgebiet

Bewohnerschaft im Hinblick auf die sozialstrukturelle Mischung ergeben haben, so haben doch umfangreiche Austauschprozesse der konkreten Bewohner des Gebietes stattgefunden (dieser Prozeß ist übrigens schon in den Jahren vor 1997 festgestellt worden), (vgl. ASUM 1998, S. 57). Auch wenn sich dadurch nicht die Bereitschaft zum Aufbau von Sozialkontakten ändern muß (gemeint ist z.B., daß Familien mit Kindern eher mehr soziale Kontakte in der Nachbarschaft haben), so sind die vorhandenen Netze gegenseitiger Unterstützung – die schließlich auch von der Dauer der Bekanntschaft abhängen – sicherlich in Mitleidenschaft gezogen.

Das als typisches Arbeiterviertel entstandene Quartier ist derzeit durch eine Bevölkerung mit einer bewährten, »nicht einseitigen« Bevölkerungs- und Sozialstruktur geprägt. Dies betrifft eine „vielschichtig soziale Mischung hinsichtlich der Einkommensgruppen, der Haushaltstypen, der Berufs- und Erwerbstätigen und der Altersgruppen (ASUM 1998, S. 96).

In bezug auf den Kontakt zwischen den Bewohnern konnten sowohl intensive soziale Beziehungen im Gebiet, als auch weitgehend intakte Nachbarschaftsstrukturen unabhängig von der Wohndauer der Befragten festgestellt werden, was dafür spricht, daß sich bis heute nichts daran geändert hat. Diese Feststellungen beziehen sich auf den hohen Anteil derjenigen für die die nachbarschaftlichen Kontakte eine wichtige Rolle spielen (67 %), knapp einem Drittel sind diese dagegen »eher egal« (29%), (vgl. ASUM 1998, S. 59). Die Intensität der nachbarschaftlichen Kontakte ist vergleichbar mit Sanierungs- und Milieuschutzgebieten in anderen ehemaligen Ost-Bezirken Berlins, d.h. jeder 6. hat intensiven Kontakt, jeder 4. tauscht kleinere Hilfeleistungen aus, überwiegend gehen die Kontakte aber nicht über Grußbekanntschaften hinaus und nur 12 % haben kaum Berührungspunkte; in den ehemaligen Westbezirken sind diese deutlich lockerer (vgl. ASUM 1998, S. 59f). Da die nachbarschaftlichen Bekanntschaften bei älteren Bewohnern und Haushalten mit Kindern (insbesondere der Alleinerziehenden) ausgeprägter sind, werden gerade diejenigen Personengruppen, die stärker auf Hilfeangebote angewiesen sind, eher unterstützt bzw. helfen sich und anderen.

Es konnten vielseitige soziale Netze der Bewohner – von den die Nachbarschaft eines ist – festgestellt werden. So haben 61 % der Befragten Freunde, 43 % Bekannte und 22 % Verwandte im Untersuchungsgebiet. Ein Viertel der Befragten, die meist erst vor kurzem zugezogen sind, haben (noch) keine derartigen Beziehungen im Untersuchungsgebiet (vgl. ASUM 1998, S. 60).

Aber auch öffentliche und private Infrastruktureinrichtungen des Untersuchungsgebietes werden intensiv genutzt. Nur 5 % der Haushalte geben an, weder Gemeinschaftseinrichtungen

zu besuchen, noch nachbarschaftliche Kontakte oder soziale Beziehungen in der Umgebung zu haben (vgl. ASUM 1998, S. 61). Jeder 4. macht Gebrauch von Angeboten (Beratung, Bildungskurse) von Vereinen, Beratungsstellen, Initiativgruppen, etc.. Familien mit Kindern nehmen diese Art Einrichtungen in überdurchschnittlichem Maße in Anspruch. Zu einem Großteil (zu 83 %) besuchen Kinder die entsprechenden Einrichtungen (Krippe, Kindergarten, Hort) in ihrem Gebiet (vgl. ASUM 1998, S. 63). Auch die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs erfolgt überwiegend im Gebiet (vgl. ASUM 1998, S. 60f). Ebenso findet die Freizeitgestaltung zu einem großen Teil im Gebiet statt. Z.B. dem Besuch von Cafés oder Spaziergänge (die von 53 % bzw. 67 % genannt wurden) wird fast ausschließlich im Gebiet nachgegangen (vgl. ASUM 1998, S. 66).

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, daß ein Großteil der Bewohner sich in ihrem Wohngebiet wohl fühlen und zufrieden sind. Bei der Befragung wurden sowohl positive, als auch negative Bewertungen abgegeben, wobei die Anzahl derjenigen ohne positive Nennungen (12 %) unter denjenigen ohne negative Nennungen (16 %) lag, im Ganzen überwog eine „zustimmende Grundeinstellung gegenüber dem Wohngebiet“ (vgl. ASUM 1998, S. 67). Die positiven Nennungen bezogen sich besonders auf die Bewohnerschaft (mit 49 %) – die Nähe zu Freunden und die heterogene Zusammensetzung, die zentrale Lage (42 %) und das Flair des Gebietes (35 %), wobei letzteres von besonderer Bedeutung ist, da es sich sowohl auf die bauliche Struktur, als auch auf die Vertrautheit mit dem Gebiet bezieht, und damit auch das Klima zwischen den Bewohnern beschreibt (vgl. ASUM 1998, S. 67). Die negativen Bewertungen konzentrierten sich hingegen auf störenden Schmutz/Hundekot (52 %), auf Verkehr (21 %) und Lärm (17 %). Von einigen wurde das soziale Umfeld (19 %) negativ empfunden; genannt wurden unterschiedliche Personengruppen wie „Obdachlose, Bettler, Alkoholiker, Punker, Hausbesetzer, Ausländer oder »rechtsorientierte Menschen«“ (vgl. ASUM 1998, S. 68).

Wegzugsabsichten hatte nur ein Viertel der Befragten. Die Hälfte davon möchte allerdings im Gebiet bleiben, was auf wohnungsbezogene Mängel hinweist; d.h. nur eine Minderheit ist so unzufrieden, daß es Anlaß zum Umzug gibt. Die soziale Zusammensetzung der Umzugswilligen spiegelte die des Gebietes wider (vgl. ASUM 1998, S. 70).

Die Bewohner sind im Großen und Ganzen zufrieden mit ihrer Wohnsituation, es zeichnet sich aber auch Kritik am unmittelbaren Wohnumfeld ab, der zum einen auf Ausstattung des Raumes (z.B. Grün) gerichtet ist, aber auch auf Konflikte zwischen bestimmten

Bevölkerungsguppen hinweist, die allerdings nur bei einem geringen Anteil der Bewohner Grund zum Wegzugswunsch ist.⁵²

Obwohl natürlich auch die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Gebiet Einfluß auf die Gebietsbindung hat, ist auch in der Wohndauer ein Indikator für diese zu sehen. Mit 6 Jahren im Jahr 2001 hat sich die durchschnittliche Wohndauer⁵³ seit der letzten Untersuchung 1997 um ein Jahr verringert. Aber immer noch kann in diesem Rahmen von einer mittleren Gebietsbindung gesprochen werden.

Diese beiden Faktoren spielen eine entscheidende Rolle bei der Einschätzung der Beteiligungsbereitschaft und Engagement, daß die Bürger für ihr Lebensumfeld aufbringen und das Maß der Identifikation mit ihrem Umfeld. Auch wenn im Rahmen dieser Arbeit keine belegten und schon gar keine abschließenden Ergebnisse in dieser Hinsicht dargestellt werden können, so kann ich doch schlußfolgern, das insgesamt eine gute Basis für hierfür vorhanden sein müßte.

Um die Ausführungen zum engeren Untersuchungsraum zusammenzufassen und zu ergänzen, möchte ich den zugegebenermaßen etwas heiklen Versuch unternehmen, bestimmte Gruppen voneinander abzugrenzen (auch wenn dies nur Annäherungen sein können und sich die Gruppen zwangsläufig überschneiden). Es muß angemerkt werden, daß die Untergliederung auch auf persönlichen Eindrücken basiert, daher also keinen Anspruch auf Richtigkeit oder Vollständigkeit erhebt. Trotzdem halte ich sie für relevant, da sie tendenzielle Aussagen zu dem Sozialkapital der Bewohnerschaft (s. 3.1.4) und Schlüsse zum vorzufindenden Beteiligungspotential (s. 4.7) ermöglicht.

- Ein große und größer werdende Gruppe stellen die Personen dar, die sich in Ausbildungssituation bzw. Studium befinden und von denen auszugehen ist, daß sie aus verschiedenen Gründen nicht lange im Quartier leben. Gerade bei diesen ist nicht sicher, inwieweit sie in langfristiger Hinsicht an den Qualitäten des Stadtteils interessiert sind.
- Eine (im Vergleich zu besser gestellten Gebieten, mehr als 80 % der Einwohner in Berlin leben in besser gestellten Gebieten, s. Tab. 21 als im statistischen Gebiet 116) kleinere Gruppe ist die der finanziell besser Gestellten, die entweder schon lange hier leben und daher eine hohe Gebietsbindung haben, oder erst kürzlich hinzugezogen sind und daher

⁵² Zu ähnlichen Ergebnissen kamen GERLACH und APOLINARSKI in ihrer Untersuchung zu Identitätsbildung und Stadtentwicklung: „Obwohl im Detail viele Dinge negativ bewertet werden, ist die Grundhaltung insgesamt als positiv zu beschreiben. [...] Was den Ausschlag für das Wohlfühlen im Kiez gibt, ist in erster Linie die Vertrautheit mit dem Gebiet und die Tatsache, daß man bekannt ist und Bekannte hat. Die Mehrzahl der Befragten interessiert sich für die Nachbarschaft und gibt an, ein gutes Nachbarschaftsverhältnis zu haben. Auch allgemeine Stimmungen oder atmosphärische Dinge, das »Flair des Gebietes« und sein Milieu spielen offensichtlich eine Rolle bei der Befindlichkeit im Kiez.“ (GERLACH; APOLINARSKI 1997, S. 126) Die Territorien der Untersuchung überschneidet sich über 12 Blöcke im Nordosten mit dem Gebiet des Quartiersmanagement, geht aber noch nördlich über die Frankfurter Allee hinaus.

keine solche Bindung haben. Obwohl diese Personen generell die höchste Beteiligungsbereitschaft aufweisen, gibt es in oberen Einkommensschichten eine starke Tendenz zur Orientierung auf den nicht-lokalen Raum (auch in politischer Hinsicht).

- Eine weitere ist die der Personen niedrigerer Einkommensschichten, für die zwar die Nachbarschaft und der Nahraum – wegen geringerer Mobilität – wichtigster Lebensraum ist, aufgrund aufreibender oder unsicherer Erwerbsverhältnisse die verfügbare Energie aber stärker in den alltäglichen Anforderungen gebunden ist.
- Eine weitere sehr präzente Gruppe im Quartier entstand teilweise aus der Hausbesetzerszene bzw. aus parallel gewachsenen »alternativen« Lebensformen, beispielsweise den genossenschaftlich erworbenen Häusern in der Kreuzzigerstraße. Aufgrund der Tatsache, daß diese »Randgruppe« sich in der Differenz zur »Normalgesellschaft« definiert, muß sie sich ihren – nach ihren Vorstellungen gestalteten – Raum selbst schaffen. Die starke Aktivität dieser Gruppe spiegelt sich auch in der Gründung und Teilnahme an zahlreichen Initiativen, (Haus)Projekten, Vereinen etc. wider.
- Die Gruppe der Familien ist sehr gering. Bei dieser kann generell von einer größeren Beteiligungsbereitschaft ausgegangen werden. Dies hängt zum einen mit Einschränkung der Mobilität durch Kinder und einem Bedeutungsgewinn des unmittelbaren Wohnumfeldes zusammen.

Meines Erachtens kann aufgrund der Untergliederung von einem durchschnittlichen Beteiligungspotential ausgegangen werden. Die ökonomischen, fluktuationsbedingten und sozialstrukturellen Nachteile können durch vielseitige Beziehungsnetze ausglichener werden: das soziale Kapital wird gut ausgeschöpft.

7.2 Bürgerbeteiligung im engeren Untersuchungsraum

Um beispielhaft die Bürgerbeteiligung im engeren Untersuchungsraum darzustellen, habe ich einerseits die Erfahrungen und die Arbeitsweise des Quartiersmanagement, andererseits die der AG Kiezentwicklung untersucht. Das Quartiersmanagement stellt dabei eine »von oben« initiierte Form der Unterstützung von Bürgerbeteiligung⁵⁴, die AG Kiezentwicklung ein sich »von unten« organisiertes Gremium der Bürgerbeteiligung dar.

Die bisherige Information und Kommunikation über bezirkliche Planungen erfolgte nur sporadisch oder in den formellen Verfahren der Bürgerbeteiligung (vgl. Quelle 19). Es kann daher nicht immer von einer – wie eingangs beschriebenen – bürgernahen Planung seitens

⁵³ bezogen auf das Milieuschutzgebiet

⁵⁴ Auch wenn dies nur eine – wenn auch zentrale – Aufgabe des Quartiersmanagement ist.

Politik und Verwaltung gesprochen werden. Im Kontext meiner Arbeit stellt sich die Frage, inwiefern das Quartiersmanagement, das ja nur zeitlich begrenzt sein soll, bei der »Einübung« von Bürgerbeteiligung seitens der Bewohner, als auch der Verwaltung ein hilfreiches Instrument sein kann. Vergleichsweise wird die Arbeit der AG Kiezentwicklung – einem offenen Gremium zur Bürgerbeteiligung und zur Vernetzung von Initiativen/Vereinen/Projekten etc. – vorgestellt.

7.2.1 Quartiersmanagement Boxhagener Platz

Ausgangspunkt für die Benennung des Gebietes rund um den Boxhagener als Gebiet des Quartiersmanagement war die Selektivität der Wanderungen (der Wegzug von Familien und Erwerbstätigen), aufgrund derer ein problematischer Gang der Entwicklung befürchtet wurde. Das Quartiersmanagement hat im Juni 1999 seine Arbeit aufgenommen um zunächst im Rahmen einer aufsuchenden Befragung, im Rahmen von Einzelgesprächen mit Bewohnern, Gewerbetreibenden, ortsansässigen Einrichtungen, Initiativen, Projekten und anderen ein Handlungskonzept für das weitere Vorgehen zu erarbeiten. In diesem sind Stärken und Schwächen des Gebietes, vor Ort praktizierte Handlungsansätze und Maßnahmen zur Entwicklung des Gebietes entsprechend der formulierten Ziele erarbeitet worden.

Anfängliche Schwierigkeiten der Akzeptanz des Quartiersmanagement seitens der Anwohner können darauf zurückgeführt werden, daß auf Senatsebene darüber diskutiert wurde, daß nur Milieuschutz *oder* Quartiersmanagement beschlossen werden sollte.⁵⁵ Diese Diskussion traf auf Unverständnis und löste starke Proteste seitens derjenigen, die sich schon lange für die Einführung des Milieuschutz eingesetzt hatten, aus. Die schlechte Stimmung hat sich mittlerweile weitgehend gelegt.

Aus dem umfangreichen Aufgabenspektrum des Quartiersmanagements habe ich mir zwei gesondert herausgegriffen: Aktivierung der örtlichen Bewohnerschaft und Initiierung neuer Projekte einerseits und die Vernetzung bereits bestehender Projekte miteinander andererseits. Es hat sich herausgestellt, daß eine derartige Differenzierung der Anstrengung im Bereich der Bürgerbeteiligung sinnvoll ist, da sich in diesen Bereichen beim Quartiersmanagement sehr unterschiedliche Ergebnisse abzeichnen.

7.2.1.1 Bewohneraktivierung und Projektinitiierung

Vor allem für Menschen, die zwar interessiert waren, bisher aber keine Möglichkeiten gesehen haben, ihre Interessen zu verfolgen, stellt das Quartiersmanagement eine Möglichkeit dar, unbürokratisch ein Projekt umzusetzen. Es läßt sich allerdings nicht beurteilen, inwiefern

⁵⁵ Dabei ist anzumerken, daß das Quartiersmanagement keine rechtlichen Wirkungen – wie die Festlegung bestimmter Mietobergrenzen, oder Genehmigungsvorbehalt bei Modernisierungsmaßnahmen, also eine ganz andere Zielrichtung hat.

die Steigerung der Beteiligung zu mehr Beteiligungskompetenz oder Durchsetzungsvermögen der Bürger beigetragen hat, da die bürokratischen Hürden vom Quartiersmanagement übernommen werden und ansonsten für punktuelle, kurzfristige Projekte – wie sie im Rahmen der Aktionsfonds finanziert werden – nicht ohne weiteres Gelder vorhanden sind. Das Vorhandensein von konkreten Ansprechpersonen vor Ort und eine Aussicht auf Erfolg (auch im Hinblick auf eine finanzielle Unterstützung) sind hier entscheidend.

Im Hinblick auf den Aufbau selbsttragender Strukturen (die nach dem Auslaufen des Quartiersmanagement selbständig weiterarbeiten können) erscheint die Untersuchung des vom Quartiersmanagementgebiet angewandten Bürgerbeteiligungsverfahrens (des Bürgerforums mit Open Space Methode⁵⁶), die im Rahmen einer soziologischen Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin gemacht wurde, bedenkenswert⁵⁷ (vgl. SCHÖNBERG 2000). Zwar hat sich das Verfahren selbst als ausgesprochen günstig erwiesen, Engagement für das Gebiet zu aktivieren,⁵⁸ als problematisch aber bewertet der Autor die spärliche Informationspolitik seitens des Quartiersmanagements – jedenfalls was den Empowerment-Prozess anbelangt: so stellte er fest, daß der Großteil der am Bürgerbeteiligungsverfahren Teilnehmenden eigentlich nicht wußte, was das Quartiersmanagement ist und macht. Keiner wußte über dessen Aufgabe, selbsttragende Strukturen aufzubauen, Bescheid und war sich schon gar nicht dessen bewußt, Teil dieses Prozesses zu sein. Er führt diese Beobachtung auf die unbewußte Angst vor dem Ergebnis der Empowerment-Bemühungen (des Befähigen und Informierens) zurück. Denn erfolgreiches Empowerment kann einerseits nicht mehr kontrolliert werden und könnte sich gegen das Verwaltungshandeln richten, andererseits führt erfolgreiches Empowerment zur Obsoleszenz seitens des Quartiersmanagements. Dies ist zwar salopp gesagt der Zweck der Übung, es ist aber vorstellbar, daß die eigene Überflüssigkeit als Arbeitsziel ein Schwieriges ist. Ein anderes Problem sieht SCHÖNBERG in der Verschleierung der wahren Ursache für ein Programm wie das des Quartiersmanagement: Die Tatsache, daß der Staat nichts tun kann und wird – weshalb sich die Menschen auf ihren eigenen Kompetenzen rückbesinnen müßten – wird nicht genannt; vielmehr wird vermittelt etwas *Erleben* zu können (vgl. SCHÖNBERG 2000, S. 100).

⁵⁶ Die Konferenzmethode Open-Space wurde von dem US-amerikanischen Organisationsberater Harrison Owen entwickelt und beruht auf der Beobachtung, daß die eigentlich wichtigen Dinge häufig in den Kaffeepausen besprochen werden. Die Teilnehmer legen die Tagesordnungspunkte selbst fest und bilden – je nach Interesse – verschiedene Arbeitsgruppen. Einige vertiefen sich in das Thema (die Hummeln), andere flattern von Gruppe zu Gruppe (die Schmetterlinge) und »befruchten« so den Arbeitsprozeß. Die einzigen geltenden Regeln sind: wer immer kommt, ist gerade die richtige Person; was auch geschehen mag, es ist das einzige, was geschehen kann; wann immer es beginnt, ist die richtige Zeit; vorbei ist vorbei.

⁵⁷ Die Arbeitsweise war zum einen die teilnehmende Beobachtung während des Verfahrens selbst, zum anderen Leitfadeninterviews einige Wochen nach dem Verfahren.

⁵⁸ Dies steht allerdings auch mit der Auswahlmethode, die im Fall Boxhagener Platz zur Teilnahme überdurchschnittlich Interessierter geführt hat, im Zusammenhang. Dies beeinträchtigt zwar die Repräsentativität, ist im Sinne des Empowerment allerdings durchaus positiv zu vermerken, da sich so die Wahrscheinlichkeit, zugkräftige Gruppen entstehen zu lassen, erhöht.

In bezug auf den Aufbau von bewohnergetragenen Gruppen ist Folgendes zu sagen: Die im Rahmen des Open Space entstandenen Arbeitsgruppen haben sich nach einigen Treffen aufgelöst. Es kann vermutet werden, daß das in der Arbeitsatmosphäre entstandene wechselseitig suggerierte Gefühl von Engagement und Aufbruch nicht den Übergang in eine »echte Gruppe« mit den damit zusammenhängenden Problemen und Kosten wie das Zustandebringen von Verabredungen, Raumsuche oder Motivation überstanden hat (vgl. SCHÖNBERG 2000, S. 75). Eine andere Gruppe (grünes Wohnumfeld), die sich im Rahmen einer Bepflanzung des Boxhagener Platz im Frühjahr 2000 entwickelt hat, besteht auch weiterhin. Trotz der heterogenen Zusammensetzung und den unterschiedlichen Interessen besteht die Flexibilität, nach der Umsetzung eines Projektes weitere Ideen zu entwickeln. Die meisten Zusammenschlüsse haben ein bestimmtes Ziel vor Augen. Wenn dieses Ziel erreicht ist, bzw. wenn die Umsetzung nicht möglich scheint, gehen sie wieder auseinander. In diesem Fall (der Grün-Gruppe) übernimmt das Quartiersmanagement aber immer noch koordinierende Aufgaben, wie etwa die Einladung der Gruppenmitglieder. Einfacher ist das Zusammenführen und das längerfristige Bestehen einer Gruppe mit einem höheren Maß an Homogenität – jedenfalls was das Ziel angeht –, wie die der Hundefreunde (die zumindest alle einen Hund haben), die einen Verein gegründet und sich selbstständig einen neuen Kooperationspartner gesucht haben, um einen Platz zum Auslauf für die Hunde und zum Austausch untereinander zu finden.

Es zeichnet sich ab, daß die Mobilisierung einzelner Bürger für ihre Interessen und Projekte zwar recht erfolgreich ist, daß die Lebensdauer der Initiativen aber begrenzt ist. Dies liegt einerseits an den unter Umständen recht eng gefaßten Zielen, andererseits an mangelndem langfristigen Engagement.

7.2.1.2 Koordination bestehender Projekte

In der Presseinformation, die zum Arbeitsbeginn des Quartiersmanagement herausgegeben wurde, wird konstatiert, daß typische Formen der Beteiligung von Bürgern – wie z.B. im Rahmen von Parteien, Glaubensgemeinschaften, aber auch Vereinen und Initiativen – zumeist Aktionsraum sozial integrierter und öffentlich engagierter Bevölkerungsgruppen sind (Quelle 1). „Sie sind zu unterstützen, stärker miteinander zu vernetzen und über eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit weiteren Menschen zu erschließen. Sie bilden ein wesentliches Rückgrat für soziales Engagement und die Weiterentwicklung der Identifizierung mit dem Wohngebiet. Darüber hinaus können sie Ideen und Anregungen in den Entwicklungsprozeß einbringen.“

(Quelle 1). In meinem Interview mit einem der Mitarbeiter des Quartiersmanagement (Herrn Helfen) wurde folgende Netzwerke angeführt.

1. Kultur: (Runder Tisch Kultur), der selbstständig arbeitet und versucht, sich über die Internetseite www.friekultur.de zu vermarkten, um den generellen Bekanntheitsgrad und damit die Effektivität der Gruppe zu steigern.
2. Die Koordinierungsrunde Sozialberatung und Selbsthilfe: diese Gruppen haben heterogene Zielgruppen (Senioren, Obdachlose...), außerdem ist die Fluktuation sehr hoch, denn in diesem Bereich wird viel mit ABM gearbeitet, was Kooperation und Kontinuität negativ beeinflusst.
3. Die Koordinierungsrunde Bedarfe von Kindern und Jugendlichen bezieht sich räumlich nicht nur auf das Gebiet des Quartiersmanagementes, sondern auf den gesamten Sozialraum 8 (statistisches Gebiet 116 östl. der Warschauer Straße sowie 118 und 119; der Südosten Friedrichshains). Die Runde besteht aus Bezirk, Kitas, Schulen, und Freien Trägern wie FuN.

Angesichts der Fülle der Quartiersmanagement-unabhängigen Initiativen (worauf ich im folgenden Abschnitt 7.2.2 noch zu sprechen kommen werde) wirkt diese Liste als Bilanz einer zweieinhalbjährigen Arbeit meiner Ansicht nach etwas dürftig. Es ist denkbar, wenn auch eher unwahrscheinlich, daß eine Vernetzung weiterer Initiativen aufgrund auseinandergehender Ziele und Interessen nicht möglich ist oder nicht erfolgreich war und deshalb in dem von mir mit Herrn Helfen durchgeführten Interview nicht erwähnt wurde. Andererseits sollte erwähnt sein, daß das Quartiersmanagement seinerseits auch keinen leichten Stand hat: siehe Konkurrenzängste anderer Initiativen (z.B. den Befürwortern des Milieuschutz), sowie die bereits erwähnte anfänglich ablehnende Haltung gegenüber dem Quartiersmanagement.

Das Quartiersmanagement ist zwar ein hervorragendes Instrument, um Bürger für die Durchsetzung kleinerer Projekte zu aktivieren und dabei auch zu unterstützen, die Vernetzung und Bündelung bereits bestehender Initiativen stellt aber möglicherweise ein etwas hochgestecktes Ziel dar. Meiner Meinung nach hängt dies damit zusammen, daß aktive Bürger ihre Arbeit ehrenamtlich machen und eine Vernetzung mit anderen Projekten durch das Quartiersmanagement damit auch eine zusätzliche Arbeitsanforderung nicht nur für das Quartiersmanagement, sondern auch für die zu vernetzenden Projekte darstellt. Trotz der zu erwartenden Vorteile einer Vernetzung ist dies problematisch.

Auch wenn die Arbeit des Quartiersmanagement aufgrund der obigen Ausführungen nicht sehr erfolgreich zu sein scheint, sind folgende Punkte zu bedenken:

- der schwierige Stand des Quartiersmanagement zwischen den Bürgern und der Verwaltung bzw. Politik (in diesen Punkt fällt auch die grundlegende Diskrepanz zwischen den Auftraggebern des Quartiersmanagement (der Verwaltung mit klar abgegrenzten räumlichen und thematischen Zuständigkeiten, wie auch einer hierarchischen Struktur) und der zu entwickelnden Bürgerbeteiligung (im Sinne eines Empowerment, das per definitionem unbürokratisch und direkt ist)
- die problematische Zielsetzung der Erarbeitung der eigenen Überflüssigkeit
- der generellen Tendenz von Bürgerinitiativen (auch ohne Unterstützung eines Quartiersmanagements), punktuell und zielgerichtet und damit zeitlich begrenzt zu sein.

Es sollte erwähnt werden, daß ohne das Quartiersmanagement viele interessierte, aber an sich nicht unbedingt aktive Bürger eine Anzahl kleiner Projekte, für die keine offiziellen Fördermittel vorgesehen sind, gar nicht erst begonnen bzw. durchgeführt hätten. Aus finanzieller Sicht ist in diesem Zusammenhang auf den Einsatz von Fördermitteln u.a. des Bundesprogramms »Soziale Stadt« hinzuweisen – die also nicht zu Lasten des Senats- und Bezirkshaushaltes gehen.

7.2.2 Initiativen und Netzwerke innerhalb des Gebietes

Im engeren Untersuchungsraum ist eine große Vielfalt unterschiedlichster Aktivitäten, die Möglichkeiten der Beteiligung (unter verschiedenen Prämissen) bieten, festzustellen: Vereine, Beratungen, Hausprojekte (Genossenschaften), Projekte, Arbeitsgruppen, soziale Einrichtungen, Beratungs- und Anlaufstellen für verschiedene Zielgruppen, Bildungs- und Freizeit- und Kulturangebote mit vielfältigen Inhalten, sowie alternative Infrastrukturangebote (z.B. Bio-Einkaufsgenossenschaften), um nur einige zu nennen (für eine Übersicht⁵⁹ s. Karte 7). Diese Initiativen waren und sind von Quartiersmanagement unabhängig.

Durch die knapper werdenden öffentlichen Finanzmittel besteht die Gefahr einer zunehmenden Konkurrenz der Initiativen und Einschränkungen oder Nicht-Zustandekommen der Kooperation untereinander. Andere Schwierigkeiten, die durch die Unsicherheit der Arbeitsverträge – soweit es sich nicht um ehrenamtliche Projekte handelt – entstehen, sind der hohe Wechsel des Personals, aber auch der Initiativen selbst, der zum Abbruch der sozialen Beziehungen zur jeweiligen Zielgruppe führt, das Vertrauen beeinträchtigt und die

⁵⁹ Bei der Auswahl der Aktivitäten bin ich nicht systematisch vorgegangen, es soll lediglich ein Überblick, der keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, gegeben werden.

Weiterarbeit behindert (dies trifft besonders auf Einrichtungen im sozialen Bereich zu). Kleinere Projekt allerdings haben durch mangelnde Professionalisierung meist erst gar keine Chancen, Beschäftigungsverhältnisse (wie z.B. ABM-Stellen), oder sonstige Fördermöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Gerade im Hinblick auf die Eigenschaften der Quartiersbewohnerschaft⁶⁰ aber kann die Weiterentwicklung und Sicherung der örtlichen Initiativen für die Entwicklung des Gebiets, dem Aufbau sozialer Beziehungen und der Organisation von bürgerschaftlichem Engagement große Bedeutung zukommen. Auch Vernetzung und Austausch verschiedener Projekte untereinander ist im Hinblick auf den zielgerichteten Einsatz von Ressourcen und die bedarfsgerechte Bündelung enorm wichtig.

Obwohl die AG Kiezentwicklung nicht das einzige Netzwerk im Gebiet ist, werde ich mich bei meinen Ausführungen nur auf dieses eine beschränken.⁶¹ Die Darstellung beruht auf der beobachtenden Teilnahme an den monatlich stattgefundenen Sitzungen sowie Beiträgen einer ebenfalls monatlich von der Arbeitsgruppe herausgegebenen Kiezzeitung der Arbeitsgruppe und der Selbstdarstellung im Internet. Darüberhinaus habe ich eine Befragung der teilnehmenden Personen/Projekte, die entweder schriftlich (als e-mail), aber auch in Form von Interviews, stattgefunden hat, durchgeführt.

Mitte 1999 gründete sich (nicht ganz zufällig zur etwa selben Zeit wie des Arbeitsbeginns des Quartiersmanagement) die AG Kiezentwicklung aus verschiedenen Projekten, Vereinen, Gewerbetreibenden und Einzelpersonen zur Begleitung der aktuellen Stadtteilentwicklung. Sie stellt ein offenes Gremium zur gegenseitigen Information und zum Austausch über Aktivitäten in Kiez und Bezirk dar. Die folgenden Projekt sind/waren u.a. Mitglieder in der AG Kiezentwicklung. (zur kurzen inhaltlichen Beschreibung der Projekte s. Karte 7:

- UBI Mieterladen e.V.
- Verkehrsforum
- workstation – Ideenwerkstatt Berlin e.V.
- Größenwahn Symbiose e.V.
- SONED
- SOG e.G.
- Grünberatung
- Friedrichshainer Infrastrukturprojekt in Selbstverwaltung (Fips) e.V.

⁶⁰ Gemeint sind zum einen die sozio-ökonomischen Merkmale, zum anderen aber auch die Fluktuation und der geringe Anteil an Familien und Personen mit langjährigen Bindungen zum Quartier.

- Hängematten
- Betroffenenvertretung Sanierungsgebiet Warschauer Straße
- Einzelpersonen/auch unterschiedlicher Parteien (PDS und Grüne)

Die AG Kiezentwicklung kann im Sinne meiner theoretischen Unterscheidung als zielgerichtetes Netzwerk charakterisiert werden. „Es handelt sich um bewußt gestaltete Beziehungen mit eher ausschließendem Charakter, das heißt um Netzwerkarchitekturen, die implizit oder explizit, beispielsweise vertraglich, formalisiert und auf eindeutige Ziele gerichtet sind.“ (BUTZIN 2000, S. 152).

Die Teilnahme an den Sitzungen war wechselhaft: obwohl drei bis acht Projekte recht kontinuierlich da waren, fanden auch Sitzungen mit zwei/drei Leuten statt. Dementsprechend schwankte auch die Atmosphäre von geradezu euphorischer Arbeits- und Aufbruchstimmung über intensiven Informationsaustausch und Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien bis zu erdrückenden Fragen am Sinn ihrer Arbeit.

Die Auflistung der an der AG Kiezentwicklung teilnehmenden Projekte zeigt, daß sie abgesehen von einer sehr heterogenen Organisationsstruktur und Mitarbeiterzahl⁶² auch in völlig unterschiedlichen thematischen Arbeitsfeldern aktiv sind. In diesem Fehlen von Überschneidungen ist der Grund dafür zu sehen, daß der Vernetzung nur im Einzelfall konkrete Zusammenarbeit gefolgt ist. Aber schon die bessere Kenntnis vom Kiez und anderen Initiativen und Projekten kann zu einem späteren Zeitpunkt nützlich werden⁶³. Die Bürgerinitiativen haben schon vor der Arbeit im Rahmen der AG Kiezentwicklung voneinander gewußt, die einzelnen Menschen aber, die die Projekte vertreten haben sich nicht unbedingt gekannt; auch der Wissenstand um das, was in diesen passiert war nicht so ausgeprägt. Das mag auch daran liegen, daß viele der Initiativen aus dem links-alternativen Spektrum kommen, z.T. aus der ehemaligen Besetzerszene gewachsen sind oder auch enge Beziehungen zur heutigen alternativen Szene haben. Hieraus läßt sich erkennen, daß die AG Kiezentwicklung eine politisch relativ homogene Gruppe darstellt.

Der Gewinn durch die Zusammenarbeit ist vor allem in der Möglichkeit zum Informationsaustausch nicht nur während der monatlichen Treffen und dem kontinuierlichen

⁶¹ Andere im Handlungskonzept des Quartiersmanagement genannte Netzwerke sind die Kinder- und Jugendrunde, AG der Bürgerbewegung »Lokale Agenda 21« (soweit mir bekannt, momentan auf Eis gelegt), Nachbarschaftstreff Traveplatz, und die Sozialgemeinschaft Friedrichshain e.V..

⁶² Von Ein-Mann-Projekten, die mehr ehrenamtlich geleistet werden bis Hausprojekten mit etwa 30 Mitarbeitern und einem, in dem über 30 Arbeitsplätze eingebunden wurden.

⁶³ Am besten vielleicht läßt sich der Nutzen bei workstation aufzeigen, wo im Rahmen einer Art »Existenzberatung« gerade das breite inhaltliche Spektrum vorteilhaft ist und je nach Problemen und Vorstellungen der »Klienten« weitervermittelt werden kann.

Kontakt – oder zumindest Nicht-Aus-Den-Augen Verlierens – zu sehen. Dies hat zu einem gestärkten „»Kiezgefühl« gemeinsamer Betroffenheit“ geführt. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit hat die gemeinsame Darstellung Vorteile gebracht, z.B. in bezug auf den verbesserten Zugang zu den professionellen Print-Medien, aber auch z.B. bei der Erstellung und Verteilung von Flyern wird zusammengearbeitet (was sowohl Zeit- und Kostenersparnisse bringt, als auch einen Zugang zu einer Verdopplung der Sichtkontakte = breiteren Öffentlichkeit). Im Rahmen eines Dachverbands für Projekte, Initiativen, dem Verein Projekt Friedrichshain e.V.i.G., der sich Anfang 2000 aus der AG Kiezentwicklung gegründet hatte, wollten die Gründungsmitglieder⁶⁴ die Aquirierung von Fördergeldern zur Finanzierung der Projekte, denen größtenteils bisher keinerlei Förderung zuteil geworden war, organisieren (vgl. Projekt Friedrichshain e.V. 2000, S. 1). Konkreter kann der Zweck des Vereins darin beschrieben werden, förderfähige Anträge zu formulieren, was sich als nicht so einfach erwiesen hat. Wie oben schon ausgeführt gibt es für kleine Projekte und Initiativen kaum Fördermöglichkeiten. Ich denke, daß bei einigen Teilnehmern auch in dieser aufreibenden Arbeit – die lange ohne Erfolg blieb – eine wichtige Ursache für das abnehmende Interesse an der Netzwerkarbeit zu suchen ist.

Die Erfolglosigkeit der Bemühungen um finanzielle Förderung, wie auch die gebündelte Interessenvertretung gegenüber Politik und Verwaltung als eines der Kernelemente der AG Kiezentwicklung, hängt mit den unklaren und wechselnden bezirklichen Zuständigkeiten über einen sehr langen Zeitraum⁶⁵ – aufgrund der Regierungswechsel und der Verwaltungsreform – zusammen, und sollte sich hoffentlich demnächst lösen. Aber auch wenn die Gründe für das (vorläufige) Scheitern der AG Kiezentwicklung extern sind, hat sich in dieser langen Zeit der Bemühungen großer Frust aufgestaut, der – wie es im Moment aussieht – auch dazu beiträgt, daß ein Weiterarbeiten in der bisherigen Form unmöglich ist. (Vorgesehen sind unverbindlichere, aber eventuell auch monatlich stattfindende Stammtisch-Abende.) Hinzu kommt, daß die Arbeit, die im Zuge der Vernetzung anfällt, zusätzlich zu der in den zum Teil ausschließlich auf Ehrenamt beruhenden Projekten geleistet werden muß. Dauerhaft kann diese Arbeit nicht geleistet werden.

Auch erschwert die vielseitige thematische Ausrichtung der Projekte die Formulierung eines gemeinsamen Selbstverständnisses. Problematisch ist in diesem Zusammenhang eine nicht ausreichende Diskussion über die Abgrenzung des Arbeitsbereiches („was gehört dazu, und worum wollen wir uns nicht kümmern“) zu bewerten. Die fehlende Abgrenzung hat

⁶⁴ 17 Personen aus den verschiedensten Projekten im Gebiet, die zum Großteil auch bei der AG Kiezentwicklung mitarbeiten.

⁶⁵ Dieser Zustand hält eigentlich auch noch bis heute seit Oktober 2000 an.

sicher zur Unüberschaubarkeit der Arbeit, die der Aufbau eines gemeinsamen Daches erfordert, beigetragen und z.T. auch demotivierend gewirkt. Probleme bei der Zusammenarbeit innerhalb der AG Kiezentwicklung ergeben sich z.T. aus sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Organisation der Arbeitsstruktur, was nicht nur intern zu Auseinandersetzungen geführt hat, sondern auch den Einstieg von außen kommenden Gruppen schwer bis unmöglich gemacht hat. Aber auch Intern haben Kommunikationsschwierigkeiten von Zeit zu Zeit zu Verstimmungen geführt.

Die Auffassungen gingen auch darüber auseinander, wie die gemeinsamen Interessen bei verantwortlichen Personen und Institutionen (z.B. Bezirksamt) durchzusetzen sein sollten. Das Verständnis für Interessenskonflikte, die auf der Seite der Entscheidungsträger, also dem Bezirksamt, abzuwägen sind, ist verschieden. Schlechte Erfahrungen und Mißverständnisse beiderseits haben dazu geführt, daß die Kooperationsbereitschaft nur minimal ist.

Dies spiegelt sich auch in der Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement wieder. Die Idee, die hinter dem Quartiersmanagement steht – professionelle und nicht im Gebiet gewachsene Institutionen zur Regelung der Quartiersbelange für diese Tätigkeit einzusetzen – wird allerdings grundsätzlich von den Teilnehmern der AG Kiezentwicklung abgelehnt. Ein wichtiges Argument, das die Arbeit des Quartiersmanagement in Frage stellt ist, daß die vom Quartiersmanagement ausgeführten Aufgaben eigentlich im Verantwortungsbereich des Bezirksamtes bzw. des Senates liegen, es sich also beim Quartiersmanagement um eine Verlagerung von sowieso bestehenden Verantwortlichkeiten – nicht aber Entscheidungskompetenzen – handelt, für die dann auch noch »soziale Bonuspunkte« (Bürgernähe) seitens des Bezirksamtes eingesammelt werden sollen. Da das Quartiersmanagement aber nun einmal da ist, wird es – als Mittel zum Zweck – auch genutzt; z.B. haben die Projekte ihre Anträge auf Förderung an den Quartiersfond⁶⁶ gerichtet, wo sie z.T. auch Erfolg hatten. Abgesehen davon spielt das Quartiersmanagement als Ansprechpartner keine bedeutende Rolle, schließlich arbeiten die Projekte schon länger im Gebiet, und werden es aller Wahrscheinlichkeit auch noch länger als das Quartiersmanagement tun. Es erscheint mir durchaus verständlich, daß sich die Gruppen lieber an die Entscheidungsträger im Bezirksamt direkt wenden bzw. wenden wollten, wenn sie denn gekonnt hätten.

⁶⁶ Neben dem Aktionsfond (der für das Jahr 2001 30.000.- DM für die Förderung kleinerer Projekte – in der Regel bis 1.000 – vorsah), wird für die Jahre 2001/2002 ein Quartiersfond in der Höhe von etwa 1.000.000 DM seitens der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt. (vgl. Quelle 19)

Die Merkmale intentionaler Netzwerke zeigen, daß einigen der Probleme verallgemeinerbare Schwierigkeiten zugrundeliegen. Dies betrifft z.B. auf den zentralen Punkt der Balance in bezug auf Geschlossenheit und Offenheit des Netzwerkes zu. Für die AG tritt dieser Konflikt besonders stark zutage, da sie den Anspruch haben, ein offenes Beteiligungsgremium zu sein. Probleme bei der Arbeit des Netzwerkes haben sich in nicht enden wollenden Diskussionen über Außen- und Innenverhältnis geäußert. In der »Doppelbelastung« der AG Kiez-Aktiven, bestehend aus Projekt- und Vernetzungsarbeit ist eines der Kernprobleme ehrenamtlicher Arbeit zu sehen. Erschwerend kommt hinzu, daß keine festen Räumlichkeiten vorhanden waren, was meiner Ansicht nach die »Auffindbarkeit« der AG Kiezentwicklung, und damit die Organisation der Treffen sowie die Transparenz ihrer Arbeit auch für Mitglieder der AG Kiezentwicklung ungemein beeinträchtigt hat.

7.2.3 Netzwerke nach außen

Es findet kein offizieller Austausch von Informationen seitens des Quartiersmanagement mit den Betroffenenvertretungen statt.⁶⁷ Das Quartiersmanagement hat seine Verpflichtungen im eigenen Gebiet.

Es findet aber ein Austausch mit den Bewohnern und Projekten in unmittelbarer Nachbarschaft statt. Dies ist allerdings nicht verwunderlich, denn für die Bewohner gibt es diese (formalen) Grenzen innerhalb des Gebietes nicht, es sind ja keine Barrieren, die den Aktionsraum durchschneiden, sondern recht willkürlich gezogene Grenzen.

Die Verknüpfungen mit außerhalb des engeren Untersuchungsraumes liegenden Aktivitäten – also über einen größeren Einzugsbereich – sind bei der AG Kiezentwicklung recht ausgeprägt, da sie sich nicht an formalen Grenzen orientiert, sondern daran, wo es interessierte Menschen gibt, die etwas bewirken wollen und mitmachen.

7.2.4 Koordinations- und Konfliktpotential zwischen den Ansätzen

Es hat sich gezeigt, daß die Zielrichtung der beiden Ansätze – des Quartiersmanagement und der AG Kiezentwicklung – in einem entscheidenden Punkt auseinander geht: das Quartiersmanagement richtet sich in erster Linie auf die Aktivierung der Bewohner und die Initiierung von Projekten, was bei der AG Kiezentwicklung nicht stattfindet und auch nie ein Ziel gewesen ist⁶⁸. Die Koordinierung bzw. Vernetzung von Vor-Ort-Initiativen gestaltet sich hingegen schwierig. Genau das aber ist das Anliegen der AG Kiezentwicklung. Auch in ihrer

⁶⁷ Es wurden aber im Oktober 2000 Begehungen von Teilen des Gebietes des Quartiersmanagements mit der BSR (Berliner Stadtreinigung) durchgeführt, die zusammen mit der Betroffenenvertretung Traveplatz/Ostkreuz organisiert wurden.

⁶⁸ Obwohl die einzelnen Bürgerinitiativen schon mehr oder weniger auf der Suche nach weiteren Interessierten sind.

Arbeitsweise unterscheiden sich beide Ansätze: Während das Quartiersmanagement auf das Erreichen kurzfristiger Erfolge ausgerichtet ist („um die Glaubwürdigkeit der Bevölkerung in das Quartiersmanagement“ (Quelle 19) nicht zu gefährden), hat die AG Kiezentwicklung eine langfristig angelegte Begleitung des Planungsprozesses angestrebt. Die Tatsache, daß das Quartiersmanagement im planungsrechtlichen Sinn keine Entscheidungskompetenzen hat, sondern im Namen der Verwaltung handelt – auch wenn es strikt ablehnt, ein Handlager des Bezirksamtes zu sein – macht verständlich, warum der Gewinn durch das Quartiersmanagement für die AG Kiezentwicklung nicht wirklich groß ist: für die AG hat sich dadurch nichts wesentlich geändert, die Ansprechpersonen (soweit vorhanden) sind dieselben.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß der Bezirk in erster Linie mit professionellen Vertretern der Bürgerbeteiligung zusammenarbeitet (hierzu gehören Quartiersmanagement und die Mieterberatungsgesellschaft ASUM). Diese eher »theoretischen« Bemühungen in der Diskussion über Bürgerbeteiligung einerseits (wie z.B. auch die Durchführung eines Workshops) und die (offensichtliche) Verwaltungsstrategie des Nicht-Beachtens von existierenden Bürgerinitiativen seitens der Entscheidungsträger andererseits stellt im Kern meiner Meinung nach denselben Konflikt dar wie zwischen der Initiierung des Programms Quartiersmanagement und der Angst vor der eigenen Courage (vor dem Empowerment). Ein solcher Konflikt kann nur beigelegt werden, indem man ihn in das Bewußtsein holt (bleibt er im Unbewußten führt er zu einer Überforderung der einzelnen Akteure), (vgl. SCHÖNBERG 2000, S. 79), und öffentlich damit umgeht, ansonsten sind Mißverständnisse und Entmutigung die Folge. Voraussetzungen eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung sind aufeinander Zugehen und Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten.

Trotz der möglichen Einwände gegen die AG Kiezentwicklung, die enormes Durchhaltevermögen bewiesen hat, zeigen sowohl die Schwierigkeiten, als auch ihr Scheitern m. E. wesentliche Mängel der Verwaltungsstrukturen im ehemaligen Bezirk Friedrichshain auf: Es macht den Eindruck, als wenn die Bemühungen um Bürgerbeteiligung bislang eher punktuell und theoretisch erfolgt sind⁶⁹, was nach der aktuellen Literatur zum Thema Bürgerbeteiligung im weitesten Sinne die wohl größten Fehler bei der Initiierung und Pflege von bürgerschaftlichen Engagement sind.

⁶⁹ Die Durchführung des Workshops zur Entwicklung eines Friedrichshainer Bürgerbeteiligungsmodells Ende März 2000 stellt eine dieser Bemühungen dar. Die Ergebnisse sollten an und für sich in der nächsten Zeitschrift vorgelegt werden – waren sie aber nicht. (vgl. Besser – aber wie? 2000, S. 8)

7.2.5 Bürgerbeteiligung »entlang« des rechtlichen Rahmen der Bürgerbeteiligung anhand des Beispiels RAW-Gelände

Um einen vollständigeren Eindruck der Bürgerbeteiligung in Friedrichshain und ein Beispiel für jüngst stattgefundene »bürgernäheren Planung« (die allerdings *nicht* durch die Verwaltung initiiert wurde) zu vermitteln, soll im Folgenden kurz die Entwicklung auf das Gelände des ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerkes (RAW) beschrieben werden. Eine Verbindung zu den bisher behandelten Beteiligungsformen besteht darin, daß viele der monatlichen Treffen der AG Kiezentwicklung hier stattgefunden haben (die inhaltliche Zusammenarbeit erfolgte allerdings eher sporadisch). Auch das Quartiersmanagement fördert Projekte, die auf dem RAW-Gelände lokalisiert sind, wie beispielsweise die Töpferwerkstatt, oder der Zirkus.

Seit 1999 haben inzwischen ca. 30 Vereine das brachliegende Industriegebiet mit vier maroden, denkmalgeschützten Gebäuden belebt. Der Kulturverein RAW-tempel e.V. bildet den Rahmen für unterschiedlichste Aktivitäten und Gruppen (Werkstätten, Jugendprojekten, Ateliers, Proberäume, Bürgerbüros, Ausstellungen etc.). Die mietrechtliche Basis ist ein Zwischennutzungsvertrag mit dem Bezirk, der vorerst noch bis zum Sommer 2002 läuft.

Ein Verein des RAW-Geländes (workstation – Ideenwerkstatt Berlin e.V.) startete frühzeitig einen Ideenaufruf, sich im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung einzubringen (es wurden Busfahrten zum Bezirksamt, wo die Pläne ausgelegt haben, organisiert). Es wurde auch im Rahmen von Fachforen, Abendwerkstätten und einer Kiezwerkstatt (übers Wochenende) informiert und diskutiert – sowohl generell über u.a. städtebauliche Hintergründe, Probleme und Potentiale der Entwicklung eines städtischen Raumes, als auch speziell über die vorgelegten drei offiziellen Gutachterentwürfe über die zukünftige Nutzung des RAW-Geländes. Schließlich wurden eigene Vorstellungen zum Gelände entwickelt.⁷⁰ Die Entwürfe wurden im Anschluß an die Auslagefrist auf dem RAW-Gelände im Beisein von Vertretern des Bezirksamtes (Kreuzberg), des Senats, der Entwicklungsgesellschaft und der drei verantwortlichen Architekten präsentiert und erläutert. Die im Rahmen der Diskussion geäußerte Kritik und Anregungen der Bürger sollen bei der weiteren Bearbeitung Beachtung finden.

Für den Diskussionsprozeß, die nahe Zukunft und auch die Nutzungsmöglichkeit der letzten Jahre ist der ohnehin hohe Leerstand von Wohn- und Gewerbeflächen in Berlin,

⁷⁰ Entscheidender Unterschied zwischen den Vorschlägen der Gutachter und dem Bürgerentwurf ist die Definition der finanziellen Tragfähigkeit des Konzeptes, die ziemlich klassisch ausfällt: einerseits die »direkte« durch Ansiedlung von vorrangig Wohnen, Dienstleistungs- und gewerblicher Nutzung, andererseits der »indirekte« Gewinn durch eine Nutzung als Grünfläche mit Kultur- und Freizeitangeboten.

aufgrund dessen nicht mit einer schnellen Planung und Bebauung durch den Investor zu rechnen ist.

8 Fazit

Das Zusammentreffen der für den engeren Untersuchungsraum skizzierten Situationen (u.a. wirtschaftliche Umstrukturierungen, ökonomisch schwache bis mittlere Bevölkerungszusammensetzung, die Diversität und Intensität von Investitionen) verdeutlicht, daß nur die formale bauliche Entwicklungsplanung kein Konzept für eine Stadtplanung bieten kann, das alle in dieser Arbeit diskutierten Bedingungen und sich stellende Probleme lösen kann (vgl. KNORR-SIEDOW 1995, S. 141).

Zu diesem Zweck wurde das Quartiersmanagement eingerichtet. Obwohl außer Frage steht, daß im Rahmen seiner Arbeit Kommunikation gefördert und viele Projekte, deren Ideen aus der Bürgerschaft kamen, durchgeführt wurden, ist allerdings in Zweifel zu ziehen, ob das »Zwischenschalten« eines Quartiersmanagement zwischen Bürger und Verwaltung zu einer bürgernahen Planung beiträgt. Es macht keinen Sinn, auf der einen Seite die Bewohner durch das Quartiersmanagement zu »empowern«, auf der anderen Seite aber Verwaltung und Politik nicht einzubeziehen und in die Verantwortung zu nehmen, dieses zusätzlich gewachsene Kapital einzubinden. Diese Differenz zwischen (einerseits einem Fördern der Beteiligungsstrukturen, andererseits der Nicht-Reinredenlassen-Wollen) drückt sich auch in räumlicher Hinsicht aus: der Vorteil des Bürostandortes des Quartiersmanagement ist die räumliche Nähe zum Bürger; es ist allerdings zu befürchten, daß die Ansprechpersonen im Bezirksamt dadurch in noch weitere Ferne rücken. Eine dauerhafte Installierung des Quartiersmanagement – die seitens der Bezirksverwaltung in Friedrichshain gewünscht wird (EMPIRICA 2001, S. 100) – kann m.E. auch als Hinweis darauf gelesen werden, daß die Bürger aus den wirklichen Entscheidungsprozessen auch weiter herausgehalten werden sollen. (Die Ausstattung in finanzieller Hinsicht und in bezug auf die Entscheidungskompetenz ermöglicht schließlich nur die Durchführung von und Beteiligung an kleineren Projekte.) Das Ziel allerdings sollte eine planungsbegleitende Beteiligung sein, die im Sinne einer Kooperation die Bürger auch bei Großvorhaben und prinzipiellen Entscheidungen einschließt.

Diese Zielstellung ist meiner Meinung nach allerdings nur mit aktiven Einzelnen oder Gruppen möglich, denn hier wird ein relativ hohes Maß an Beteiligungsbereitschaft verlangt. Wie die Untersuchung der AG Kiezentwicklung gezeigt hat, ist ein gewisses Maß an Unterstützung, z.B. in Form der Einrichtung einer Stelle für Büroarbeit, dem Zukommen von Informationen (!) zu leisten, da sich sonst das ehrenamtliche Engagement der Akteure verbrauchen wird (vgl. MÜLLER-CHRIST 1998, S. 190f).

Die Diskrepanz zwischen der oberflächlichen Betrachtung der Arbeit des Quartiersmanagement einerseits, und der tiefgehenden Untersuchung der AG Kiezentwicklung stellt zugegebenermaßen ein Defizit dieser Arbeit dar. Die langfristige und detaillierte Arbeit mit der AG Kiezentwicklung hat mir nicht nur die Möglichkeit gegeben, die praktische Umsetzung von bürgerschaftlichem Engagement zu untersuchen, sondern auch Einblicke in den Stellenwert gruppenspezifischer Prozesse bzw. dem Einfluß der persönlichen Eigenschaften der einzelnen Mitglieder zu bekommen. Nur diese Vorgehensweise hat es mir ermöglicht, zu differenzieren, wie die AG Kiezentwicklungsspezifischen Probleme und Leistungen für den Erfolg ihrer Arbeit zu sehen sind, wo es sich um externe Gründe handelt (die zwar mit den gebietseigenen Strukturen zu tun haben, nicht aber mit der AG Kiezentwicklung selbst), bzw. was schlichtweg im Prinzip ehrenamtlicher Arbeit innewohnende Schwierigkeiten sind.

Die nähere Untersuchung des Quartiersmanagement gestaltete sich hingegen schwieriger, da es sich sozusagen nicht um Privatpersonen wie bei der AG Kiezentwicklung handelte, sondern um Mitarbeiter, zu deren offizieller Arbeit nun Fragen meinerseits gestellt werden sollten. Auch war es mir nicht möglich, analog zur AG Kiezentwicklung die Arbeit zu beobachten.

Es macht traurig, daß das sich im Stadtteil befindende Potential nicht stärker aufgegriffen, genutzt und im Rahmen einer Zusammenarbeit qualifiziert wird.

9 Ausblick

Obwohl es grundsätzlich keine Einigung darüber zu geben scheint, ob die Ausweisung von Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf kurzfristig als eine Art Katalysator anzuwenden sein und sich in absehbarer Zeit »selbst überflüssig« machen sollte, oder ob es dauerhaft installiert werden sollte, (vgl. ILS 1996: 55) plädiere ich in diesem Fall dafür, zwar die Milieuschutzsatzung als Schutz vor Verdrängung beizubehalten, das Quartiersmanagement aber nicht zu verlängern. Es sollten in einem Bezirk, in dem schon jetzt ein so reichhaltiges Angebot an Initiativen, Vereinen etc. existiert, andere Formen der (wirklichen) Zusammenarbeit gefunden werden können.

Nachfolgend würde sich für das Gebiet um den Boxhagener Platz allerdings die Einrichtung einer Art Betroffenenvertretung (in die sich jeder der im Gebiet wohnenden Bürger wählen lassen kann) für das Milieuschutzgebiet anbieten. Ich schließe mich damit einer Idee der AG Kiezentwicklung und des UBI Mieterladens an. Im Rahmen dieser Betroffenenvertretung könnte der Austausch mit dem Bezirksamt organisiert werden, indem z.B. einmal monatlich ein Treffen in einem im – vom jeweiligen Planungsgeschehen betroffenen – Gebiet stattfindenden würde. Es sollte allerdings angemerkt werden, daß das Gewicht einer solchen Vorgehensweise eher auf dem informativen Gewinn und der informellen Einflußnahme liegt, nicht so sehr – wie im Fall des Quartiersmanagement – auf der Verteilung von Geldern. Ob ein solches Angebot gleichermaßen angenommen wird ist daher fraglich.

Meiner Meinung nach würde allerdings generell nichts gegen die im Quartiersmanagement praktizierte Form der Verteilung von Geldern für bewohnerinitiierte Projekte sprechen (durch eine Bürgerjury). Schließlich hat sich in allen Gebieten des Quartiersmanagement-herausgestellt, daß die Bürger ausgesprochen sorgfältig mit den zu vergebenden Geldern umgehen. Es wäre z.B. möglich im Rahmen des Titels, der für Bürgerbeteiligung vorgesehen ist (nach meinen Informationen lag er bei 50.000.-DM, war aber von Anfang an von der Haushaltssperre betroffen) einen Teil in Form einer Bürgerjury zu verteilen. So würde man auch weiterhin der lang propagierten Forderung nach dem Bürger als Experten seines Lebensbereiches gerecht werden.

Quellenverzeichnis

- Quelle 1: **ARBEITSGEMEINSCHAFT BOXHAGENER PLATZ GBR**: Presseinformation vom 28.05.1999.
- Quelle 2: **ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG)** i.A. des Landes Berlin: Boxhagener Platz: Überprüfung der Voraussetzungen zum Erlaß einer sozialen Erhaltungsverordnung nach § 172 BauGB. Berlin: Juni 1998.
- Quelle 3: **ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG)** i.A. des Landes Berlin: Boxhagener Platz: Überprüfung und Fortschreibung der Mietobergrenze im Gebiet der Sozialen Erhaltungssatzung nach § 172 BauGB. Berlin: Juni 2001.
- Quelle 4: **ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG)** i.A. des Landes Berlin: Sanierungsgebiete in Friedrichshain: Bestandsaufnahme zur Fortschreibung der Mietobergrenze 2000 für die Sanierungsgebiete Samariterviertel, Traveplatz-Ostkreuz und Warschauer Straße. Berlin: Oktober 2000.
- Quelle 5: **BEZIRKSAMT FRIEDRICHSHAIN VON BERLIN. FUSIONIERTER ABTEILUNG SOZIAL- UND GESUNDHEITSDIENSTE FRIEDRICHSHAIN UND KREUZBERG. PLAN- UND LEITSTELLE**: Zur Sozialstruktur in Friedrichshain-Kreuzberg. Berlin 11/2000.
- Quelle 6: **IFAD (INSTITUT FÜR ANGEWANDTE DEMOGRAPHIE GMBH, Hrsg.)**: Der neue Bezirk von Berlin – Friedrichshain/Kreuzberg: Ein sozial-demographisches Porträt. Berlin 06/2000.
- Quelle 7: Internes Arbeitsmaterial des Stadtplanungsamtes vom Bezirk Friedrichshain, Stand 2000.
- Quelle 8: **MEINLSCHMIDT, G.** (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales); **BRENNER, M.H.** (Technische Universität Berlin) (Hrsg.): Sozialstrukturatlas Berlin 1999: Eine soziale Diagnose für Berlin. Berlin 1999.
- Quelle 9: **SENATSWERWALTUNG FÜR BAUEN, WOHNEN UND VERKEHR**: Statistische Gebiete und Verkehrszellen Berlin 1: 50 000, Berlin 1997.
- Quelle 10: **SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG**: Berliner Miespiegel 2000, Berlin: Sept. 2000.
- Quelle 11: **SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELTSCHUTZ**: Flächennutzungsplan Berlin 1994, Berlin Juli 1994.
- Quelle 12: **SENSTADTUMTECH (SENATSWERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG, UMWELTSCHUTZ UND TECHNOLOGIE, Hrsg.)**: Sozialorientierte Stadtentwicklung: Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1998.
- Quelle 13: **STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (Hrsg.)**: Gebäude- und Wohnungszählung in Berlin-Ost am 30. September 1995: Heft 2: Gebäude und Wohnungen in den Statistischen Gebieten. Berlin 1997.
- Quelle 14: **STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (Hrsg.)**: Statistisches Jahrbuch 2000, Berlin 2000.
- Quelle 15: **STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (Hrsg.)**: Statistisches Jahrbuch 2001, Berlin 2001.
- Quelle 16: **STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN (Hrsg.)**: Ergebnisse des Mikrozensus 2000: Bezirksergebnisse (Nr.: 110.6.3-j00)
- Quelle 17: **STATISTISCHES LANDESAMT BERLIN**: Daten des Einwohnermelderegisters über Wanderungsbewegungen in den statistischen Gebieten von Friedrichshain 2000 nach Herkunfts- und Zielgebieten.
- Quelle 18: <http://www.entwicklungsgebiete.de/rummelsburg/index.htm> am 15.12.2001
- Quelle 19: <http://www.boxhagenerplatz.de> am 30.12.2001
- Quelle 20: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/ausschreibungen/> am 14.01.2001
- Quelle 21: <http://www.ubi-mieterladen.de> am 01.02.2002
- Quelle 22: <http://www.berlin-statistik.de> am 25.01.2002 (unter dem Suchbegriff: Erwerbstätige)
- Quelle 23: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/fnp/de/fnp/index.shtml> am 14.01.2002
- Quelle 24: <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/> am 01.12.2001

Literaturverzeichnis

- ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN: Bericht zur Entwicklung einer gesamtstädtischen Strategie zur Entschärfung sozialer Konflikte besonders belasteter Stadtquartiere: Aktionsprogramm »Urbane Integration« – 1. Stufe – und zur Sozialorientierten Stadtentwicklung: Einrichtung von integrierten Stadtteilverfahren – Quartiersmanagement – in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, vom 2. August 1999. Drucksache 13/4001. In: DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK: Programmgrundlagen: Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt Band 3. Berlin: Februar 2000.
- ABRAMOWSKI, Wanja: Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain von Berlin bis 1920. Berlin 2000.
- ALISCH, Monika (Hrsg.): Stadtteilmanagement: Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen: 1998.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT BOXHAGENER PLATZ GbR: Presseinformation vom 28.05.1999.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG (ASUM) (Hrsg.): Bewegte Zeiten: Friedrichshain zwischen 1920 und heute. Berlin 2000.
- ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1993: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1993.
- ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1996: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1996.
- ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1998: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1998.
- ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1999: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1999.
- ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG) i.A. des Landes Berlin: Boxhagener Platz: Überprüfung und Fortschreibung der Mietobergrenze im Gebiet der Sozialen Erhaltungssatzung nach §172 BauGB. Berlin Juni 2001.
- ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG) i.A. des Landes Berlin: Boxhagener Platz: Überprüfung der Voraussetzungen zum Erlaß einer sozialen Erhaltungsverordnung nach §172 BauGB. Berlin Juni 1998.
- ASUM (ARBEITSGRUPPE FÜR SOZIALPLANUNG UND MIETERBERATUNG) i.A. des Landes Berlin: Sanierungsgebiete in Friedrichshain: Bestandsaufnahme zur Fortschreibung der Mietobergrenze 2000 für die Sanierungsgebiete Samariterviertel, Traveplatz-Ostkreuz und Warschauer Straße. Berlin: Oktober 2000.
- AUFTAKT FÜR STADTUMBAUPROGRAMM OST. In: Berliner Zeitung vom 26./27.01.2002.
- BATTIS, Ulrich; KRAUTZBERGER, Michael; LÖHR, Rolf-Peter: Baugesetzbuch, München 1999.
- BENTLER, Andreas; RUIZ, Marcelo; SAUTER, Matthias, STAUBACH, Reiner: Leitgedanken für eine integrierte und sozialorientierte Stadtteilentwicklungspolitik in nordrhein-westfälischen Großstädten. In: ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN

- (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1999: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1999, S. 21-52.
- BESSER – ABER WIE? Demokratie und Stadterneuerung. In: *FRIEDRICHSHAIN Zeitschrift für Stadterneuerung*, 6. Jg. (2000), H. 2, S. 8.
- BIRK, Hans-Jörg: Bauplanungsrecht in der Praxis. Stuttgart 1998.
- BISCHOFF, Ariane; SELLE, Klaus; SINNING, Heidi: Informieren, Beteiligen, Kooperieren: Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund 1996.
- BODENSCHATZ, Harald; KONTER, Erich; STEIN, Michael; WELCH GUERRA, Max: Tendenzen der Stadterneuerung: Entwicklungen in Berlin, Erfahrungen europäischer Großstädte, Empfehlungen für Berlin. Berlin 1994. (Städtebau und Architektur; 31)
- BOHLEY-ZITTLAU, Katrin; BUCHINGER, Marie-Luise; HOFMANN, Michael (Hrsg.): Landesdenkmalamt Berlin): Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland: Denkmale in Berlin: Bezirk Friedrichshain. Berlin 1996.
- BOURDIEU, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: KRECKEL, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983. (Soziale Welt; 2) S. 183-198.
- BÜHLER, Theo (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn 1997. (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten; 10)
- BUTZIN, Bernhard: Netzwerke, *Kreative Milieus* und *Lernende Region*: Perspektiven für die regionale Entwicklungsplanung? In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie*, 44 Jg. (2000), H. 3/4, S. 149-166.
- DAEKS (DEUTSCHER AUSSCHUß FÜR DIE EUROPÄISCHE KAMPAGNE ZUR STADTERNEUERUNG, Hrsg.): Planen mit dem Bürger: Ausgewählte Beispiele aus der Praxis: Ein Handbuch zur § 2a Bundesbaugesetz. Bonn 1982.
- DANGSCHAT, Jens S.: Segregation. In: HÄUBERMANN, Hartmut (Hrsg.): Großstadt: Soziologische Stichworte. Opladen 1998.
- DAUWE, Elisabeth; FRITZ-VIETTA, Rainer; MÜLLER, Peter; SCHMIDT, HELMUT: Kommunalpolitik - Leitfaden für die Praxis. Opladen 1995.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR FERNSTUDIEN AN DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN (Hrsg.): Bausteine zur Humanökologie: Stadterhaltung - Stadtgestaltung. Tübingen 1988.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK: Programmgrundlagen: Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt Band 3. Berlin Februar 2000.
- DIENEL, Peter C.: Die Planungszelle: Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen 1997.
- EMPIRICA (i.A. der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin): Soziale Stadtentwicklung in Berlin: Evaluationszwischenbericht zum Quartiersmanagement. Berlin 2001.
- FALKE, Andreas: Großstadtpolitik und Stadtteilbewegung in den USA. Basel, Boston 1987. (Stadtforschung aktuell; 16)
- FROESSLER, Rolf: Stadtviertel in der Krise: innovative Ansätze zu einer integrierten Quartiersentwicklung in Europa. Duisburg 1994 (ILS-Schriften; 87)
- FROESSLER, Rolf; LANG, Markus; SELLE, Klaus; STAUBACH, Reiner (Hrsg.): Lokale Partnerschaften: Die Erneuerung benachteiligter Quartiere in europäischen Städten. Basel, Boston, Berlin 1994.
- FUCHS, Stefan; SCHMIDT, Peter: Bürgerverein und Stiftung »Meyersche Häuser« in Leipzig: Wie Bewohnerselbsthilfe und Stadterneuerung Hand in Hand gehen könn(t)en. In: BÜHLER, Theo (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn 1997. (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten; 10), S. 167-173.
- GDW BUNDESVERBAND DEUTSCHER WOHNUNGSUNTERNEHMEN E.V.: Überforderte Nachbarschaften: Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und neuen Bundesländern. Köln und Berlin 1998. (GdW Schriften; 48)

- GELZER, Konrad: Bauplanungsrecht: Bundesbaugesetz, Baunutzungsverordnung, Städtebauförderungsgesetz. Köln 1979.
- GERLACH, Peter; APOLINARSKI, Ingrid: Identitätsbildung und Stadtentwicklung: Analysen, Befunde, planungstheoretische und -methodische Ansätze für eine aktivierende Stadterneuerung - dargestellt am Beispiel Berlin-Friedrichshain. Frankfurt a. Main, Berlin, Bern, u.a. 1997.
- GESTRECKT UND ABGESPECKT: Bahnhof Ostkreuz. In: *FRIEDRICHSHAIN Zeitschrift für Stadterneuerung*, 7. Jg. (2001), H. 2, S. 10-13.
- GESTRING, Norbert: Soziale Ausgrenzung: Einführung in das Thema der Tagung. In: *Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie*, 14. Jg. (1999), H.1, S. 4-6.
- HANESCH, Walter (Hrsg.): *Überlebt die soziale Stadt?* Opladen 1997.
- HANNEMANN, Christine: Stadterneuerung = Bevölkerungserneuerung? Anmerkungen zu sozialräumlichen Konsequenzen der Berliner Stadterneuerung. In: *Arbeitskreis Stadterneuerung an deutschsprachigen Hochschulen und dem Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1993: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen.* Berlin 1993, S. 227-233.
- HARTH, Annette, SCHELLER, Gitta; TESSIN, Wulf (Hrsg.): *Stadt und soziale Ungleichheit.* Opladen 2000.
- HÄUBERMANN, Hartmut (Hrsg.): *Großstadt: Soziologische Stichworte.* Opladen 1998.
- HÄUBERMANN, Hartmut: Die Krise der »sozialen Stadt«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament)*, (2000), H. 10-11, S. 13-21.
- HÄUBERMANN, Hartmut: Sozialräumliche Struktur und der Prozeß der Ausgrenzung: Quartierseffekte. In: *Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie*, 14. Jg. (1999), H.1, S. 7-18.
- HÄUBERMANN, Hartmut: Unruhe im Quartier: Wie Wohnungen privatisiert werden und Chancen sozialer Stadtentwicklung schwinden. In: *Berliner Zeitung vom 29./30.01.2000.*
- HEINEBERG, Heinz: *Grundriß Allgemeine Geographie: Stadtgeographie.* Paderborn, München, Wien, Zürich 2000.
- HERLYN, Ulfert: *Leben in der Stadt: Lebens- und Familienphasen in städtischen Räumen.* Opladen 1990.
- HERLYN, Ulfert: Milieus. In: HÄUBERMANN, Hartmut (Hrsg.): *Großstadt: Soziologische Stichworte.* Opladen 1998. S. 151-161.
- HERLYN, Ulfert; HUNGER, Bernd (Hrsg.): *Ostdeutsche Wohnmilieus im Wandel: Eine Untersuchung ausgewählter Stadtgebiete als sozialplanerischer Beitrag zur Stadterneuerung.* Basel 1994. (Stadtforschung aktuell; 47).
- HERLYN, Ulfert; LAKEMANN, Ulrich; LETTKO, Barbara: *Armut und Milieu: Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren.* Basel, Boston, Berlin 1991. (Stadtforschung aktuell; 33).
- HERMANN, Thomas: Sozialer Wandel im Stadtteil: Vom Zusammenbruch traditioneller Sozialmilieus und der Bedeutung sozialer Netze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: ILS (Hrsg.): *Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... - Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf.* Dortmund 1997. (ILS-Schriften; 117), S. 10-21.
- <http://www.boxhagenerplatz.de> am 30.12.2001
- <http://www.entwicklungsgebiete.de/rummelsburg/index.htm> am 15.12.2001
- <http://www.sozialestadt.de> am 08.01.2002
- <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/ausschreibungen/> am 14.01.2001
- <http://www.ubi-mieterladen.de> am 01.02.2002
- HÜLSMANN, Michael: Management von Bürgerbeteiligung. In: MÜLLER-CHRIST, Georg (Hrsg.): *Nachhaltigkeit durch Partizipation: Bürgerbeteiligung im Agendaprozess.* Berlin 1998, S. 223-246.

- IFAD (INSTITUT FÜR ANGEWANDTE DEMOGRAPHIE GMBH) (HRSG.): Der neue Bezirk von Berlin – Friedrichshain/Kreuzberg: Ein sozial-demographisches Porträt. Berlin Juni 2000.
- ILS (INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... - Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund 1997. (ILS-Schriften; 117).
- Internes Arbeitsmaterial des Stadtplanungsamtes vom Bezirk Friedrichshain, Stand 2000.
- KAASE, Max: Partizipation. In: NOHLEN, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch: Staat und Politik. München 1996. (Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung) S. 521-527.
- KEIM, K. Dieter: Milieu in der Stadt: Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere. Stuttgart, Berlin, Köln u.a. 1979. (Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik; 63).
- KEIM, Karl-Dieter (Hrsg.): Aufbruch der Städte: Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern. Berlin 1995.
- KEIM, Karl-Dieter (Hrsg.): Aufbruch der Städte: Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern. Bonn 1995.
- KEIM, Rolf; NEEF, Rainer: Ausgrenzung und Milieu: Über die Lebensbewältigung von Bewohnerinnen und Bewohnern städtischer Problemgebiete. In: HARTH, Annette, SCHELLER, Gitta; TESSIN, Wulf (Hrsg.): Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen 2000. S. 248-273.
- KEUPP, Heiner; RÖHRLE, Bernd (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Frankfurt a. Main, New York 1987.
- KLEIN, Ansgar; SCHMALZ-BRUNS, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen. Bonn 1997. (Bundeszentrale für politische Bildung; 347).
- KNAUP, H.; INGENSTAU, H.: Bundesbaugesetz mit Kommentar. Düsseldorf 1996.
- KNEMEYER, Franz-Ludwig: Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik: Eine Einführung in die Mitwirkungsrechte von Bürgern aus kommunaler Ebene. München, Landsberg am Lech 1995. (Geschichte und Staat; 307).
- KNORR-SIEDOW, Thomas: Ansätze einer sozialen Stadt- und Quartiersentwicklungsplanung. In: KEIM, Karl-Dieter (Hrsg.): Aufbruch der Städte: Räumliche Ordnung und kommunale Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern. Bonn 1995.
- KÖHLER, Horst: Stadt- und Dorferneuerung in der kommunalen Praxis: Sanierung - Entwicklung - Denkmalschutz - Baugestaltung. Berlin 1995.
- KONDOLITSCH, Paul von: Blüenträume und Realität: Bilanz der Entwicklung. In: WALTHER, Uwe-Jens; ZELLMER, Astrid (Hrsg.): Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung, Bürgerselbsthilfe: Dokumentation von Vorträgen einer gemeinsamen Veranstaltung des Instituts für Städtebau Berlin und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vom 25. bis 27. Januar 1988. Bonn 1988. (Seminare - Symposien - Arbeitspapiere; 30) S. 9-13.
- KRECKEL, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen 1983. (Soziale Welt; 2)
- KUHM, Klaus: Exklusionsprozesse und städtischer Raum. In: Nachrichtenblatt zur Stadt- und Regionalsoziologie. Bonn 1999, 14. Jg. (1999), H.1, S. 19-28.
- KUNZE, Ronald: Zehn Jahre danach: Stadterneuerung in den neuen Bundesländern - Probleme und Erfahrungen. In: ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1999: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1999. S. 73-82.
- LEERSTAND IST NICHT GLEICH LEER: Wohnungsleerstand In: *FRIEDRICHSHAIN Zeitschrift für Stadterneuerung*, 7. Jg. (2001), H. 4, S. 3.

- LEHNEN, Reinhard: Ermittlung gruppenspezifischer Erwartungen an raumrelevantes Handeln der Gemeinde. Frankfurt a. Main 1980.
- MEINLSCHMIDT, G. (Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales); BRENNER, M.H. (Technische Universität Berlin) (Hrsg.): Sozialstrukturatlas Berlin 1999: Eine soziale Diagnose für Berlin. Berlin 1999.
- MIETBERGRENZEN WEITER ERFORDERLICH: Boxhagener Platz. In: *FRIEDRICHsHAIN Zeitschrift für Stadterneuerung*, 7. Jg. (2001), H. 3, S. 4.
- MINISTERIUM FÜR STADTENTWICKLUNG, WOHNEN UND VERKEHR DES LANDES BRANDENBURG: Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit bei der Weiterentwicklung industriell errichteter Wohngebiete: Instrumente, Beispiele, Handlungsempfehlungen. Potsdam 1995. (Schriftenreihe; 17)
- MÜLLER-CHRIST, Georg (Hrsg.): Nachhaltigkeit durch Partizipation: Bürgerbeteiligung im Agendaprozess. Berlin 1998.
- MÜLLER-CHRIST, Georg: Die Gestaltung eines beteiligungsorientierten Agendaprozesses. In: MÜLLER-CHRIST, Georg (Hrsg.): Nachhaltigkeit durch Partizipation: Bürgerbeteiligung im Agendaprozess. Berlin 1998, S. 141-200.
- NEUMANN, Peter: Das »Rostkreuz« wird sieben Jahre lang aufpoliert. In: Berliner Zeitung vom 29.01.2002.
- NOHLEN, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch: Staat und Politik. München 1996. (Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung).
- OBST, Andreas: Bürgerbeteiligung im Planungsprozeß: Qualitative Untersuchungen zu Problemen der Dorferneuerung. Potsdam 1996. (Praxis Kultur- und Sozialgeographie; 16).
- PESCH, Franz; TIGGEMANN, Rolf: Erhaltende Stadterneuerung: Problematik - Politische Handlungsprogramme - Fallbeispiele. In: DEUTSCHES INSTITUT FÜR FERNSTUDIEN AN DER UNIVERSITÄT TÜBINGEN (Hrsg.): Bausteine zur Humanökologie: Stadterhaltung - Stadtgestaltung. Tübingen 1988. S. 66-94.
- PETROSCHKA, Hannelore: Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung in Stadterneuerungsgebieten am Beispiel Berlin-Tiergarten. Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften, Diplomarbeit 1992.
- PROFITABLES GESCHÄFT: Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. In: *FRIEDRICHsHAIN Zeitschrift für Stadterneuerung*, 7. Jg. (2001), H. 4, S. 8.
- PROJEKT FRIEDRICHSHAIN E.V.: Dachverband für Projekte, Initiativen und Vereine. In: Bäsch-Echo: Kiezzeitung der AG Kiezentwicklung, 8. Jg. (2000), H.5.
- REINERT, Adrian; SINNING, Heidi: Planungszellen und Bürgergutachten zum öffentlichen Nahverkehr. In: BÜHLER, Theo (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort. Bonn 1997. (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten; 10), S. 143-152.
- ROTH, Roland: Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: KLEIN, Ansgar; SCHMALZBRUNS, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen. Bonn 1997. (Bundeszentrale für politische Bildung; 347) S. 404-447.
- ROTH, Roland: Lokale Demokratie »von unten«: Bürgerinitiativen, städtischer Protest, Bürgerbewegungen und neue soziale Bewegungen in der Kommunalpolitik. In: WOLLMANN, Hellmut; ROTH, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 1998. S. 2-22.
- SCHMIDL, Karin: Konzerthalle mit Bahnanschluß: Die Anschutz Entertainment Group baut ein völlig neues Stadtviertel für Freizeit, Sport und Kultur. In: Berliner Zeitung vom 10.01.2002.
- SCHMIDL, Karin: Mit europäischer Hilfe werden Barrieren im Kiez abgebaut: Problemgebiete rund um den Bahnhof Ostkreuz wollen vom Förderprogramm »Urban II« profitieren. In: Berliner Zeitung vom 04.07.2000.

- SCHNUR, Olaf: Sozialkapital und Stadtentwicklung: Neue sozialwissenschaftliche Perspektiven - auch für die kommunale Praxis? In: RaumPlanung 87, 1999, S. 255-262.
- SCHÖNBERG, Martin: Empowerment im Quartiersmanagement von Berlin - Ideologie und Wirklichkeit eines sozialpolitischen Kozeptes: Empirische Untersuchung am Beispiel der Bürgerbeteiligungsverfahren »Planungszelle« und »Open Space Technology«. Freie Universität Berlin, Diplomarbeit 2000.
- SCHRÖDER, Till: Ein Kiez am Wendepunkt: Lange Zeit galt das Viertel am Boxhagener Platz al wenig attraktiv – jetzt kommt die Szene hierher. In Berliner Zeitung vom 25./26.03.2000.
- SCHUBERT, Dirk: Vom »sanierenden Wiederaufbau« zur »nachhaltigen Stadterneuerung«: Kontinuitäten und Paradigmenwechsel. In: ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1998: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1998, S. 125-139.
- SCHUETT, Antje: Bürgerbeteiligung an der städtebaulichen Planung. Technische Hochschule Leipzig, Wirtschaftswissenschaften, Dissertation 1993.
- SCHULZ, Klaus-Dieter: Entwicklungslinien der Stadterneuerung in der DDR. In: ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1998: Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1998, S. 35-61.
- SELLE, Klaus: Bestandspolitik: Zehn Beiträge zu Stadterneuerung und Wohnungspolitik. Darmstadt 1986.
- SENSTADTUMTECH (SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG, UMWELTSCHUTZ UND TECHNOLOGIE, Hrsg.): Sozialorientierte Stadtentwicklung: Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1998.
- SONTHEIMER, Kurt: Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie. In: WALTHER, Uwe-Jens; ZELLMER, Astrid (Hrsg.): Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung, Bürgerselbsthilfe: Dokumentation von Vorträgen einer gemeinsamen Veranstaltung des Instituts für Städtebau Berlin und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vom 25. bis 27. Januar 1988. Bonn 1988. (Seminare – Symposien – Arbeitspapiere; 30) S. 1-8.
- SPERLING, Carsten (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung beginnt im Quartier: Ein Praxis- und Ideenhandbuch für Stadtplaner, Baugemeinschaften, Bürgerinitiativen am Beispiel des sozial-ökologischen Modellstadtteils Freiburg-Vauben. Freiburg 1999.
- STAUBACH, Reiner: Bürger/innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. In: ILS (Hrsg.): Die Menschen machen ihren Stadtteil selbst... - Soziale Netze und Bewohner/-innenbeteiligung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund 1997. (ILS-Schriften; 117) S. 22-27.
- STIMMANN, Hans: Stadterneuerung in Ost-Berlin - vom »sozialistischen Neuaufbau« zur »komplexen Rekonstruktion«: Überblick und Materialien. Berlin 1985.
- STROHMEIER, Klaus Peter: Quartier und soziale Netzwerke: Grundlagen einer sozialen Ökologie der Familie. Frankfurt a. Main; New York 1983. (Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik; 4).
- TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN, SÜDOST WOBÄ DRESDEN GMBH (Hrsg.): Soziale Stadt: Betrachtungen zu einem integrierten Handlungsansatz für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf. Dresden 2000.
- WALTER, Gerd: »Arbeit aus dem Stadtteil für den Stadtteil?« Lokale Beschäftigungswirkungen von Stadtteil- und Quartiersbetrieben. In: ARBEITSKREIS STADTERNEUERUNG AN DEUTSCHSPRACHIGEN HOCHSCHULEN UND DEM INSTITUT FÜR STADT- UND REGIONALPLANUNG DER TU BERLIN (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 1998:

- Beiträge aus Lehre und Forschung an deutschsprachigen Hochschulen. Berlin 1998, S. 109-124.
- WALTHER, Uwe-Jens; ZELLMER, Astrid (Hrsg.): Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung, Bürgerselbsthilfe: Dokumentation von Vorträgen einer gemeinsamen Veranstaltung des Instituts für Städtebau Berlin und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung vom 25. bis 27. Januar 1988. Bonn 1988. (Seminare – Symposien – Arbeitspapiere; 30).
- WICKRATH, Susan: Bürgerbeteiligung im Recht der Raumplanung und Landesplanung. Münster 1992. (Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung; 141).
- WOLLMANN, Helmut; Roth, Roland (Hrsg.): Kommunalpolitik: Politisches Handeln in den Gemeinden. Bonn 1998.

Anhang

A Tabellen

Räumliche Untergliederung des Stadtgebietes

Tab. 1: Einwohnerdichte nach statistischen Gebieten in Friedrichshain am 31.12.1999
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.1

Statistisches Landesamt Berlin, Statistischer Bericht A I 3/S – hj 2/99 und IFAD-Berechnungen in Quelle 6, S. 23

Wohnlagen und Wohnungsstruktur

Tab. 2: Wohnungsbestand nach Anzahl der Räume in Friedrichshain und Berlin-Ost 1995⁷¹
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.2

Quelle 14

Tab. 3: Wohnungsbestand nach Wohnungen, Wohnfläche und Räumen am 31.12.1999 in Friedrichshain und Berlin⁷²
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.3

Quelle 14

Tab. 4: Reine Wohngebäude nach dem Baujahr am 30.09.1995 in Friedrichshain
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.4

Quelle 13

Tab. 5: Reine Wohngebäude nach der Eigentumsform am 30.09.1995 in den statistischen Gebieten Friedrichshains
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.5

Quelle 13

Tab. 6: Wohnungen nach der Nutzungsart sowie leerstehende Wohnungen am 30.09.1995 in den statistischen Gebieten Friedrichshains
s. Tabellen – Gebietscharakteristika, Tab.6

Quelle 13

⁷¹ Ergebnisse der Gebäude- und Wohnraumzählungen am 30.09.1995; ohne Wohnungen in Gebäuden, die vollständig als Wohnheime genutzt werden; ohne Freizeitwohnungen.

⁷² Ergebnisse der Wohnungsforschreibung; ohne Wohnheime; nur Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr m² sowie alle Küchen und gewerblich genutzten Räume in der Wohnung, jedoch ohne Wohnräume außerhalb von Wohnungen

Bevölkerungsentwicklung und -verteilung

Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung von 1975 bis 2010 in Friedrichshain (jeweils der 31.12., außer 2001 der 30.06; die Prognosedaten für die Jahre 2005 und 2010 beziehen sich auf die Bevölkerungsprognose für das Stadtgebiet gemäß der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Stand 2/2000 in Quelle 7)

s. Tabellen – Bevölkerungsentwicklung, Abb.5

Quelle 7

Tab. 7: Einwohner nach Alter am 31.12.1997, 31.12.1999 und 30.06.2001 nach statistischen Gebieten in Friedrichshain

s. Tabellen – Bevölkerungsentwicklung, Tab.7

Quelle 7

Abb. 6: Prozentuale Verteilung der Altersgruppen am 31.12.1997, 31.12.1999 und 30.06.2001 in den statistischen Gebieten Friedrichshains

s. Tabellen – Bevölkerungsentwicklung, Abb.6

Quelle 7

Tab. 8: Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2000 in den statistischen Gebieten Friedrichshains

s. Tabellen – Bevölkerungsentwicklung, Tab.8

Quelle 5, Quelle 17

Wirtschaftliche Lage

Tab. 9: Betriebe, Beschäftigte, Beschäftigte je 1000 Einwohner⁷³ und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Friedrichshain und seine Stellung innerhalb Berlins von 1992 bis 2000

s. Tabellen – Wirtschaftliche Lage, Tab.9

Quelle 6, S. 54, Quelle 14, Quelle 15

Tab. 10 und Abb. 7: Entwicklung der Gewerbean- und abmeldungen in Friedrichshain von 1991 bis 2000 (nur Hauptniederlassungen, ohne Übernahmen/-gaben)

s. Tabellen – Wirtschaftliche Lage, Tab.10 & Abb.7

Quelle 6, S. 57, Quelle 14, Quelle 15

Tab. 11: Entwicklung der Verkaufsfläche von 1991 bis 1997 Friedrichshain und Berlin

s. Tabellen – Wirtschaftliche Lage, Tab.11

Quelle 6, S. 60

Tab. 12: Erwerbstätige nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Friedrichshain und Berlin im Mai 2000⁷⁴

s. Tabellen – Wirtschaftliche Lage, Tab.12

Quelle 16

⁷³ Die Werte für die Beschäftigten je 1000 Einwohner (s. Abb. 5) sind bei meiner Überprüfung stark von den von mir berechneten Werten abgewichen. Im folgenden werde ich mich auf die von mir berechneten Werte stützen.

⁷⁴ Die Ungenauigkeit der Werte kommt zustande, da im Mikrozensus zum einen nur gerundete Daten, zum anderen keine Zahlen unter 5000 herausgegeben werden

Soziale Lage

Bevölkerung

Tab. 13: Ausländische Bevölkerung nach statistischen Gebieten Friedrichshains 1997, 1999 und 2001
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.13

Quelle 7

Tab. 14: Anteile der Haushaltsgrößen an den Privathaushalten im Jahr 2000 in Friedrichshain, Berlin und Berlin-Ost; außerdem in den Sanierungsgebieten und im Milieuschutzgebiet
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.14

Quelle 3, Quelle 4, Quelle 16

Tab. 15: Haushalte nach Anzahl der Kinder im Mai 2000 in Friedrichshain, Berlin, Berlin-Ost und in den Sanierungsgebieten 1996/1997 und 2000
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.15

Quelle 4, Quelle 16

Tab. 16: Familien nach Familientyp und Anzahl der Kinder⁷⁵ (ohne Altersbegrenzung) im April 1999 in Friedrichshain, Berlin und Berlin-Ost
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.16

Quelle 16

Bildung

Tab. 17: Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluß in Friedrichshain und im Verhältnis zu Berlin im Mai 2000
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.17

Quelle 16

Tab. 18: Bevölkerung nach beruflichem Ausbildungsabschluß in Friedrichshain, Berlin, den Sanierungsgebieten 2000 und in dem Milieuschutzgebiet 2001⁷⁶
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.18

Quelle 3, Quelle 4, Quelle 16

⁷⁵ in der Familie lebende ledige Kinder

⁷⁶ die Vergleichbarkeit der Daten zwischen einerseits Friedrichshain und Berlin und andererseits den Sanierungsgebieten und dem Milieuschutzgebiet ist in Frage zu stellen, da anders kategorisiert wurde. Es ist allerdings davon auszugehen, daß die Gruppe »o. berufl. Ausbildungsabschluß« (Mikrozensus) denjenigen der »in Ausbildung/Studium« und »keine Ausbildung« (ASUM-Untersuchungen) entspricht. Die Gruppe der »Pers. unter 15 Jahren , o.A.« findet keine Entsprechung bei den Daten der ASUM-Untersuchung, da erst Personen ab 18 Jahren in die Berechnungen aufgenommen wurden.

Wirtschaftliche Situation

Abb. 8: Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens in Friedrichshain und Berlin von 1991 bis 2000
s. Tabellen – Soziale Lage, Abb.8

Statistisches Landesamt, Mikrozensus 1991-1999 in Quelle 6, S. 71, Quelle 16 (für die Angaben im Jahr 2000)

Tab. 19: Bevölkerung nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen für Friedrichshain, Berlin, Berlin-Ost, die Sanierungsgebiete 2000 und das Milieuschutzgebiet 2001
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.19

Quelle 3, Quelle 4, Quelle 16

Tab. 20: Hilfeempfänger⁷⁷ nach Lebensbereichen 1999, Arbeitslosenanteil nach statistischen Gebieten 1997
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.20

Quelle 6, S. 62; Quelle 7

Abb. 9: Volljährige Hilfeempfänger in Friedrichshain 1999 nach Erwerbsstatus (N=5848)
s. Tabellen – Soziale Lage, Abb.9

Quelle 6, S. 64

Tab. 21: Sozialindex für die Verkehrszellen in Friedrichshain 1999⁷⁸
s. Tabellen – Soziale Lage, Tab.21

Quelle 8, S. 160f

⁷⁷ Es handelt sich bei allen Daten zu Hilfeempfängern, die ich im Rahmen dieser Arbeit verwendet hat, um die Bezieher laufender Hilfe zum Lebensunterhalt; Personen, die einmalige Zahlungen in Anspruch nehmen sind nicht enthalten.

⁷⁸ Die Verkehrszellen mit der letzten Ziffer 1 sind flächenmäßig mit den jeweiligen statistischen Gebieten (Benennung ohne 1) identisch. Zu den Grenzen der Verkehrszellen, die kleinere Einheiten beschreiben s. Karte 1.

Stabilität und Dynamik der Bevölkerung

Tab. 22: Wanderungen in den statistischen Gebieten im Zeitraum zwischen 1994 bis 1996
s. Tabellen – Stabilität und Dynamik, Tab.22

Quelle 12

Tab. 23: Wanderungen im Jahr 2000
s. Tabellen – Stabilität und Dynamik, Tab.23

Quelle 17

Tab. 24: Wohndauer von weniger als 5 Jahren 1997 nach den statistischen Gebieten in Friedrichshain
s. Tabellen – Stabilität und Dynamik, Tab.24

Quelle 7

B Karten

Karte 1: Statistische Gebiete Friedrichshains und Lage in Berlin

s. Karten, Karte 1

Kartengrundlage: Quelle 24

Quelle: Quelle 7, Quelle 9

Bearbeitung: Maaret Isensee

Kartengrundlage für die Lage in Berlin: Quelle 12, S. 30

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 2: Flächennutzung in Friedrichshain

s. Karten, Karte 2

Maßstab: 1: 50 000

Quelle 11 (der Vergleich mit dem Flächennutzungsplan Berlin in der Fassung der Neubekanntmachung vom 23.10.1998 (ABl. S. 4367), zuletzt geändert am 28.06.2001 (ABl. S. 3115) unter Quelle 23 hat nur geringfügige Änderungen im Bereich Ostkreuz ergeben)

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 3: Wohnlagenkarte für Friedrichshain (nach dem Mietspiegel 2000)

s. Karten, Karte 3

Kartengrundlage: Quelle 24

Quelle: Quelle 10

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 4: Baualter der Gebäude in Friedrichshain

s. Karten, Karte 4

Kartengrundlage: Quelle 24

Quelle: Kartierung der Gebäude nach Baujahr, hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, o.J., vermutlich um 1990.

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 5: Anteil der HLU-Empfänger 1999 nach Lebensbereichen

s. Karten, Karte 5

Kartengrundlage: Quelle 24

Quelle: Quelle 6, Quelle 7

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 6: Stadtentwicklungspolitische Aktivitäten in Friedrichshain

s. Karten, Karte 6

(den Gebieten ist eine Tabelle mit Angaben zu beteiligten Akteuren, Zielsetzung der Aktivitäten und zeitlicher Einordnung zugeordnet)

Kartengrundlage: Quelle 24

Quellen: Quelle 3, Quelle 4, Quelle 18, Quelle 19, Quelle 20, SCHMIDL 2000, SCHMIDL 2002

Bearbeitung: Maaret Isensee

Karte 7: Initiativen, Vereine, etc. im engeren Untersuchungsraum in Friedrichshain

s. Karten, Karte 7

Kartengrundlage: Quelle 24

Quelle: Broschüren einzelner Einrichtungen und Begehung des Gebietes

Bearbeitung: Maaret Isensee